

Das Argument

39

8. Jahrgang 1966

Wirtschaftsmodelle im Sozialismus

Elmar Altvater: Rationalisierung und Demokratisierung. Zu einigen Problemen der neuen ökonomischen Systeme im Sozialismus	265
Fred Schmid: Neue ökonomische Systeme in der DDR und CSSR	290
Friedrich Röhl: Zur Wirtschaftsentwicklung und ökonomischen Diskussion seit der Oktoberrevolution	307

Besprechungen

I. Philosophie	324
II. Soziologie	332
III. Psychologie	339
IV. Soziale Bewegung und Politik	343
V. Ökonomie	352

Elmar Altvater

Rationalisierung und Demokratisierung

Zu einigen Problemen der neuen ökonomischen Systeme im Sozialismus

Auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse sind verschiedene Leitungsmodelle möglich. Wenn von allen konkreten historischen Erscheinungsformen abstrahiert wird, kann ein zentralistisches und ein dezentrales Modell des Sozialismus unterschieden werden. Diese Einteilung hat nichts mit der nach Walter Eucken eingebürgerten idealtypischen Trennung von „freier Verkehrswirtschaft“ und „Zentralverwaltungswirtschaft“ zu tun; denn zum einen werden in Euckens Einteilung die Eigentumsverhältnisse als systemdeterminierende Komponenten gelehnt und zum andern wird in der idealtypisierenden Gegenüberstellung jede Vermittlung zwischen beiden Modellen unmöglich, sieht man von einer realtypischen Mischung von Elementen beider Typen ab. Eine solche Mischung muß aber notwendigerweise unhistorisch bleiben, da ihre Dynamik nicht erkannt werden kann, wenn die Funktion der Produktionsverhältnisse negiert wird¹.

Bei der hier vorgenommenen Einteilung, die von dem polnischen Ökonomen W. Brus systematisiert worden ist², stehen demnach im Hintergrund der Betrachtung immer die sozialistischen Produktionsverhältnisse, gekennzeichnet durch staatliches oder kollektives Eigentum an den Produktionsmitteln³. Im Vordergrund aber stehen die Fragen, wie eine sozialistische Wirtschaft effektiviert, optimiert oder rationalisiert werden kann. Eine strikte Trennung zwischen den bei-

1 Vgl. Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Hamburg 1959. Auch K. Paul Hensel, Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 1959.

2 Das wichtige Buch von W. Brus, Allgemeine Probleme der sozialistischen Ökonomik, Warschau 1961, liegt noch nicht in deutsch vor. Vgl. aber W. Brus, Die Entwicklung des sozialistischen Wirtschaftssystems in Polen, Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1965.

3 Ob diese Bedingungen ausreichen, um eine sozialistische Ökonomie zu konstituieren, ist mindestens stark umstritten. Vgl. Ernest Mandel, Traité d'Economie Marxiste, Tome II, Paris 1962, S. 208 ff. Es würde zu weit führen, in diesem Zusammenhang die diffizilen inhaltlichen und formalen Abgrenzungen des Begriffs „Sozialismus“ und „Übergangsperiode“ zu reflektieren. Hier soll daher dem offiziellen Selbstverständnis der sozialistischen Länder gefolgt werden.

den Modellen ist dabei nicht möglich, vielmehr sind das zentralistische und das dezentrale Modell dialektisch vermittelt, wobei die Art der Vermittlung je nach der historischen Stufe unterschiedlich ist. In der Sowjetunion bieten der Übergang vom Kriegskommunismus zur NEP und ab 1928 zur straffen zentralistischen Planung dafür Beispiele. Nach dem 2. Weltkrieg wirkte in den osteuropäischen Ländern ebenfalls diese Dialektik, die Oskar Lange ausführlich beschrieben hat. Demnach ergibt sich die „Notwendigkeit einer hochgradigen Zentralisation . . . aus der Dynamik des Transformierungsprozesses des sozialen Systems einerseits, und andererseits — in wirtschaftlich rückständigen Ländern — aus den Aufgaben einer raschen Industrialisierung . . . Deshalb kommt es nicht nur zur zentralen Planung und Leitung der Wirtschaft, sondern auch zu einem System der Zuteilung wirtschaftlicher Hilfsmittel auf Grund administrativ festgelegter Prioritäten“⁴. Es kommt hinzu, daß in wirtschaftlich schwach entwickelten Ländern die Arbeiterklasse ebenfalls schwach ist, so daß „der bürokratische Staatsapparat übermäßige Bedeutung gewinnt und solche Erscheinungen wie der ‚Persönlichkeitskult‘ entstehen können“⁵. Es sind, und das ist das wichtigste Ergebnis der Analyse von Oskar Lange, objektive Faktoren, die zu einer Zentralisierung treiben. Erst auf ihrer Basis sind besondere Wirkungen subjektiver Faktoren (Persönlichkeitskult) möglich, wobei auch im zentralistischen Modell ein Freiheitsspielraum für die jeweilige konkrete Entfaltung subjektiver Faktoren angenommen werden muß — stalinistische Entartungen also niemals notwendig im deterministischen Sinne waren.

Aus seiner Rationalität aber produziert das zentralistische System sein eigenes Überflüssigwerden. Denn durch rasche Industrialisierung wird die Arbeiterklasse gestärkt, sowohl zahlenmäßig als auch in ihrem Selbstbewußtsein. Die fehlende technische, ökonomische und politische Intelligenz wird herangebildet und meldet Autonomieforderungen an. Die Wirtschaftsstruktur wird auf Grund der zentralen Schwerpunktplanung immer komplizierter und immer schwieriger von einem einzigen Zentrum aus zu steuern, so daß die ökonomische Notwendigkeit entsteht, immer mehr Entscheidungszentren zu aktivieren, m. a. W.: das zentralistische Modell des Sozialismus durch ein dezentrales Modell zu substituieren⁶.

Diese Dialektik wird heute in den sozialistischen Ländern durch eine Periodisierung der ökonomischen Entwicklung in eine extensive und eine intensive Entwicklungsstufe begrifflich faßbar zu machen versucht. Dabei wird die extensive Periode gekennzeichnet durch Maximierung des output und nicht Minimierung des input. Die Erfüllung gewisser Produktionsaufgaben und der Aufbau der erforder-

4 Oskar Lange, *Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft*, Wien-Köln-Stuttgart-Zürich 1964, S. 32.

5 A.a.O., S. 33.

6 Die Substitution kann nur als in sich selbst widersprüchlicher Prozeß begriffen werden und nicht als ein einziger aufhebender Akt irgendwelcher Staatsorgane.

lichen Industriekapazität, gleichgültig zu welchen Kosten und in der kürzest möglichen Zeit — das waren Kriterien von höherer Ordnung als der ökonomische Kalkulationsmechanismus, wie er gewöhnlich unter ‚normalen‘ Bedingungen angewendet wird⁷. Die intensive Periode demgegenüber erfordert einen exakten ökonomischen Kalkulationsmechanismus, um unter einer wachsenden Anzahl alternativer Verwendungen die knappen Ressourcen am sinnvollsten aufteilen zu können. Der Bruch zwischen extensiver und intensiver Periode wird im wesentlichen hervorgerufen durch das Versiegen des Stroms landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in die Industrie⁸. Daher wird es notwendig, die vorhandene industrielle Arbeitskraft intensiv zu nutzen. Diese neuen ökonomischen Notwendigkeiten erfordern andere Methoden der Wirtschaftsführung. Aktivierung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften für den industriellen Aufbau ist (wenn es schnell gehen soll: allein!) durch administrative Akte möglich, die optimale Beschäftigung der aktivierten Arbeitskräfte ist jedoch nur unter ökonomischen Kriterien und bei Gewährung von Autonomiebereichen dezentraler Entscheidungszentren durchführbar⁹.

So sollen die neuen ökonomischen Systeme (weil die alten nicht mehr hinreichten) neue Lösungsformen für Probleme finden, die jeder Gesellschaft eigen sind, in der die Ressourcen knapp sind, jedoch zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt optimal kom-

7 Josef Goldmann, Short- and Long-term Variations in the Growth Rate and the Model of Functioning of a Socialist Economy, Czechoslovak Economic Papers, Nr. 5, Prague 1965, S. 36. Inhaltlich die gleiche Aussage findet sich bei E. Preobrashensky, The New Economics, Oxford 1965: „... in the period of War Communism there was a striving for the maximum amount of manufactured products, even though at the price of maximum loss...“, S. 118.

8 Franz Janossy definiert dementsprechend die intensive und extensive Periode folgendermaßen: „Die Periode der industriellen Entwicklung, in welcher das überwiegende Moment der Produktionserweiterung das Wachstum der Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte ist, wollen wir kurz ‚extensive Periode‘, und die, in der die Produktivitätssteigerung der Arbeit zum ausschlaggebenden Moment wird, ‚intensive Periode‘ nennen.“ Franz Janossy, Am Ende der Wirtschaftswunder — Erscheinung und Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung, Budapest 1966 (Manuskript, erscheint Ende 1966 im Europa-Verlag Wien), S. 27.

9 „Natürlich sollte extensives und intensives Wachstum nicht mechanisch aufgefaßt werden; es sollte auch nicht auf der Grundlage formaler Logik interpretiert werden, daß also das eine oder das andere die ausschließliche Charakteristik einer gegebenen Phase der wirtschaftlichen Entwicklung ist“, Rezsö Nyers, Probleme, die mit unserem System der Wirtschaftsleitung zusammenhängen, Tarsadalmi Szemle, Juli 1965. Franz Janossy, a.a.O., unterscheidet noch innerhalb der extensiven Periode eine störungsfreie und eine gestörte Entwicklung. Der Übergang von der gestörten zur störungsfreien Stufe (nach dem Krieg) macht dann bereits innerhalb der extensiven Periode ein neues Leitungsmodell der Wirtschaft notwendig. Diese Unbestimmbarkeit des Zeitpunktes, wann ein neues Leitungsmodell einzuführen ist, hat zu erheblichen Kontroversen geführt.

biniert werden müssen. Diese Probleme lassen sich unter dem Stichwort *Rationalitätsprobleme* kennzeichnen. Seit der Existenz sozialistischer Staaten steht die Rationalitätsfrage im Vordergrund bürgerlicher Sozialismuskritik. Nachdem die Behauptung von Mises, Max Weber, Halm und anderen, daß eine rationale Allokation von Produktionsfaktoren im Sozialismus überhaupt unmöglich sei, von den Modellen der Lausanner Schule, vor allem von Enrico Barone und Gustav Cassel, widerlegt worden war, zogen sich die Verteidiger des kapitalistischen Systems auf eine „zweite Verteidigungslinie“ (E. Lip-pincott) zurück: Hayek, Robbins u. a. konzipierten zwar, daß theoretisch eine rationale Allokation, eine Wirtschaftsrechnung also, möglich sei, aber wegen der Unzahl von zu lösenden Gleichungen praktisch nicht durchführbar wäre, weshalb über kurz oder lang der Sozialismus an Funktionsschwierigkeiten zugrundegehen müsse. Diese Verteidigungslinie wurde von den Erfahrungen der Sowjetunion, vor allem durch die enorme Elastizität der sozialistischen Zentralplanwirtschaft während des 2. Weltkriegs, durchbrochen. Daher wurde bald eine dritte Verteidigungslinie errichtet, hinter der man auch das praktische Funktionieren der sozialistischen Planwirtschaft, wenn auch mit Einschränkungen, zugab, jedoch sogleich einwandte, daß Planwirtschaft Ursprung einer „road to serfdom“ (F. A. Hayek) sei, jede Freiheit, Individualität und Initiative abtöte. Neoliberale, Christen, Sozialdemokraten wiesen auf die stalinistischen Depravationen sozialistischer Gesellschaften hin, stellten Diktatur, Parteienherrschaft, sowie Einseitigkeit wissenschaftlicher Fragestellungen und Verschüttung humanistischer Ansätze in der Theorie als systemimmanente Erscheinungen hin, um darauf basierend nicht nur den Sozialismus der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten, sondern jede konsequente Sozialisierung überhaupt abzulehnen und ihren Frieden mit dem mehr aktuelle Freiheit gewährenden kapitalistischen System der Nachkriegszeit zu schließen.

Die Lösung des Rationalitätsproblems der Volkswirtschaft auf sozialistischer Basis durch Aktivierung vieler Entscheidungszentren aber erfordert über kurz oder lang eine Lösung der *Demokratisierungs- bzw. Humanisierungsprobleme*, so daß durch die neuen ökonomischen Systeme tendenziell auch eine Überwindung der dritten Verteidigungslinie gelingen kann. Julius Strinka, Philosoph in Bratislava, hat diesen Zusammenhang im Blick, wenn er schreibt: „In den letzten Jahren wurden in mehreren sozialistischen Ländern Versuche unternommen, ein neues und leistungsfähigeres Wirtschaftsmodell einzuführen. Es scheint jedoch schwierig zu sein, größere strukturelle Veränderungen auf einem Gebiet durchzuführen, wenn man dieses Gebiet von den anderen und vom Ganzen der Gesellschaft isoliert behandelt. Immer besteht die Gefahr, daß es dem Neuen in einer Symbiose mit dem Alten nicht gelingt, sich durchzusetzen, sondern daß es durch das Alte aufgesaugt oder deformiert wird. . . Daher müssen die Anstrengungen, einen qualitativen Wandel herbeizuführen und die alte Struktur aufzuheben, sich auf die Gesellschaft als Ganzes erstrecken, und nicht beispielsweise allein auf

die Wirtschaft, vielmehr auch auf die politischen Beziehungen“¹⁰. Das Rationalisierungsproblem ist mit dem Demokratisierungsproblem also aufs engste verknüpft. Während im zentralistischen Modell das System gesetzt wurde, in das der Mensch integriert werden mußte (moralische Appelle, direkter Zwang und indirekte Repression), soll im neuen Modell ausgehend vom Menschen, so unvollkommen er Puristen erscheinen mag, das System konstruiert werden, um bereits innerhalb von Verhältnissen, die noch nicht die materielle Basis der Abschaffung jeder Repression und der totalen Emanzipation des Menschen aus der Ökonomie des Mangels enthalten, Möglichkeiten von Freiheit, Demokratie und Glück zu aktualisieren.

Im Folgenden werden beide Problembereiche gesondert behandelt, um anschließend die Verknüpfung zu analysieren.

I. Rationalitätsprobleme

Markt und Plan

Es war lange Zeit üblich, Markt und Plan als sich ausschließende Prinzipien zu betrachten, bzw. den Markt und das durch ihn wirkende Wertgesetz als Relikt des Kapitalismus einzustufen. Aber sowohl Plan als auch Markt sind lediglich Mittel, bestimmten ökonomischen Aufgaben gerecht zu werden: Optimale Allokation der Ressourcen, Ermöglichung sinnvoller Entscheidungen für Produzenten und Konsumenten, gesamtwirtschaftliche Koordinierung aller Einzelaktionen usw. sind solche Ziele. Es gibt also, wie Branko Horvat (Belgrad) schreibt, „keinen solchen grundsätzlichen Unterschied zwischen Markt und Planung . . . Die richtige Frage sollte daher nicht lauten, Markt oder Planung, sondern, wie können wir den besten Gebrauch vom Markt machen, um die Planung am wirksamsten zu gestalten?“¹¹

Kollektives oder staatliches Eigentum verlangt kollektive oder staatliche Dispositionen, also zentrale Planung. „Eine sozialistische Wirtschaft erfordert ex definitione die Zentralisierung von wenigstens einigen Entscheidungsarten. Eine zentrale Ebene der ökonomischen Entscheidung („Planungszentrale“) ist unerläßliches Merkmal einer solchen Wirtschaft.“¹² Aber auch im zentralistischen Modell des Sozialismus existieren in der Regel zwei Märkte: der Konsumgütermarkt und der Arbeitsmarkt; die idealtypische Zentralverwaltungswirtschaft, in der sowohl Konsumgüter als auch Arbeit zentral zugeteilt werden, hat es nie gegeben. Doch hat die „Uhrwerksplanung“ (Lenin) die Funktionen des Marktes nicht integriert, so daß oft genug

10 Julius Strinka, *Verschämter Dogmatismus und revolutionäre Dialektik*, Nase Teme (Zagreb) Dezember 1965 und — gekürzt — *Kulturny Zivot* (Bratislava) 26. 11. 1965.

11 Branko Horvat, *Planung und Markt*, Internationales Wirtschaftssymposium in Gösing (Österreich) „Wirtschaftsplanung und Wirtschaftswachstum“ 28. 9.—1. 10. 1965.

12 W. Brus, a.a.O., S. 157.

Marktprozesse den Planprozessen entgegenlaufen. Das hat regelmäßig drei Folgen: (1) Es wird dadurch die dialektische Wechselwirkung von Spontaneität und Bewußtheit wenn nicht zerstört, so doch zu einer „Einbahnstraße“ verkürzt. 1957 schrieb Arne Benary: „Beispielsweise würde der illusorische Versuch, die spontanen Elemente im ökonomischen Verhalten der Menschen leugnen zu wollen, und die daraus entspringende Praxis der Überzentralisierung, des Reglementierens und Administrierens zwar die vorhandene Spontaneität im Verhalten der Werktätigen nicht beseitigen können, aber eine solche Praxis ‚lenkt‘ das spontane Verhalten der Menschen in die falsche Richtung... Eine solche Praxis hat zwar mit sozialistischer Planwirtschaft nichts gemein, sie ist im Gegenteil geeignet, die Grundlagen der Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise zu untergraben, jedoch ist die Wirtschaftspraxis fast aller sozialistischer Länder durchaus nicht frei von solchen fehlerhaften Methoden“¹³.

(2) Wenn also die Spontaneität nicht beseitigt werden kann, so hat die Monopolisierung der gesellschaftlichen Bewußtheit bei den Planträgern doch eine Bürokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zur Folge. Die einzelnen Individuen und Gruppen fungieren nicht mehr als Träger von Bewußtheit, sondern ausschließlich als Vollstrecker der von anderen erkannten Notwendigkeiten. Die Menschen werden somit selbst objektiviert, ihnen muß dann etwas bewußt gemacht werden; die Bürokratie reduziert auf diese Weise „die Welt in ein bloßes Objekt ihrer Behandlung“ (Marx).

(3) Diese gesellschaftlich ungemein relevante Leugnung der Dialektik von Spontaneität und Bewußtheit, von Autonomiebereichen und Zentralismus, von Markt und Plan hat aber zur Folge, daß die Planung, das zentralistische Modell des Sozialismus, immer ineffektiver wird. Aus der zentralen Planwirtschaft wird auf einem gehobenen Niveau der ökonomischen Entfaltung ein ineffektiver Leitungsapparat mit ökonomischen Fehlschlägen und demoralisierenden Effekten in der Bevölkerung. Das Entstehen eines parallelen Systems von Entscheidungszentren ist dann durchaus geeignet, zu einer „socialist disintegration“ zu führen, die Sweezy und Huberman in den neuen ökonomischen Systemen zu erkennen glauben¹⁴.

In jeder Volkswirtschaft, die überhaupt einen materiellen Spielraum für Entscheidungen zuläßt, gibt es verschiedene Entscheidungsebenen mit jeweils zuzuordnenden Entscheidungszentren. Wenn es aber unterschiedliche Entscheidungsebenen gibt, dann ist es nur konsequent, Autonomiebereiche abzustecken. Schöpferische Aktivität erhält dann ihren Inhalt jeweils nach Entscheidungsebene, Wirkungsbereich von Entscheidungen und Qualität der zur ökonomischen Reproduktion notwendigen Maßnahmen. Sechs unterschiedliche Ent-

¹³ Arne Benary, Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft „Zur ökonomischen Theorie und Politik in der Übergangsperiode“, 1957, S. 84.

¹⁴ Vgl. „Monthly Review“ 1965, Reply by the Editors, S. 812 f.

scheidungsebenen mit den dazugehörenden Zentren lassen sich kategorisieren:

(1) Zentrale makroökonomische Entscheidungen mit den Zentralbehörden; (2) Branchenentscheidungen mit den jeweiligen Branchenbehörden; (3) Betriebliche Entscheidungen und die Betriebsleitungen; (4) Belegschaftsentscheidungen und Belegschaftskooperation; (5) Individuelle Produzentenentscheidungen und individuelle schöpferische Aktivität; (6) Konsumentenentscheidungen und Markt. Diese sechs Ebenen sind miteinander auf äußerst komplizierte Weise verknüpft, so daß hier nur einige Anrisse gegeben werden können. Während zentrale, Branchen- und Betriebsentscheidungen in einer Entscheidungshierarchie einander zugeordnet sind, wirken Marktentscheidungen horizontal in diese Entscheidungshierarchie hinein, wobei die Betriebsleitungen die kritischen Schnittpunkte bilden. Auch die betriebliche Entscheidungshierarchie (Betriebsleitung, Belegschaft, individueller Produzent) endet im kritischen Punkt Betriebsleitung, so daß es nicht wundert, wenn in den neuen ökonomischen Systemen gerade den Betriebsleitungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Das wesentliche Problem ergibt sich aus der Qualität der Entscheidungen jeder Entscheidungsstufe. Denn zentrale Entscheidungen beispielsweise tangieren unmittelbar alle anderen Entscheidungszentren, während etwa die Entscheidung des individuellen Konsumenten auf dem Markt nur mittelbar auf andere Entscheidungszentren rückwirkt. Die zu lösenden Fragen müssen daher lauten: (1) Wie lassen sich Entscheidungen verschiedener Stufen so organisieren, daß jeder Stufe ein optimaler Spielraum bleibt? (2) Wie lassen sich Entscheidungen aller Entscheidungszentren dergestalt koordinieren, daß die volkswirtschaftliche Entwicklung optimiert wird?¹⁵

Mit der ersten Frage ist das Problem von Planung und wirtschaftlicher Selbstverwaltung, bzw. in kybernetischer Terminologie, das Problem von Steuerung und Regelung (Selbstorganisation), angesprochen. Die Möglichkeit einer zentralen Steuerung der Wirtschaft hängt von der Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der Informationen für die zentralen Steuerungsorgane ab, sowie von der Schnelligkeit und Elastizität, mit der Informationen in Entscheidungen umgesetzt werden können. Besonders in der Sowjetunion gibt es eine Richtung unter den Ökonomen, die dieses Problem durch weitere Zentralisierung und deren Effektivierung mit schnellen Elektronenrechnern lösen will. „Bei uns gibt es ein zentralisiertes Planungssystem; stellen wir es auf mechanische und elektronische Geleise, damit es der ungeheuren Zahl der eingehenden Informationen und Planungsbe-

¹⁵ Viele unfruchtbare Auseinandersetzungen um die Frage, ob dem Markt oder dem Plan Vorrang zu gewähren sei, sind eine Folge der Vorstellung, daß einem Entscheidungszentrum der Primat gebühre. Die „Zentralisten“ behaupten dann: dem Plan; die „Reformer“ meinen dann: dem Markt. Beide Positionen sind gleichermaßen falsch, da sie der Kompliziertheit der Verknüpfung im Modell der sechs Entscheidungsstufen nicht Rechnung tragen.

rechnungen gerecht wird.“¹⁶ Der „perfect competition“ westlicher Modelltheoretiker wird das Modell der „perfect computation“ gegenübergestellt¹⁷. Aber durch einfach technologische Maßnahmen läßt sich das Informationsproblem nicht lösen. Denn erstens kann das beste Computer-System die schöpferische Aktivität der Menschen nicht ersetzen und den gesellschaftlichen Druck zu falschen Informationen beheben und zweitens müssen Informationen dort gesammelt und in Entscheidungen umgesetzt werden können, wo es dem Charakter der Informationen und dem Wirkungsbereich der Entscheidungen nach mit den geringsten Reibungsverlusten möglich ist. „Für den volkswirtschaftlichen Optimierungsprozeß selbst“, schreibt Rolf Stranzky, „sind das (Kybernetik und mathematische Gleichungssysteme — EA) aber nur Hilfsmittel für die Planung und Analyse. Erst die Wechselwirkung von Planung und Kontrolle der tatsächlichen Entwicklung und die schöpferische Initiative der Werktätigen . . . ergibt die Optimierung.“¹⁸

Daher soll die Planung in den neuen ökonomischen Systemen einen mehr „indikativen“ Charakter erhalten. Während bisher die wirtschaftlichen Aktivitäten größtenteils zentral durch rigide Auflagen gesteuert wurden, sollen nun zentral lediglich neben grundsätzlichen volkswirtschaftlichen Parametern einige Indikatoren für praktische Maßnahmen der verschiedenen Entscheidungszentren gesetzt werden. Es handelt sich bei der Neuformulierung der Planaufgaben also nicht um eine Einschränkung zentraler Planung, sondern um ihre Effektivierung. Planung wird immer notwendig bleiben, einmal wegen der Langfristigkeit mancher Entscheidungen (Investitionen, strukturpolitische Maßnahmen, Außenhandelsstrategien, Planung des technischen Fortschritts, also grundlegende volkswirtschaftliche Proportionen), die nur von Subjekten mit großem zeitlichen Horizont getroffen werden können, also fast nur von Zentralbehörden; zum anderen wegen der mit ökonomischer Tätigkeit verbundenen externen Effekte. Durch die Wirtschaftstätigkeit einer ökonomischen Einheit (z. B. ein Betrieb) werden nämlich andere ökonomische Einheiten oder/und die Gesamtgesellschaft beeinträchtigt (z. B. durch Abwässer, Luftverschmutzung, Raubbau an natürlichen Ressourcen, Erosionsschäden usw.), so daß in solchen Fällen immer zentrale Organe eingreifen müssen. Externe Effekte haben zur Folge, daß niemals das gesamte ökonomische Kalkül dem Markt überlassen bleiben kann, da der

16 M. Fedorowitsch, zit. nach Uwe-Jens Heuer, *Demokratie und Recht im neuen ökonomischen System*, Berlin (Ost) 1965, S. 95.

17 Beide Modelle unterscheiden sich nicht so grundsätzlich, wie es auf den ersten Blick scheint. Denn die Voraussetzungen beider Modelle sind gleich: vollkommene Transparenz, auf das System ausgerichtetes ‚rationales‘ Verhalten (homo oeconomicus), keine außerökonomisch begründete Präferenzen.

18 Rolf Stranzky, *Die Bedeutung der Kybernetik und der maschinellen Datenverarbeitung für die Bestimmung des Nutzeffektes gesellschaftlicher Arbeit*, in: *Faktorenanalyse der Arbeitsproduktivität und Kybernetik*, hrsg. von F. Behrens, Berlin 1965, S. 145.

Markt grundsätzlich gleichgültig gegenüber externen Effekten ist; ihr besonderes Merkmal besteht ja gerade darin, daß sie außerhalb des Marktes — und nicht im Produktpreis — überwältigt werden. So schreibt Ernest Mandel: „Die makroökonomische Anwendung des Marginalprinzips geht von der Hypothese aus, daß das Maximaleinkommen für die Gesellschaft gleich der Summe der Maximaleinkommen aller Unternehmen ist. Das setzt zuerst voraus, daß man in exakter Weise alle diejenigen sozialen faux frais (tote Kosten — EA) einkalkuliert, die gewisse höhere Erträge bewirken. Wenn es gesellschaftlich ‚rentabler‘ ist, gewisse Chemieprodukte zu produzieren, als bestimmte natürliche Textilien, muß man offensichtlich von den ‚zusätzlichen Einkommen‘ diejenigen Kosten abziehen, die durch Vergiftung der Atmosphäre und der Wasserläufe, die diese Chemieproduktion bewirkt hat, hervorgerufen werden...“¹⁹ Preise, selbst wenn sie die Kosten der Produktion exakt widerspiegeln, sind demnach nicht in der Lage, alle Produktionseffekte einem rationalen ökonomischen Kalkül auf dem Markt zugänglich zu machen. Bei der Existenz solcher externen Effekte müssen Wertmaßstäbe gefunden werden, mit denen sie außerhalb des Marktes erfaßt und manipuliert werden können. K. William Kapp hat gefordert, für die Erfassung von „social costs and social benefits“ soziale Minimumstandards aufzustellen, bei denen zentrale Organe ökonomisch eingreifen sollen (z. B. wenn eine bestimmte Toleranzgrenze der Wasserverschmutzung, Luftverpestung, der radioaktiven Strahlung erreicht wird oder durch Eingriffe in die Natur der Klimahaushalt verändert wird usw.)²⁰. Alle diese Effekte sind Kosten der Gesellschaft (social costs), wenn auch nicht der produzierenden, verursachenden Einheit (private costs). Die Aufstellung von Minimumstandards erfordert aber Planung; fallweiser Interventionismus reicht dazu nicht aus²¹. Planung bedeutet aber Setzen von Restriktionen. Die Restriktionen müssen realistisch sein. „Durch die Vorgabe unrealistischer Restriktionen kann der Werktätige zu volkswirtschaftlich schädlichen Handlungen geradezu verleitet werden!“²² Restriktive Planung kann daher, sofern sie unrealistisch ist, Teufel mit Beelzebub austreiben, d. h. neue social costs induzieren, um alte zu beseitigen. Daß das zentralistische

19 Ernest Mandel, *Calcul Marginal et Théorie de la Valeur Travail*, in *Les Temps Modernes* 20^e année, Juillet 1965, S. 129.

20 Vgl. K. William Kapp, *Social Costs and Social Benefits — A Contribution to Normative Economics*, in: *Probleme der normativen Ökonomie und der wirtschaftspolitischen Beratung*, hrsg. von Erwin v. Beckerath und Herbert Giersch in Verbindung mit Heinz Lampert, Berlin (West) 1963.

21 Ohne eine nähere Begründung geben zu können vgl. E. Gutenbergs „Substitutionsgesetz der Organisation“, wonach fallweise Regelungen wegen des Eigengewichts der damit befaßten Institutionen tendenziell durch bewußte Organisationen substituiert werden. E. Gutenberg, *Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre*, Bd. I Die Produktion, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1960.

22 Adolf Adam, *Grundprobleme einer Wirtschafts- und Sozialkybernetik*, in: *Mathematik und Kybernetik in der Ökonomie*, Internationale Tagung Berlin, Oktober 1964, Konferenzprotokoll, Teil I, Berlin 1965, S. 175.

Plansystem sehr viele Fehlleistungen und externe Effekte negativer Art verursacht hat, zeigen die in letzter Zeit gerade in der Sowjetunion geführten Diskussionen über Raubbau, Erosionsschäden, Folgen von Irrigationsmaßnahmen, Luft- und Wasserverschmutzung usw.²³. Genausowenig wie der Markt ohne zentrale Planung eine rationale Allokation der Ressourcen zuläßt und negative externe Effekte mit sich bringt, kann rigide Planung ohne Rückkopplungsmechanismen, letztlich also Planung ohne Markt, „unrealistische Restriktionen“, damit Voraussetzungen für externe Effekte, verhindern.

Zentrale Planung bleibt also innerhalb der neuen Wirtschaftsmechanismen aus drei Gründen eine Notwendigkeit: (1) das sozialistische Eigentum erfordert zentrale ökonomische Entscheidungen, da Zentralisierung ein Wesensmerkmal des sozialistischen Eigentums ist; (2) Manche Entscheidungen können wegen ihres zeitlichen Horizontes (Langfristigkeit) nur zentral getroffen werden; (3) Um ein ökonomisch rationales Kalkül auf dem Markt überhaupt erst zu ermöglichen, müssen zentrale Entscheidungen hinsichtlich externer Effekte getroffen werden.

Das System ökonomischer Hebel und die materielle Interessiertheit

Jede Produktion ist zielgerichtet, dient einem bestimmten Zweck. In einer modernen Wirtschaft mit ausgeprägter Arbeitsteilung ist aber „das Arbeitsziel als konkreter Gegenstand . . . nicht zugleich mit dem individuellen Bedürfnis identisch. Deswegen wird ein ganzes System von ökonomischen Hebeln aufgebaut, das mit den individuellen Bedürfnissen verknüpft wird. Zur Planung kommt also die materielle Interessierung des einzelnen . . .“²⁴. In jeder Wirtschaft, in der private und gesellschaftliche Interessen auseinanderfallen, in der Arbeit noch eine Notwendigkeit zur Befriedigung materieller Bedürfnisse ist, also nicht selbst als „strengstes menschliches Bedürfnis“ (Marx) erscheint, in der der Mangel noch konstitutives Element der Ökonomie ist, ist das unmittelbare ökonomische Interesse auf „das ‚Produkt für sich‘, oder, noch genauer: Umfang, Art und Qualität desjenigen Teils des gesellschaftlichen Gesamtprodukts (gerichtet), das der Werk tätige für sich erhält“²⁵. Aber das materielle Interesse des einzelnen an der Produktion und ihren „Ergebnissen für sich“ würde sich als eine schlechte Triebkraft herausstellen, wenn kein Mechanismus existieren würde, der persönliche und gesellschaftliche Inter-

23 Vgl. Georg Paloczi-Horvath, *Rebellion der Tatsachen — Die Zukunft Rußlands und des Westens*, Frankfurt/M. 1963, insbes. S. 120, 187, 261; Auch die Zusammenstellung von Berichten sowjetischer Zeitungen in: *Ostprobleme*, 17. Jahrg. Nr. 17, 27. August 1965.

24 Klaus-Dieter Wüstneck, *Der kybernetische Charakter des neuen ökonomischen Systems und die Modellstruktur der Perspektivplanung als zielstrebigere, kybernetischer Prozeß*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 13. Jahrg. Nr. 1, 1965, S. 26 f.

25 Arne Benary, a.a.O., S. 78.

essen miteinander verknüpft. Spontanes Handeln gemäß individuellen materiellen Interessen würde auch für den Einzelnen zu verkehrten Ergebnissen führen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß in einer kapitalistischen Wirtschaft bei vollkommener Konkurrenz der Konkurrenzmechanismus dahin führt, daß das individuelle Streben aller nach höchstmöglichem Gewinn letztlich zu Gewinneinbußen eines jeden führt (weshalb der Konkurrenzmechanismus auch durch Kartellierung, Monopolisierung usw. beseitigt wird).

Ähnlich spontane Prozesse laufen auch in einer zentralisierten sozialistischen Wirtschaft ab, wenn ein materieller Spielraum für Spontaneität existiert, ohne daß Spontaneität dialektisch mit der im zentralen Plan zum Ausdruck kommenden Bewußtheit vermittelt wäre. Beispiele, wo unrealistische Planaufgaben zu volkswirtschaftlich schädlichem Verhalten führen und so den „guten Willen des Plans“ in „schlechte ökonomische Ergebnisse“ ummünzen, lassen sich in großer Zahl finden und wurden unter dem Abschnitt „externe Effekte“ bereits zitiert. Wie spontanes, an den individuellen Interessen ausgerichtetes Handeln auch zu ökonomisch positiven Ergebnissen führen kann, mag folgendes Beispiel zeigen: In allen sozialistischen Ländern werden kleine Dienste, Freizeitarbeitern usw. geleistet, um Nebeneinkünfte zu erwerben. Es könnte nun eingewendet werden, daß irgend jemand die Nebeneinkünfte ja zahlen muß, so daß des einen zusätzliche Einkünfte des anderen Einkommensminderungen sind. Das Gegenteil ist aber der Fall. Durch die Nebenarbeiten wird tatsächlich das Sozialprodukt erhöht, so daß die individuellen Nebeneinkünfte sich zu einer volkswirtschaftlich relevanten Einkommenssteigerung summieren, die außerhalb und oft genug gegen den Plan erfolgt.

Die wichtige Folgerung aus diesen Erscheinungen ist nun leicht zu ziehen: Einerseits kann die Spontaneität des Wertgesetzes im Kapitalismus auf die Dauer nicht zur gesellschaftlichen Rationalität treiben, da die gesellschaftliche Rationalität keinen ihr adäquaten Ausdruck in einem gesellschaftlichen Plan finden kann²⁶, andererseits ist zentralistische Planung auch keine Garantie für die Beseitigung der den gesellschaftlichen Interessen zuwiderlaufenden Spontaneität. Die Volkswirtschaft bedarf daher eines Mechanismus, der Spontaneität (als Folge materieller Interessen) und Bewußtheit (ausgedrückt im zentralen Plan) dialektisch vermittelt, der also das den materiellen Interessen folgende individuelle Handeln in volkswirtschaftlich rationales Handeln integriert. Diese Vermittlung sollen die „ökonomischen Hebel“ besorgen. Nur so können zentralisierte Leitung und Planung der Volkswirtschaft und die schöpferische Aktivität der Werktätigen eine Einheit einander bedingender Gegensätze bilden.

Da es verschiedene ökonomische Hebel (Gewinn, Zins, Kredit, Prämie, Lohn, Preis) gibt, müssen alle einzelnen Hebel dem „System

26 Dieser Ausdruck ist bewußt gewählt, da Planung im Kapitalismus regelmäßig nicht der gesellschaftlichen Rationalität unterworfen wird, sondern den privaten Interessen und Verwertungsbedürfnissen des Monopolkapitals.

ökonomischer Hebel“ funktional zugeordnet sein. Innerhalb dieses Systems hat der Gewinn eine zentrale Stellung. Er erfüllt in der Volkswirtschaft zwei Funktionen: (1) die Allokationsfunktion und (2) die Appropriationsfunktion. Während erstere der rationalen Allokation und Koordination der Produktionsfaktoren dient, hat letztere die Aufgabe, den Gewinn zu konsumtiven oder Akkumulationszwecken den Privateigentümern der Produktionsmittel zuzuführen. In der kapitalistischen Wirtschaft sind beide Funktionen schlechthin nicht zu trennen, sie bedingen sich; losgelöst voneinander sind beide hilflos. In ihrem Aufeinanderangewiesensein drückt sich letztlich die kapitalistische Rationalität aus. Anders in der sozialistischen Wirtschaft, wo auf Grund des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln beide Funktionen sehr wohl zu trennen sind, da im Gewinn prinzipiell keine fremden Werte angeeignet werden können und an die Stelle der privaten „Unternehmerinitiative“ nun die Initiative aller an der Produktion Beteiligten treten kann. Wie wirkt aber dann die Allokationsfunktion? Wenn der Gewinn als Differenz von Umsatz (also verkaufter Produktion und nicht der geplanten Bruttoproduktion) und Selbstkosten begriffen wird und die individuelle und kollektive Entlohnung wiederum vom Gewinn abhängt, dann wirkt sich die Allokationsfunktion des Gewinns in dreierlei Hinsicht aus:

(1) Die Beschäftigten sind daran interessiert, den Umsatz zu steigern (bessere Güterversorgung der Volkswirtschaft) und die Kosten zu senken (sparsame Verwendung knapper Ressourcen), weil davon ja direkt die Höhe des Gewinns, also auch der Lohn- und Prämienfonds, abhängt;

(2) Die Beschäftigten sind daran interessiert, den betrieblichen Lohn- und Prämienfonds auf möglichst wenige Beschäftigte aufteilen zu müssen, also Arbeitskräfte einzusparen, die Arbeitsproduktivität als bedeutendste Wachstumsquelle in der intensiven Entwicklungsperiode zu erhöhen;

(3) Bezogen auf die betrieblichen Fonds führt der Gewinn dazu, daß die Rentabilität um so größer ist, je sparsamer mit den betrieblichen Fonds (dem „Grundkapital“) umgegangen wird.

Die Appropriationsfunktion des Gewinns ist dabei stillgelegt. Die nur auf ihrer Basis vorstellbare Initiative des Privateigentümers²⁷ muß allerdings durch Aktivierung anderer initiativer Zentren ersetzt werden, nämlich durch die schöpferische Aktivität aller an der Produktion Beteiligten.

Wenn die einzelnen Betriebe ihre Produktion selbst realisieren müssen, die Planaufgabe also nicht damit erfüllt ist, daß die vorgesehene Bruttoproduktion erstellt ist, dann ist die im zentralistischen Modell aus dem Betrieb ausgegliederte Verkaufs- und Einkaufsfunk-

²⁷ Die Tatsache, daß normalerweise nicht Privateigentümer sondern „Manager“ die Initiative entfalten müssen, kompliziert das Problem erheblich, doch wird es nicht grundsätzlich modifiziert. Privateigentümer und Manager sind gleichermaßen den Verwertungsgesetzen des Kapitals unterworfen.

tion wieder in den Betrieb zu integrieren. Die Produktion muß dann die Nachfrage ihrer Abnehmer nach Menge, Qualität und Struktur mehr berücksichtigen als bisher.

Nun können die bisher gewonnenen Ergebnisse in das Modell der sechs Entscheidungsstufen eingebaut werden: Der Zentrale bleibt der zentrale Plan mit langfristigen Strategien, grundsätzlichen Investitionsentscheidungen, Aufhebung externer Effekte und Aufstellung makroökonomischer Rahmenbedingungen vorbehalten. In den Betrieben wirken durch ökonomische Hebel und materielle Interessiertheit die Entscheidungszentren Betriebsleitung, Belegschaft, individuelle Werktätige zusammen. Sowohl in den Betriebsleitungen als auch in den Branchenorganisationen werden zentrale Entscheidungen und Entscheidungen auf der Basis der ökonomischen Hebel vertikal abgestimmt. Die horizontale Abstimmung von Entscheidungen auf gleicher Stufe (vor allem zwischen Betrieben) sowie die Berücksichtigung von Konsumentenentscheidungen erfolgt durch den Markt. Plandaten (vertikal) und Marktdaten (horizontal) müssen in den Betrieben und Branchenorganisationen koordiniert werden.

Das Problem richtiger Preise

Das System ökonomischer Hebel ist in seiner Funktion für die Optimierung der Volkswirtschaft abhängig von richtigen Produkt- und Faktorpreisen. Denn nur wenn die Preise die Kosten der Produktion und die Knappheit der Produkte widerspiegeln, können die ökonomischen Hebel zu ökonomisch rationalem Verhalten veranlassen. Richtige Preise sind daher der Schlüssel zum Rationalitätsproblem der sozialistischen Wirtschaft und gerade die Irrationalität der Preisbildung war es schließlich, die den Hauptgegenstand bürgerlicher Sozialismuskritik abgab.

Es waren dabei die Sozialisten selber, die den Grund für diese Kritik boten, da sie das Rationalitätsproblem, also das Problem richtiger Preise entweder als unerheblich abtaten oder durch Wirtschaftsrechnung auf naturaler bzw. Arbeitsgeldbasis ersetzen wollten. So waren es, wie Oskar Lange in den ersten Sätzen seiner Schrift „On the Economic Theory of Socialism“ bemerkte, gerade die bürgerlichen Kritiker, die Sozialisten das Rationalitätsproblem bewußt machen mußten. „Sozialisten haben sicher guten Grund, um Professor Mises, dem großen advocatus diaboli ihrer Sache, dankbar zu sein. Denn es war seine machtvolle Herausforderung, die die Sozialisten zwang, die Bedeutung eines adäquaten Systems der Wirtschaftsrechnung für die Allokation der Ressourcen in einer sozialistischen Wirtschaft anzuerkennen.“²⁸

Der Maßstab für richtige Preise läßt sich auf drei Ebenen mit jeweils unterschiedlichen Implikationen definieren: (1) Solange Produktion von Gütern und Diensten überhaupt Arbeit kostet, haben die

²⁸ Oskar Lange, *On the Economic Theory of Socialism*, Minneapolis 1938, second printing 1948, S. 57.

Güter und Dienste einen Wert; dieser Wert, dessen Höhe von dem durchschnittlich gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand bestimmt ist (Arbeitswertlehre), gibt die Basis an, auf der alle aktuellen Preise beruhen. Alle Abweichungen der Preise vom Wert müssen sich gesamtwirtschaftlich zu Null addieren. (2) Der Satz, daß die Produktionskosten den Preis bestimmen, ist mit (1) nicht identisch, da die jeweiligen Faktorpreise Abweichungen vom Wert enthalten können. Die Aussage, daß Produktionskosten den Preis bestimmen, ist in dieser Form äußerst abstrakt. Denn die Produktionskosten für das gleiche Produkt sind je nach Produktionsort (Betrieb) und Produktionsverfahren unterschiedlich. Wenn aber der Preis des gleichen Produkts gleich sein soll, die Produktionskosten jedoch unterschiedlich hoch sind, dann stellt sich das schwierige Problem, ob der Produktpreis von den Durchschnittskosten oder den Grenzkosten bestimmt werden soll. Während im zentralen Plansystem Durchschnittskostenkalkulation die Regel sein mußte (nur auf einer einheitlichen Kostenbasis kann ja zentral kalkuliert werden!), verlangt die Berücksichtigung von Nachfrage in den Betrieben eine aus praktischen Erwägungen modifizierte Grenzkostenkalkulation. Oskar Lange hat einmal vorgeschlagen, den Preis „auf Grund der durchschnittlichen variablen Kosten jener Betriebe in einem Industriezweig (zu berechnen), welche die höchsten Kosten haben. Dazu klassifiziert man die Betriebe nach ihren Kosten in mehrere Gruppen . . . und nimmt die Gruppe mit den höchsten Kosten als Indikator (pilot group) . . .“²⁹. Solange die technologische Ausstattung der Betriebe eines Industriezweiges uneinheitlich ist, muß der Betrieb mit der ungünstigsten Kostenstruktur Kostenhöhe und Preishöhe bestimmen. Denn wenn, wie in unserer Annahme, der Bedarf den Produktionsumfang bestimmt, steigen die gesellschaftlichen Kosten — bei Bedarfsausweitung — um die Kosten der ungünstigsten Produktionseinheit an und nicht um einen mäßigen Durchschnittswert, wie es Durchschnittskostenkalkulation nahelegen würde. Umgekehrt kann bei Verringerung des Produktionsumfanges, der aus irgendeinem Grund erfolgen mag, die gesellschaftliche Ersparnis in der Stilllegung der kostengünstigsten Einheit maximiert werden, nicht aber durch Kostenverringerung anderer Einheiten, obwohl der Effekt auf die Durchschnittskosten derselbe sein könnte³⁰. (3) Aber nicht nur die Produktionskosten bestimmen den Preis, sondern auch Angebot und Nachfrage, also die aktuellen Schwankungen auf den Produkt- und Faktormärkten.

In einem optimalen Zustand der Ökonomie fallen alle drei Ebenen der Preisbestimmung zusammen; das bedeutet aber noch nicht, daß alle drei Ebenen qualitativ gleichwertig seien. Der erste Satz, daß

29 Oskar Lange, *Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft*, Wien-Köln-Stuttgart-Zürich 1964, S. 41.

30 Es kann hier nicht auf die ganze Problematik eingegangen werden. Darum sei außer auf Oskar Langes Schrift auf W. Nowoschilows Aufsatz „Arbeitswerttheorie und Mathematik“ in *Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, Okt. 1965, S. 1029 ff. verwiesen.

aktuelle Preise auf der Basis des Arbeitswertes stehen, drückt nämlich ein gesellschaftliches Verhältnis aus: Der Wert eines Produkts (das auch im Sozialismus noch eine Ware ist) zerfällt in Wertbestandteile, die zugleich als Einkommenskategorien etwas über die Aneignung von durch Arbeit erzeugten Wertbestandteilen aussagen. Die beiden letzteren Sätze der Preisbestimmung dagegen beleuchten die eigentlichen Rationalitätsprobleme³¹. In ihnen kommt überdies der Gegensatz von Plan und Markt zum Ausdruck. Während nämlich die Planung der Produktionskosten nach strengen Vorschriften und die darauf basierende Preiskalkulation die Methode des zentralistischen Modells war, kann die Preisbestimmung nach Angebot und Nachfrage nur durch Aktivierung der Marktbeziehungen und einer gewissen Flexibilität der Preise erreicht werden. Allerdings wäre es falsch, aus diesem Gegensatz einen unversöhnlichen Widerspruch ableiten zu wollen. Denn beide Sätze hängen eng zusammen. Nicht nur gemäß der Lehre von der vollkommenen Konkurrenz, die dahin wirkt, daß der Marktpreis so weit herunterkonkurriert wird, daß Grenzkosten gleich den Durchschnittskosten gleich dem Marktpreis werden, sondern auch durch die wechselseitige Verknüpfung von Bedarf, Produktionsumfang, Kosten und Preis in Form eines Regelkreises wird dieser Zusammenhang hergestellt. Demnach ist der Bedarf nach einem Gut abhängig von dem Preis des entsprechenden Gutes, den Preisen aller anderen in den Begehrskreis des Haushaltes fallenden Gütern, dem Einkommen des Haushaltes und der gesellschaftlichen Einkommensverteilung. Der Bedarf aber bestimmt den Produktionsumfang als eine makroökonomische Größe³². Auf der Basis des gesamten Produktionsumfanges, der die Mobilisierung ökonomischer Ressourcen angibt, sind die konkreten Kosten des einzelnen Produkts ableitbar. Diese Kosten geben die Grundlage für die Preiskalkulation; der Preis beeinflußt den Bedarf, der Bedarf den Produktionsumfang, der Produktionsumfang die konkreten Kosten usw.

Dieser Regelkreis kann sich zu richtigen Preisen zumindest prinzipiell einschwingen. Da er sowohl gesamtwirtschaftliche Größen (Produktionsumfang) als auch einzelwirtschaftliche Größen (Kosten) enthält, sind an der Regelung die verschiedenen Entscheidungszentren unmittelbar beteiligt: die Zentrale, die durch Investitionsplanung, Außenhandelspolitik usw. den Produktionsumfang langfristig bestimmt; das einzelne Unternehmen, das die Kosten durch Wahl von Produktionsverfahren und Organisationsmethoden beeinflussen

31 Da es den sozialistischen Ländern heute im wesentlichen um die Lösung der Rationalitätsprobleme geht, wird von manchen Autoren die Wertproblematik bei der Preisbestimmung unterschätzt oder sogar gelehnet.

32 Nur Produktion, die Gebrauchswerte hervorbringt, kann als gesellschaftlich nützlich kategorisiert werden. Produktion, die keine Abnehmer findet, da sie nicht der Bedarfsstruktur der Bevölkerung entspricht, kann nur auf der Input-Seite zum Produktionsumfang gerechnet werden. Die Kosten dieser Produktion sind dementsprechend als *faux frais*, tote Kosten, einzustufen.

kann; der Konsument, der durch seinen Bedarf auf dem Markt die konkret erfahrbare Nachfrage definiert.

Die Preisbestimmung selbst ist innerhalb dieses Regelkreises ein äußerst komplizierter Prozeß. Allein die Wahl des Preistyps ist bereits problematisch. Während die einfache Warenproduktion mit der Gleichung „Preis gleich Wert“ rechnen kann, wird im Kapitalismus der Wert zum Produktionspreis modifiziert³³. Im Produktionspreis sind jedoch nicht alle gesellschaftlichen Aufwendungen zur Reproduktion von Kapital und Arbeit enthalten. Denn die gesellschaftlichen Aufwendungen zur Erreichung einer bestimmten Berufsstruktur, individueller Qualifikationen und aller anderen Reproduktionsbedingungen der Arbeit auf gegebenem kulturellen und technologischem Niveau können nicht im Produktionspreis abgegolten werden. Die Reproduktionsbedingungen der Produktionsfaktoren, vor allem der Arbeitskraft, müssen aber in den allgemeinen Begriff des Produktionsumfangs eingeschlossen werden. Damit entsteht eine nicht unerhebliche Komplizierung des Regelsystems, da der Produktionsumfang außer in unserem Regelkreis zur individuellen Preisbestimmung noch Glied eines anderen Regelkreises sein muß, in dem die gesellschaftlichen Aufwendungen für die Reproduktionsbedingungen definiert werden.

Eine weitere Komplizierung ergibt sich daraus, daß die Beziehung zwischen Preis und Bedarf normalerweise sich nicht direkt entfalten kann. Der Preis wird auf Kostenbasis von den Produzenten kalkuliert (Produzentenpreis), der Bedarf orientiert sich aber an den Preisen, wie sie auf dem Markt ausgezeichnet sind (Konsumentenpreis). Zwischen beiden Preisen bestehen Differenzen, die von Handelsorganisationen, staatlichen Preisregulierungsmaßnahmen usw. hervorgerufen werden. Wenn die Differenz zwischen beiden Preisen so hoch ist, daß sie kaum noch miteinander verbunden sind, kann der Regelkreis nicht funktionieren, da ein wichtiges Glied in der Kette gebrochen ist. Aber auch bei langfristig konstanten Konsumentenpreisen ist die Regulierung problematisch. Denn der jeweiligen Firma nützt es in solch einem Fall nichts, wenn sie ihre Produzentenpreise variiert, da die Konsumenten ihre Nachfrage deshalb nicht umrichten werden. Daher erscheint eine gewisse Flexibilität der Preise vom isoliert ökonomischen Gesichtspunkt aus wünschenswert; aus manchen anderen, vor allem aber sozialen und politischen Erwägungen, ist gerade die relative Festigkeit des Konsumentenpreisniveaus einer der entscheidenden Vorzüge des sozialistischen Wirtschaftssystems. Hier gilt es, Vorteile und Nachteile gegeneinander abzuwägen.

Als ein bedeutendes Problem stellt sich diese Frage sicherlich nur in einer — allerdings der Frist nach nur schwer einzugrenzenden — Übergangszeit vom zentralen zum dezentralen Leitungsmodell. Unter „normalen“ Umständen müßte nämlich in den sozialistischen Wirtschaften zu verwirklichen sein, was für den Kapitalismus ins Reich

33 Vgl. dazu Paul M. Sweezy, *Theorie der kapitalistischen Entwicklung*, Köln 1959, S. 83 ff.

der Utopie gehört: langfristig fallende Konsumentenpreise nach Maßgabe der Wachstumsrate der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität.

Zwei weitere Schwierigkeiten seien lediglich angedeutet. Die bereits erwähnten externen Effekte bringen es mit sich, daß Teile der Produktionskosten (z. B. das bei der Produktion verseuchte Wasser) nicht in der betrieblichen Kostenkalkulation erfaßt, also auch nicht im Preis weitergegeben werden. Da aber durch externe Effekte andere Betriebe in der Kostenstruktur beeinflußt werden, besteht eine Rückwirkung von den mikroökonomischen Kosten direkt auf den Produktionsumfang und nicht über die Kette Preis-Bedarf-Produktionsumfang. Dadurch wird die Regelung in diesem Regelkreis verzerrt und — wie bereits erwähnt — zentrale korrigierende Planung wird zu einer Notwendigkeit. Aber nicht nur auf den Produktionsumfang wirken externe Effekte direkt zurück, sondern auch als „entfremdete Konsumtionsbedingungen“ (Ernest Mandel) auf die Bedarfsstruktur. Der Bedarf ist tatsächlich nicht nur — wie bisher angenommen — von Preisen, Einkommen und Einkommensverteilung abhängig, sondern auch von externen Effekten: gesundheitsschädigende Lebensmittel, verschmutzte Gewässer, verpestete Luft usw. wirken unmittelbar auf den individuellen und kollektiven Bedarf ein.

Unter den gegebenen Umständen müssen für all diese Schwierigkeiten Lösungen gefunden werden, die gewöhnlich mehr oder weniger schlechte Kompromisse darstellen. So sind auch die jeweiligen Preissysteme innerhalb der neuen ökonomischen Systeme zu verstehen. Allerdings zeichnen sich innerhalb des Kompromisses sogar in den Preissystemen der DDR und der CSSR zwei völlig gegensätzliche Prinzipien ab: Im Falle DDR soll zentral Kontrolle über das Preissystem ausgeübt werden; in der CSSR mit fixen, limitierten und freien Preisen soll durch das Preissystem Kontrolle über wirtschaftliche Entscheidungen ausgeübt werden.

Kontrolle durch das Preissystem kann aber nur dann funktionieren, wenn die Schwierigkeiten im Regelkreis aufgehoben werden. Zur Selbstorganisation dieses Systems muß daher die bewußte zentrale Steuerung treten; zur Dreiheit von materieller Interessiertheit, den ökonomischen Hebeln und richtigen Preisen muß unbedingt zentrale Planung treten, sonst kann Kontrolle durch das Preissystem nicht funktionieren. Richtige Preise werden also weder von den autonomen Marktkräften, wie es die Neoliberalen nahelegen, noch durch zentrale Planung mit zentral festgelegten Preisen garantiert; nur die Einheit von Planung und Markt kann zu richtigen Preisen führen. Planung ist dann kein fremdes Element im System der Kontrolle durch das Preissystem, sondern ein unabdingbares Glied mit Reglerfunktionen.

Kontrolle durch das Preissystem erfordert unter diesen Bedingungen aber höhere Autonomie der Betriebe, da nur auf diese Weise Selbstregelung des Preissystems erfolgen kann. Jedoch kann — und hier liegt ein entscheidender Fehler der meisten Verfechter von „Konsumentensouveränität“ — die Autonomie nicht bei der Betriebs-

leitung aufhören; sie muß vielmehr in die Betriebe hineinragen. Kontrolle durch das Preissystem erfolgt nämlich (in unserem Modell der sechs Entscheidungsstufen) nur horizontal. Da jedoch die materielle Interessiertheit und ökonomische Hebel integrierter Bestandteil der Kontrolle durch das Preissystem sind, müssen die unmittelbaren Produzenten — und nicht nur die Betriebsleitungen — an der Kontrolle teilhaben können: die horizontale Kontrolle durch das Preissystem bedarf der vertikalen Ergänzung. Arbeiterselbstverwaltung und Planung, Kontrolle durch das Preissystem und zentrale Eingriffe, materielle Interessiertheit, ökonomische Hebel und Steuerung, kurz: Markt und Plan sind dann gleichrangige Methoden, um eine rationale Allokation der Produktionsfaktoren zu ermöglichen.

II. Demokratisierungsprobleme

Wenn es zur volkswirtschaftlichen Notwendigkeit wird, immer mehr Entscheidungszentren auf den erwähnten sechs Stufen zu aktivieren, dann kann das nur gelingen, wenn den neuen Entscheidungszentren Autonomie gewährt wird, durch ihre Entscheidungen und Aktionen den gesamtwirtschaftlichen Produktions- und Konsumtionsprozeß mitzubestimmen. Da aber Entscheidungen wegen ihrer grundverschiedenen Qualität und Auswirkung je nach der Ebene, auf der sie getroffen werden, und der organisatorischen Notwendigkeit, daß es doch immer nur wenige sind, die die grundlegenden Entscheidungen treffen, immer noch Adressaten, also Objekte haben, wird von vielen Ökonomen, insbesondere den Neoliberalen, jede Möglichkeit der Demokratisierung schlechthin geleugnet. So schreibt K. Paul Hensel: „Allgemein wird man, unbeschadet aller Möglichkeiten der freiwilligen Einigung und Abstimmung, sagen können: Überall dort, wo Pläne zu verwirklichen und wo an der Planverwirklichung mehrere Menschen beteiligt sind, bedarf es genügender Autorität, um die Durchführung der Plananliegen gegebenenfalls erzwingen zu können. Wo Pläne mit Erfolg durchgeführt werden sollen, müssen klare Führungsverhältnisse herrschen. Die Planverwirklichung verlangt die Anwendung des Prinzips der Subordination“³⁴. Autonomie, Freiheit sind bei den Neoliberalen für die Planträger, ob es eine monströse Zentrale oder der freie Unternehmer ist, reserviert. Daher rührt auch der scharfe Widerspruch gegen alle Mitbestimmungsforderungen³⁵ und ihre ideologische Beschränkung auf den Fetisch der „Dollarstimmzettel-Demokratie“. Ähnliche Beschränkungen des Ansatzes finden sich allerdings auch bei nicht wenigen Ökonomen der sozialistischen Länder. Mit der Betonung der Konsumentensouveränität und Steuerung der Wirtschaft über den Markt als

34 K. Paul Hensel, Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 1959, S. 47 f.

35 Vgl. die Streitschrift von Franz Böhm gegen die Mitbestimmung „Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb“, Ordo, Bd. 4, 1951.

einzigem makroökonomischem Prinzip werden letztlich lediglich die Subjekte des ökonomischen Prozesses ausgetauscht: Statt Planbürokratie in den Zentralbehörden soll die Betriebsbürokratie mit der Betriebsleitung die entscheidende Rolle im ökonomischen Prozeß spielen. Damit aber wäre kein qualitativer Unterschied zum zentralistischen Modell zu erreichen. Die „bürokratischen Illusionen“ (Lenin) wären nun lediglich von der Zentrale auf die Betriebsleitungen verlagert³⁶.

Aber das Problem ist weit komplexer, als es simplifizierende Theorien dieser Art überhaupt erahnen lassen. Das Modell der sechs Entscheidungsebenen legt bereits zwei Bereiche nahe, in denen Demokratie ansetzen muß: (1) Da die einzelnen Entscheidungsebenen einander vertikal oder horizontal zugeordnet sind, muß Demokratisierung als Rückkopplung zwischen Entscheidungsebenen erscheinen; (2) Da auf jeder Entscheidungsebene immer nur relativ wenig Subjekte Entscheidungen treffen können, sehr viele aber davon tangiert werden, gilt es, die Entscheidungsträger demokratisch zu legitimieren. Dabei muß der Legitimationsmechanismus je nach Entscheidungsstufe unterschiedlich sein, da die Auswirkungen von Entscheidungen jeder Stufe anders sind. Man könnte noch (3) hinzufügen, daß Demokratisierung der Entscheidungen auf den sechs Stufen nur dann gelingen kann, wenn die anderen gesellschaftlichen Bereiche, vor allem der politische, demokratisch gestaltet sind. Wie Julius Strinka in dem bereits zitierten Beitrag schreibt, wird es dem Neuen sonst nicht gelingen, sich „in einer Symbiose mit dem Alten . . . durchzusetzen, (es wird vielmehr) durch das Alte aufgesaugt oder deformiert . . .“³⁷

Demokratisierung als Rückkopplung zwischen Entscheidungsebenen (Fall 1) hängt sehr eng mit den Rationalitätsproblemen zusammen. Denn nur wenn Subjektivismus, Voluntarismus, also Willkür, ausgeschaltet werden, können sich objektive Gesetzmäßigkeiten durchsetzen. Umgekehrt führt jede Leugnung objektiver Gesetzmäßigkeiten zur Fundierung von voluntaristischen Entscheidungen, auch wenn sie im zentralen Plan zum Ausdruck kommen. Subjektivistische Entscheidungen sind prinzipiell nicht überprüfbar, sind nur, steht man auf der Basis des Subjektivismus, von einem anderen subjektivistischen Standpunkt aus kritisierbar, sind grundsätzlich irrational. Subjektivismus führt notwendigerweise dazu, daß Entscheidungen monopolisiert werden, daß Bürokratien, ob in Zentralbehörden oder Konzernspitzen, sich festsetzen und halten können. Daher ist Rationalität in der Ökonomie eine Voraussetzung für Demokratisierung überhaupt, aber keine zureichende Bedingung. Umgekehrt allerdings ist Demokratisierung eine Notwendigkeit zur Durchsetzung der Rationalität in der sozialistischen Wirtschaft. Hier beginnt das

36 Das sind die Konsequenzen der Verfechter von isolierter Konsumentensouveränität. Statt Planmethoden gilt es nun Managementmethoden, Organisationslehre, Betriebswirtschaftslehre zu studieren. Ein qualitativer Unterschied zum zentralistischen Modell kann auf diese Weise nicht erreicht werden.

37 Julius Strinka, a.a.O.

Legitimierungsproblem (Fall 2). Da es je nach der Eigenart jeder Entscheidungsstufe anders zu stellen ist, lassen sich drei Bereiche mit unterschiedlichen Problemen trennen: (1) innerbetriebliche und innerzweigliche Demokratie; (2) Demokratisierung zentraler Entscheidungen; (3) Demokratie durch den Markt.

Wenden wir uns zuerst der innerbetrieblichen und innerzweiglichen Demokratisierung zu. Im Sozialismus wird, das wurde bereits dargestellt, die Appropriationsfunktion des Gewinns stillgelegt. Wenn aber die Allokationsfunktion des Gewinns wirken soll, müssen statt des Anreizes der Appropriation andere Anreize zum ökonomisch richtigen Handeln aufgebaut werden. Es sind dies die materiellen Interessen und die schöpferische Aktivität der Werktätigen. Die materiellen Interessen des individuellen Werktätigen sind aber unmittelbar vom Betriebsergebnis abhängig. Daher sind die Werktätigen aus ihrem persönlichen materiellen Interesse prinzipiell am Ergebnis des Betriebs und der Volkswirtschaft interessiert. Dieses prinzipielle Interesse nützt aber gar nichts, wenn nicht bestimmte Mechanismen existieren, mit denen die Beschäftigten in die Lage versetzt werden, ihren Interessen zum Durchbruch zu verhelfen. Materielle Anreize in Form von Prämien gab es auch im zentralistischen Wirtschaftsmodell, wenn der Betrieb einen Überplangewinn macht. Aber es lag nicht im Dispositionsbereich des Betriebs — von Ausnahmen abgesehen — und der einzelnen Werktätigen, den Überplangewinn zu gestalten. Daher hatte dieses System schließlich mehr demoralisierende als stimulierende Effekte. Wenn also das ökonomische Handeln des einzelnen Werktätigen und der Betriebskollektive dem Prinzip der materiellen Interessiertheit folgt, dann müssen alle Maßnahmen, die auf den Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, auf den das materielle Interesse gerichtet ist, einwirken, auch kontrolliert werden können. Das sind vor allem Maßnahmen der Betriebsleitungen, aber auch zentrale Entscheidungen, die der Kontrolle der Werktätigen unterliegen müssen. Kontrolle von Entscheidungen ist aber letztlich nichts anderes als Kontrolle von Entscheidungsträgern, so daß ein demokratischer Wahlmodus zur Legitimation und Abwahl von Entscheidungsträgern (in der Betriebsleitung, in den Branchenorganisationen, in den Zentralbehörden) zumindest langfristig zur Notwendigkeit wird.

Auch von der Seite des Managements her — allerdings mehr durch technologische Entwicklungen bedingt — ergibt sich die Notwendigkeit der Demokratisierung. Es ist eine technokratische Utopie, zu glauben, daß „die Automatisierung . . . in zunehmendem Maße auch den Menschen in seiner Funktion, Informationen über das wirtschaftliche Verhalten primär zu erfassen, (ersetzt)“³⁸. Informationen sind für wissenschaftlich fundierte Entscheidungen unabdingbar. Je komplizierter der technologische Produktionsprozeß aber wird, desto schwieriger wird es, zentral in der Betriebsleitung alle notwendigen Informationen fassen zu können. Nicht nur die sogenannte „Beleg-

38 Rolf Stranzky, *Kybernetik ökonomischer Reproduktion*, Berlin 1966, S. 62.

schaftskooperation“, also von der Betriebsleitung unabhängige Belegschaftsentscheidungen und -aktivitäten, lebt aus dieser Entwicklung; auch die Notwendigkeit, Informationen an der Basis besorgen zu müssen, hat zur Folge, daß immer mehr Menschen mehr oder weniger, willentlich oder nicht, in den betrieblichen Entscheidungsprozeß einbezogen werden³⁹. Dieser Prozeß ist unabhängig vom Wirtschaftssystem, er folgt technologischen Notwendigkeiten. Während aber diese Notwendigkeiten durch die kapitalistische Unternehmerfunktion (nämlich Kapital zu verwerten, unabhängig davon, ob es sich um den Privateigentümer selbst oder ein Management handelt) verdeckt werden können und als Widerspruch nur indirekt erfahren werden, melden sie sich im sozialistischen Betrieb unmittelbar an und fordern ihre Berücksichtigung. Denn da der Sozialismus auf die Initiative der Werktätigen angewiesen ist, sind alle Hindernisse zur Entfaltung von Initiative dem Sozialismus selbst gefährlich; sie führen langfristig zur „socialist disintegration“, von der Sweezy und Huberman im Zusammenhang mit den neuen ökonomischen Systemen schrieben.

Das zweite Problem ist das der Demokratisierung zentraler Entscheidungen. Dabei handelt es sich vor allem um die Frage, wie Planerstellung und Planvollzug durch breite Beteiligung der Bevölkerung — denn es ist die gesamte Bevölkerung, die vom Zentralplan betroffen wird — demokratisiert werden können. Demokratisierung zentraler Entscheidungen ist so lange illusorisch und muß in Formalismus erstarren, wie keine Alternativen bestehen. Erstarren „demokratischer Prozesse“ ist aber der Ursprung jeder Bürokratisierung; die Bürokratie usurpiert demokratische Formen, um sie mit bürokratischem Inhalt zu füllen. Situationen, die keine Alternativen zulassen, sondern eindeutige und schnelle Entscheidungen verlangen, stellen sich regelmäßig nach einer gelungenen Machtübernahme durch sozialistische Gruppen, im Krieg und in der ersten Phase der Rekonstruktionsperiode nach dem Krieg. Die Initiative der Massen äußert sich in solchen Situationen außerhalb eines formalen, institutionellen Rahmens im heroischen Akt der Machtergreifung, an dem im Verlauf des revolutionären Prozesses eine Mehrzahl der Bevölkerung teilnimmt, in der Durchführung der Bodenreform, der Kampagne zur Beseitigung von Analphabetismus oder in der Verteidigung dessen, was geschaffen worden ist. Aber in einer Lage, in der diese „heroische Periode“ der Vergangenheit angehört, die alle formalen Grenzen brechende Welle befreiter Initiative abgeebbt ist, muß auf die Dauer

39 Die Qualität von Informationen bestimmt sich nach dem Zweck, für den sie verwendet werden. Gute und schlechte Informationen an sich gibt es nicht. Zur Beurteilung, welche Informationen gebraucht werden, welche weitergegeben werden müssen und welche nicht weitergegeben werden dürfen, um den Entscheidungsprozeß nicht unnötig zu komplizieren, werden Informationen über Zweck, Inhalt und Form von Entscheidungen und Aktivitäten der Entscheidungsträger benötigt. Auf diese Weise müssen bereits „Informationssammler“ und nicht nur „Entscheidungsträger“ in den Entscheidungsprozeß formal integriert werden.

ein formalisierter demokratischer Prozeß verankert werden, wenn die materielle Grundlage der Demokratie nicht Schaden leiden soll. Vorbedingung für Demokratisierung zentraler Entscheidungen ist also die explizite Formulierung von Alternativen, d. h. die Aufstellung mehrerer optimaler Planvarianten, unter denen eine ausgewählt werden muß⁴⁰. Die Auswahl optimaler Planvarianten kann auf die Dauer nur dann demokratisch erfolgen, wenn der Prozeß der Auswahl selbst institutionalisiert wird. Da aber Planerstellung und -auswahl keine rein ökonomischen, sondern vor allem politische Entscheidungen verlangen, muß Demokratisierung zentraler Entscheidungen politische Demokratisierung sein. Die Wahl zwischen ökonomischen Alternativen muß dann im Bereich der Politik als Wahl zwischen politischen Alternativen erscheinen⁴¹. Das verlangt nicht unbedingt Parlamentarismus, da eine Ausbalancierung kontradiktorischer Kräfte wie im liberalkapitalistischen Staat keine Lebensbedingung für Demokratie ist; es müssen aber bestimmte Institutionen geschaffen oder bestehende aktiviert werden, damit der Prozeß demokratischer Willensbildung ablaufen kann.

Auch Demokratisierung zentraler Entscheidungen ist eine Bedingung für ökonomische Rationalisierung, also Effektivierung des sozialistischen Systems. (1) Die materielle Interessiertheit kann auf die Dauer nur dann mit optimalen Ergebnissen wirksam werden, wenn eine Mitbestimmung an zentralen Entscheidungen möglich ist, da ja das „Produkt für sich“, auf das das individuelle materielle Interesse gerichtet ist, von zentralen Entscheidungen unmittelbar abhängt. (2) Externe Effekte können nur dann mit Erfolg eingeschränkt werden, wenn keine „unrealistischen Restriktionen“ erfolgen. Entscheidungen müssen aber so lange unrealistisch bleiben, wie Informationen für zentrale Entscheidungsträger unvollkommen oder falsch sind. Informationen kann man sich nicht einfach „holen“, wie manche Bürokraten glauben; Informationen sind nur in einem Prozeß der dauernden aktiven Beteiligung aller Produzenten und Konsumenten zu gewinnen, zu kontrollieren und zu korrigieren. Planung ist ein

40 Es sind mehrere optimale Pläne und nicht nur einer möglich, da das Optimalitätskriterium sich je nach der gegebenen Zielfunktion bestimmt. Diese Zielfunktion muß durch einen gesellschaftlichen Prozeß von Wahl und Auswahl aufgestellt werden. In diesem Sektor kann sich Demokratie vollziehen, während die Optimierung ein Problem aus dem Rationalitätsbereich darstellt.

41 Die Auflösung politischer Alternativen begann in der Sowjetunion erst 1921 mit dem Verbot der Menschewiki und Sozialrevolutionäre und später auch dem Verbot von Fraktionen innerhalb der Bolschewiki selbst. Diese Ausschaltung politischer Alternativen wurde von Stalin auf die Spitze getrieben und nach dem zweiten Weltkrieg fast unreflektiert von den osteuropäischen Ländern übernommen. Aber sowohl Lenin als auch Trotzky sahen in dem Verbot politischer Opposition nur eine durch die damalige Situation oktroyierte Notmaßnahme, die in dem Augenblick aufzuheben war, „in dem sich die wirtschaftliche und soziale Lage des Landes etwas mehr gefestigt haben würde“. Vgl. Isaac Deutscher, Trotzky, Bd. I Stuttgart 1962, S. 485.

Prozeß, in den alle wohl oder übel involviert sind. Soll dieser Prozeß optimiert werden, dann sind eben Mechanismen auszuarbeiten, durch die die aktive demokratische Beteiligung gesichert wird.

Das dritte Problem ist das der Demokratisierung auf dem Markt. Es gibt auch in den sozialistischen Ländern Ökonomen, die, wie in Westeuropa die Neoliberalen, makroökonomische Entscheidungen dem Markt überlassen wollen⁴². Sie gehen von der „Konsumenten-souveränität“ aus, d. h. von der Vorstellung, daß der individuelle Konsument autonom Entscheidungen treffen kann, damit seinen Bedarf anmeldet, der sich dann zur gesamtwirtschaftlichen Nachfrage aggregiert und so die Produktionsbetriebe lenkt. Denn nur wenn die Unternehmen den Konsumentenwünschen nachkommen, können sie ihre Produkte verkaufen, also einen Gewinn machen. Dieser Mechanismus klingt in seiner Einfachheit genial. Doch ist diese Vorstellung der „Dollarstimmzettel-Demokratie“ ein schlechtes Ideal geworden. Denn erstens ist der Konsument nicht souverän, er unterliegt den unterschiedlichsten manipulativen Kräften, zweitens kann der Konsument nur mit dem Einkommen Nachfrage anmelden, das er in der Produktion verdient hat; also müßte der Produktionsbereich und nicht der Konsumtionsbereich Ausgangspunkt der Überlegung sein, drittens kann der Markt aus den bereits angeführten Gründen ohne zentrale Eingriffe gar nicht funktionieren und viertens ist der Mensch nur in seiner vollkommensten Form der Entfremdung (nämlich reduziert auf zwei Organe, das Maul und den Bauch) vor allem Konsument. Diese Einwände gegen den Fetisch der Konsumentensouveränität treffen nicht den Marktmechanismus mit seinem Stellenwert in unserem Modell der sechs Entscheidungsstufen. In diesem Rahmen hat der Markt seine integrativen Funktionen. Er kann die demokratischen Institutionen im Produktionsbereich und auf dem politischen Sektor unterstützen, niemals aber als die Basis jeglicher Demokratisierung in anderen Bereichen dienen oder sie gar ersetzen.

Das Problem der Demokratisierung und der Rationalisierung läßt sich letztlich auf die These der „Entfaltung günstiger Bedingungen für optimale Entscheidungen“⁴³ reduzieren. Da optimale Entscheidungen in einer „Ökonomie des Mangels“ immer nur — auch bei vollkommener Demokratisierung — von wenigen Entscheidungsträgern im Vergleich zur Masse der Betroffenen getroffen werden müssen, dürfte es eine „demokratische Illusion“ sein, Bürokratie schon auf dem gegebenen Entwicklungsstand ein für alle Mal abschaffen zu können. Bürokratie ist auf gegebenem technologischen und ökonomischen Niveau die rationellste Organisationsform, allerdings auch nach den verschiedensten Formen personaler Herrschaft als rationale, anonyme, schwer faßbare und totalste Form der Herrschaft über den

42 So etwa Radoslav Selucký in einer Diskussion, wiedergegeben in „Im Herzen Europas“, Tschechoslowakische Monatsschrift, Februar 1966 oder Eugen Löbl in einem Interview mit der österreichischen „Volksstimme“ vom 10. 4. 1966.

43 András Hegedüs, Optimization and Humanization — On the Modernization of Management System, Budapest 1965, S. 11.

Menschen in diesem Sinne auch die höchste Stufe der Entfremdung des Menschen; jenseits dieser Entfremdung ist nur noch die Aufhebung der Herrschaft des Menschen über den Menschen möglich. Beim Problem der Demokratisierung kommt es also nicht auf eine demokratische Illusion an, sondern auf eine wirksame gesellschaftliche Kontrolle der Bürokratie, wobei zur Kontrolle auch Wahl und Abwahl des personalen Stamms der Bürokratien gehören, so daß bürokratische Verknöcherungen möglichst verhindert werden.

Demokratisierung und Humanisierung sind nicht dasselbe. Marx bezeichnete den Kommunismus als „vollendeten Humanismus, als die wirkliche Aneignung des menschlichen Wesens durch und für den Menschen“. Solange in der Ökonomie Mangel herrscht, ist diese Vorstellung lediglich reale Utopie — auf die hin aber der Aufbau im Sozialismus orientiert werden muß und zwar nicht in Form von quantitativen Wachstumsraten und dergleichen, sondern in Form qualitativer Änderungen, die das gesamte Gesellschaftssystem angehen. In diesen qualitativen und nicht den quantitativen Änderungen (wie es die sinnlosen Thesen vom „Wettbewerb der Systeme“, vom „Einholen und Überholen“ nahelegen) liegt der Zukunftsaspekt des Sozialismus. Dieser Rahmen ist es, der den Stellenwert der Demokratisierung angibt: Im Negativen jede Einschränkung bürokratischen Voluntarismus durch gesellschaftliche Kontrolle, im Positiven jede Ausweitung des Autonomiebereichs der Individuen und Kollektive, jede Vergrößerung von Freiheit und Glück, jede Demokratisierung durch Teilhabe an Entscheidungen können auf lange Sicht als Faktor der Humanisierung aufgefaßt werden.

Beide Kriterien — Demokratisierung und Rationalisierung, Humanisierung und Optimierung — sind unlösbar miteinander verquickt. So schreibt Mihailo Marković: „Der Sozialismus ist eine um so rationellere Gesellschaft, als er auch auf der Makro-Ebene, innerhalb der ganzen gesellschaftlichen Gemeinschaft, und nicht nur auf der Mikro-Ebene, innerhalb des Betriebs, die Überwachung der materiellen Prozesse, das Vorhersehen künftiger Erscheinungen und ein rechtzeitiges Einschreiten der Menschen ermöglicht. Insofern ist der Sozialismus auch eine humanere Gesellschaft: der Mensch ist nicht nur ein individuelles, sondern auch ein gesellschaftliches Wesen...“⁴⁴. Und der Budapester Soziologe András Hegedüs betont: „Eine Verletzung der Einheit (beider Kriterien EA) verursacht jedenfalls Schäden. Wenn Optimierung in den Vordergrund gestellt wird, werden humanistische Motive in den Hintergrund geworfen und als Ergebnis wird die Bürokratie vorherrschend und endlich werden die Interessen der Optimierung selbst Schaden leiden. In solch einer Situation wird den aktuellen gesellschaftlichen Bedürfnissen kaum irgendeine Aufmerksamkeit geschenkt, formale Elemente überwiegen sehr leicht im System der Wirtschaftsleitung und politische und ideologische Thesen, zu rigiden Dogmen verkehrt, werden unvermeidlich große Autorität

44 Mihailo Marković, Lenkung der gesellschaftlichen Entwicklung unter den Bedingungen der Selbstverwaltung, Internationale Politik (Belgrad), Nr. 380 vom 5. 2. 1966.

erhalten. Auf der anderen Seite können unpraktische Entscheidungen, die nur mit partikularen Interessen übereinstimmen, vorherrschen und wir können anarchische Erscheinungen beobachten, wenn die Elemente einer einseitigen Humanisierung hervorragen...“⁴⁵.

Die häufig gehörte These von der „Annäherung der Systeme“⁴⁶ bzw. des „Wegs zurück zum Kapitalismus“⁴⁷ dürfte damit ad absurdum geführt sein. Wenn auch die historische Entwicklung keine Einbahnstraße ist, so gibt es von manchen Positionen doch kein prinzipielles Zurück mehr. Die neuen ökonomischen Systeme sind als eine — notwendige — Etappe in der Entfaltung der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft zu begreifen, als eine Etappe, die die Phase der zentralistischen Planung, die mit der durch sie entstandenen sozioökonomischen Problematik nicht mehr fertig werden kann, ablöst. Wenn auch formal manche kapitalistische Elemente, wie Preis, Gewinn, Zins, Wertgesetz usw. in den neuen ökonomischen Systemen eine zentrale Rolle erhalten, so doch nicht in ihren materiellen Wirkungen. Die neuen ökonomischen Systeme sind als ein Abschnitt auf dem Wege der Revolutionierung sozialistischer Gesellschaften durch Rationalisierung der Ökonomie und Demokratisierung des ökonomischen und politischen Lebens zu verstehen.

45 András Hegedüs, a.a.O., S. 51 f.

46 Vgl. beispielsweise Jan Tinbergen, Kommt es zu einer Annäherung zwischen den kommunistischen und freiheitlichen Wirtschaftsordnungen?, Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 8. Jahr 1963.

47 Nicht nur bürgerliche Zeitungen melden triumphierend den vermeintlichen Übergang zum Kapitalismus, auch Sozialisten wie Huberman und Sweezy meinen besorgt, solche Tendenzen feststellen zu müssen. Vgl. Sweezy/Huberman, Peaceful Transition from Socialism to Capitalism?, Monthly Review, Vol. 15, March 1964 und die Diskussion in Monthly Review, Jahrgang 1965.

Fred Schmid

Neue ökonomische Systeme in der DDR und CSSR

Mit dem zentralistischen, vorwiegend administrativ gesteuerten Modell einer Volkswirtschaft hatte die Sowjetunion während der vergangenen Jahrzehnte den praktischen Beweis erbracht, daß eine effiziente Wirtschaftsleitung im Sozialismus durchaus möglich ist. Allerdings entsprach dieses Modell nur einem bestimmten Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft, mit zunehmender Reife führte die übermäßige Zentralisierung zu Fehlfunktionen und bürokratischen Auswüchsen.

In den Wirtschaftsreformen der sozialistischen osteuropäischen Länder soll nun der Versuch unternommen werden, das adäquate Planungs- und Leitungsmodell für eine sozialistische Industriewirtschaft zu finden. Es erscheint deshalb nicht verwunderlich, daß die DDR und die CSSR an der Spitze dieser Reformbestrebungen stehen, haben wir es doch in beiden Ländern mit komplexen, hochentwickelten Volkswirtschaften zu tun, die mit starren, administrativen Methoden nicht oder nur noch ungenügend geleitet werden können¹.

Hier zeigten sich deshalb auch zuerst die negativen Auswirkungen einer einseitigen Orientierung auf die quantitativen Seiten der Produktion und der Vernachlässigung der qualitativen Aspekte, wie Effektivität der Investitionen und Güte der Erzeugnisse. So nahmen trotz akuter Kapitalknappheit die halbfertigen Investitionsobjekte zu, vermehrten sich bei gleichzeitiger Mangelsituation die Bestände an unverkäuflichen Konsumgütern, stagnierte die Arbeitsproduktivität und erreichte auch der Außenhandel infolge des niedrigen Standards der Produktion nicht den notwendigen Umfang².

Allerdings war auch in diesen beiden Ländern durch die Kriegsfolgen und die Umwandlung der Gesellschaftssysteme eine straffe Zentralisierung der Wirtschaftsleitung in den ersten Jahren erforderlich. Dabei war in der DDR die Situation nach dem Kriege besonders ungünstig:

1 Einen groben Anhaltspunkt für den Reifegrad einer Volkswirtschaft gibt der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen an der Gesamtbeschäftigtenzahl; er betrug 1964 in der DDR 20 % (zum Vergleich BRD 12 %, CSSR 29 %, Ungarn 36 %, UdSSR 45 %, Polen 47 %, Bulgarien 64 %, Rumänien 66 %).

2 Nach Josef Goldman erreichte der Wert unvollendeter Bauten 1965 in der CSSR den Betrag von 40 Mrd. Kcs, im Vergleich zu einem Nationaleinkommen von ca. 170 Mrd. Kcs. Vgl. Josef Goldman: Short- and Long-term Variations in the Growth Rate and the Model of Functioning of a Socialist Economy, in: Czechoslovak Economic Papers, Nr. 5, Prague 1965, P. 43.

Durch die Teilung Deutschlands war der östliche Teil von seinen traditionellen Rohstoffquellen im Westen und in Oberschlesien abgeschnitten, Demontagen und Reparationszahlungen an die UdSSR kosteten die Wirtschaft bis 1955 Milliarden-Beträge und weitere Milliarden-Verluste entstanden durch die stetige Abwanderung von Fachkräften in die Bundesrepublik (bis 1961 ca. 2,5 Millionen Menschen).

Demgegenüber befand sich die CSSR nach dem Kriege in einer vorteilhafteren Situation, doch mußten auch hier bestimmte Schwerpunktaufgaben gelöst werden, die einen konzentrierten Mitteleinsatz verlangten. Insbesondere galt es, die Wirtschaft der Slowakei auf das Niveau der böhmischen Landesteile anzuheben.

Die zentrale Planung erzielte bei diesen Aufgaben erhebliche Erfolge, wie die hohen Wachstumsraten während der Fünfzigerjahre beweisen.

Jährliches Wachstumstempo der industriellen Brutto-Produktion in den COMECON-Ländern in v.H.

(Quelle: „Statistisches Jahrbuch der DDR“, 1965)

Jahr	Alb.	Bulg.	DDR	Mong.	Polen	Rum.	CSSR	UdSSR	Ungarn
51	44	19	23	—	22	24	14	16	27
52	37	—	15	—	19	18	—	—	—
53	17	—	13	—	18	15	—	—	—
54	7	11	10	—	11	6	4	14	5
55	12	8	8	—	12	14	11	12	2
56	8	15	6	—	9	11	9	11	—9
57	26	16	7	—	10	8	10	10	16
58	20	15	11	—	10	10	11	10	11
59	20	20	12	—	9	10	11	11	10
60	11	13	8	27	11	16	12	10	13
61	7	12	7	25	10	16	9	9	10
62	7	11	6	14	9	14	6	10	8
63	—	11	4	7	5	12	—0,6	9	7

Es war also kein Fehler, wenn man für diese Zeit das sowjetische Planungssystem grundsätzlich übernommen hat, war es doch zudem das einzige erprobte Modell einer sozialistischen Wirtschaft. Zur dog-

matischen Erstarrung führte die Wirtschaftspolitik erst dann, als man dieses Modell auch weiterhin teilweise blind nachahmte und über die erforderliche Zeit hinaus beibehielt. So hätte nach Ansicht der meisten tschechoslowakischen Wirtschaftswissenschaftler eine Umstellung der CSSR-Wirtschaft bereits Mitte der Fünfzigerjahre erfolgen müssen³. Auch in der DDR setzte 1956/57 eine Diskussion ein, in der man den Übergang zu ökonomischen Leitungsmethoden forderte⁴.

Diese Diskussionen hatten allerdings keine größeren Änderungen zur Folge und so mußten die jüngsten Reformen erst von der Wirklichkeit erzwungen werden, als nämlich die genannten Widersprüche immer deutlicher auftraten und sich in kontinuierlich sinkenden Wachstumsraten der Industrie niederschlugen.

Im Anschluß an den Artikel von Professor Liberman am 9. September 1962 in der Prawda⁵, in dem der Charkower Ökonom die Mängel des sowjetischen Planungssystems aufzeigte und Änderungsmaßnahmen vorschlug, lebte auch in der DDR die Reformdiskussion wieder auf, der alsbald praktische Maßnahmen folgten. Mit dem Erlaß der „Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖSPL) am 11. Juli 1963 durch den Ministerrat war der entscheidende Schritt zur Umstellung auf ein neues Wirtschaftsmodell getan⁶. Seither wurden die Reformen schrittweise und konsequent weitergeführt und nach der 11. Tagung des ZK der SED (Dezember 65) hat man mit der „zweiten Etappe“ der Durchführung des neuen ökonomischen Systems begonnen.

Auch in der CSSR haben umfangreiche Diskussionen stattgefunden, in denen zum Teil noch weitergehende Vorstellungen als in der DDR entwickelt wurden. Im Januar 1965 beschloß das ZK der KPC, das „neue Wirtschaftsmodell“ ab 1. Januar 1966 einzuführen, nachdem 1965 noch eine Reihe von Experimenten vorgenommen werden sollten. Inzwischen erfolgte im Januar nur eine Teilreform. Auch hier wird offensichtlich eine stufenweise Einführung des neuen Systems einer abrupten Umstellung vorgezogen.

Die Wirtschaftsreformen der übrigen sozialistischen Länder sind, wenn man von einigen praktischen Veränderungen absieht, bisher noch nicht über das Diskutier- und Experimentierstadium hinausgekommen, weshalb auf eine Besprechung an dieser Stelle verzichtet

3 Benedict Korda und Eugen Loebl datieren den „richtigen“ Zeitpunkt bereits ins Jahr 1952.

4 Zu erwähnen sind hier insbesondere die Aufsätze von Fritz Behrens: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, und Arne Benary: Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, 5. Jahrg., 1957.

5 Jawszej Liberman: Plan, Gewinn, Prämie, in: Prawda vom 9. Sept. 1962.

6 Veröffentlicht am 16. 7. 1963 im „Neuen Deutschland“.

wird⁷. Die neuen ökonomischen Systeme werden im folgenden exemplarisch an den Industriemodellen der DDR und CSSR dargestellt.

Die Planmethodik im neuen ökonomischen System

„Der Plan ist und bleibt das entscheidende Instrument unserer ökonomischen Politik“, betonte Walter Ulbricht anlässlich der Einführung des NÖSPL⁸. Ähnliche Äußerungen lassen sich auch bei tschechoslowakischen Politikern und Wirtschaftstheoretikern nachweisen. In der Tat soll durch die neuen Modelle die zentrale Planung nicht abgebaut, sondern im Gegenteil durch Erhöhung ihres qualitativen Niveaus in ihrer Bedeutung gestärkt werden. Das ist aber nur möglich, wenn man von der bisher üblichen Detailplanung abgeht und die Zentrale von überflüssigen Aufgaben befreit. In einer Rahmenplanung soll sich die Zentrale auf die Festlegung von Entwicklungsrichtung und -geschwindigkeit und der Grundproportionen der Volkswirtschaft beschränken. Die Teilziele werden in den Plänen der Unternehmensvereinigungen und der einzelnen Unternehmen innerhalb des vorgegebenen Rahmens konkretisiert. Um die Effektivität der Planung zu erhöhen und Fehlfunktionen zu vermeiden, ist es weiterhin nötig, den Markt in das Planungs- und Leitungssystem stärker als bisher einzubeziehen. Das soll durch wissenschaftliche Analyse der Markttendenzen in Zukunft bereits bei der Planaufstellung geschehen. Indem man zudem den Druck des Marktes in bestimmten Grenzen auf die Betriebe wirken läßt, will man erreichen, daß der Plan entsprechend den Wünschen der Nachfrager konkretisiert und in gewissem Maße auch korrigiert wird. Der Markt wird also nicht mehr, wie in der Vergangenheit, als Antithese zum Plan aufgefaßt, sondern als notwendige Ergänzung hierzu.

Die neue Methode der Planung kommt vor allem durch veränderte, in ihrem Umfang stark reduzierte Planvorgaben bzw. Orientierungsziffern zum Ausdruck. So werden nach der Planmethodik für die

7 In der UdSSR wurden auf dem September-Plenum (1965) des ZK der KPdSU weitgehende Reformbeschlüsse getroffen, die aber bisher erst in 43 Experimentierbetrieben praktiziert werden, so daß über allgemeine Erfahrungen noch nicht berichtet werden kann. Nach Kossygin's Aussage müssen zur allgemeinen praktischen Verwirklichung noch umfangreiche organisatorische Vorarbeiten getroffen werden, die sich voraussichtlich bis 1967 hinziehen werden.

In Rumänien hat bisher keine größere Reformdiskussion stattgefunden. Das hat seinen Grund darin, daß man sich hier noch auf der extensiven Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung befindet und mit dem zentralistisch-administrativen Planungssystem noch hohe Wachstumsraten erzielt.

8 Walter Ulbricht: Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis, Berlin 1963, S. 32.

Jahresplanung 1967 in der DDR von der staatlichen Plankommission folgende Orientierungsziffern vorgegeben⁹:

1. Kurzbilanzen für ausgewählte Staatsplanpositionen, einschließlich der Lieferungen an wichtige andere Zweige.
2. Abführung von Gewinn an den Staatshaushalt.
3. Einsatz der Amortisationen; Finanzierung von Investitionen aus Krediten.
4. Aufgabenstellung für die hauptsächlichlichen wissenschaftlich-technischen Aufgaben im Jahre 1967.
5. Erhöhung der Fondsrentabilität in Prozent.
6. Außenhandelsaldo nach Wirtschaftsgebieten.
7. Lohnfonds.

Im Vergleich zum zentralistischen Modell, in dem die staatlichen Vorgaben aus 70 und mehr Kennziffern bestanden¹⁰, bedeutet die neue Planmethodik eine bedeutende Vereinfachung. Vor allem werden nun Kennziffern, die auf einen rein mengenmäßigen Zuwachs der Produktion orientierten, nahezu gänzlich weggelassen und es treten Kennziffern der Effektivität in den Vordergrund. So soll z. B. die Kennziffer „Fondsrentabilität“

$$\left(\frac{\text{Betriebsergebnis} \cdot 100}{\text{produktive Fonds}} \right)^{11}$$

die Betriebe zu einer rationellen Nutzung des eingesetzten Kapitals anhalten. Der Lohnfonds wird ohne Bindung an die Zahl der Arbeitskräfte vorgegeben, so daß die Betriebe die Möglichkeit haben, durch sparsamen Einsatz von Arbeitskräften Lohnmittel einzusparen und für Sonderentlohnungen zu verwenden.

An Hand dieser Vorgaben arbeiten die Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB), auf die später noch näher eingegangen wird, in den Monaten April bis Juni die Planansätze für ihren Industriezweig aus. Dabei haben sie besonders auf die „Bilanzierung“ zu achten, d. h. auf der Grundlage wissenschaftlicher Bedarfs- und Marktforschungen, sowie langfristigen Wirtschaftsverträgen mit den Hauptverbrauchern und -lieferanten, sollen Bedarf und Absatz zwischen den verschiedenen VVB abgestimmt werden. Das gilt in erster Linie für die wichtigsten Erzeugnisgruppen und die Haupterzeugnisse, die sogenannten Staatsplanpositionen, deren Zahl allerdings von bisher 800 auf 200 vermindert wurde. Bei dieser Abstimmung finden moderne Metho-

9 Vgl. Heinz-Werner Hübner: Zur Vervollkommnung der Planung in der 2. Etappe des NÖS, Die Planmethodik 1967, in: Die Wirtschaft, Nr. 14, 7. 4. 1966, S. 12.

10 So waren z. B. nach der Planmethodik 1963 für das Berliner Bremsenwerk (Produktionsprogramm: 500 Geräte) 79 technisch-wirtschaftliche Kennziffern und 18 100 Formblätter nötig. Vgl. Werner Kalweit: Prämien für moderne oder für veraltete Technik? in: Neues Deutschland, Nr. 315, 15. November 1962.

11 Der Ausdruck „produktive Fonds“ läßt sich nicht genau in westliche Wirtschaftsterminologie übertragen. Er entspricht in etwa dem stofflichen Betriebsvermögen und wird unterteilt in Grundfonds (materielles Anlagevermögen) und Umlauffonds (materielles Umlaufvermögen).

den der mathematischen Modellierung (Verflechtungsbilanzen) und die neueste Rechentechnik Verwendung. An die Planung der VVB schließt sich die differenzierte Planung und Abstimmung der Betriebe an.

Im Rücklauf der konkretisierten Plangrößen von den Betrieben über die VVB zur staatlichen Plankommission werden die einzelnen Zahlen zu ökonomischen Kennziffern verdichtet und zusammen mit den Bilanzen für die Staatsplanpositionen der Zentrale als „Planangebote“ unterbreitet. Bei der sogenannten Planverteidigung müssen die VVB-Direktoren nachweisen, daß ihr Vorschlag der volkswirtschaftlich effektivsten Lösung entspricht. Ende 1966 erhalten sie dann die tatsächliche Planaufgabe für das Jahr 1967.

Die neue Qualität der Planung besteht darin, daß die VVB nicht mehr umfangreiche Kennziffern auf die nachgelagerten Wirtschaftseinheiten aufschlüsseln müssen, sondern daß sie die Möglichkeit haben, innerhalb eines groben Rahmens ihre Pläne selbständig auszuarbeiten und über die effektivsten Varianten mitzubestimmen. Dabei wird durch entsprechende Stimulierungsmethoden erreicht, daß die Betriebe keine „weichen“ Pläne anstreben, die sie dann leicht übererfüllen können, sondern an der Aufstellung optimaler Pläne materiell interessiert sind.

Nach wie vor unterscheidet man nach der Fristigkeit drei verschiedene Arten von Plänen:

1. die Prognose, die sich über einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren erstreckt,
2. den fünf- bis siebenjährigen Perspektivplan und
3. den Jahres- oder Zweijahresplan (Operativ-Plan).

Bei der Aufstellung der Operativ-Pläne spielen die Leitungsorgane der jeweiligen Industriezweige die Hauptrolle. Die Zentrale wird sich in Zukunft auf die Ausarbeitung der langfristigen Pläne, insbesondere den Perspektivplan konzentrieren. Eine grundsätzlich neue Methode wird bei der Aufstellung der einzelnen Pläne angewandt. Während man bei den früheren Plänen nur „einfach die gegenwärtigen Erfahrungswerte und Durchschnittsgrößen in die Zukunft projizierte“¹², erfolgt nun die Ableitung der Pläne nach der Methode der Rückrechnung in entgegengesetzter Richtung. Ausgehend von einer prognostischen Einschätzung der Entwicklung der Produktivkräfte, wie sie in 15 bis 20 Jahren erfolgen wird, sollen im Perspektivplan die Ziele der Produktion für eine Zeit von 5 bis 7 Jahren festgelegt werden. Der wissenschaftlich begründete Perspektivplan soll dabei als „ideelles Modell“ aufgefaßt werden, von dem dann weiter auf den Jahresplan zurückgerechnet wird.

Die Pyramidenform der Leitung

Die beschriebenen Änderungen im Planungsverfahren waren jedoch erst möglich, nachdem man der vorhandenen Organisations-

¹² Erich Apel: Aktuelle Fragen der ökonomischen Forschung, Berlin 1964, S. 36.

struktur eine neue Ausprägung gab. Das neue System ist durch die Pyramidenform der Leitungsfunktionen gekennzeichnet. Ausgehend von der Spitze, lassen sich dabei folgende Stufen unterscheiden: Staatliche Plankommission, Industrieministerium, Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB), Volkseigener Betrieb (VEB), Brigade, einzelner Arbeitsplatz. Dieser Systemaufbau ist nicht neu, doch waren bisher sämtliche Entscheidungs- und Verantwortungsbefugnisse in der Spitze konzentriert, was dann eine starke Bürokratisierung der gesamten Wirtschaft mit sich brachte, da die untergeordneten Stellen lediglich ausführende Organe der Zentrale waren. Dieser administrative Leitungsstil wurde nun durch eine „ökonomische Leitung“ ersetzt, was bedeutet, „... daß auf jeder Leitungsebene durch Konzentration auf die mehr oder weniger perspektivischen Grundfragen nur die Ziele der Tätigkeit für untergeordnete Organe festgelegt werden und nicht die dazu nötigen Einzelschritte. Jeder Eingriff zentraler Organe in laufende, operative Aufgaben wird deshalb abgelehnt, auch bei auftretenden Störungen ist das keine geeignete Methode“¹³. Damit wird die „relative Selbständigkeit“ (Ota Sik) der einzelnen Teilbereiche wesentlich erhöht, das heißt, jede Ebene hat nun echte Entscheidungsaufgaben zu lösen. Das hat zur Folge, daß die Fragen dort entschieden werden, wo dies am sachkundigsten möglich ist. Dadurch wird die Initiative der Produzenten stärker entwickelt, weil ihnen innerhalb eines bestimmten Rahmens die Möglichkeit der Wahl verschiedener Alternativen gegeben ist. Unter kybernetischem Gesichtspunkt kann man die einzelnen Wirtschaftseinheiten auf den verschiedenen Leitungsebenen als „relativ selbständige Regelkreise“ auffassen, die durch den Plan mit dem Gesamtsystem verbunden sind und die auf ihrem Sektor innerhalb eines bestimmten Rahmens eine gewisse Selbstregulierung durchführen und dabei auch kleinere Störungen selbst ausregulieren können. Es wäre noch zu erwähnen, daß die Operationsfreiheit der Betriebe im neuen Wirtschaftsmodell der CSSR größer sein soll als im DDR-System.

Eine zentrale Stellung in diesen Organisationssystemen nehmen die „sozialistischen Konzerne“ (Walter Ulbricht) ein. In der CSSR will man einen vertikalen Typ, den sogenannten Branchenkonzern, bilden und daneben im horizontalen „Trust“ Unternehmungen des gleichen Faches zusammenfassen. Die Branchendirektionen der Konzernunternehmungen und Trusts sind für die Entwicklung der Kosten und Qualität ihrer Erzeugnisse, der Versorgung der Volkswirtschaft mit diesen Erzeugnissen und der sparsamsten Ausnutzung der anvertrauten Mittel verantwortlich¹⁴.

13 Klaus Dieter Wüstneck: Der kybernetische Charakter des neuen ökonomischen Systems und die Modellstruktur der Perspektivplanung als zielstrebigere, kybernetischer Prozeß, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 13. Jahrg., Nr. 1, 1965, S. 9.

14 Vgl. Beschluß des Zentralkomitees der KPČ über die Hauptziele der Vervollkommnung der planmäßigen Lenkung der Volkswirtschaft und über die Arbeit der Partei; veröffentlicht in: Rudé Právo, 30. Januar 1965.

In der DDR kennt man nur die Vereinigungen der Betriebe des gleichen Industriezweiges, die schon mehrfach erwähnten VVB (z. B. VVB Schiffbau, VVB Textilmaschinen, VVB Schuhe usw.). Insgesamt unterscheidet man etwa 85 VVB, denen ca. 1700 Volkseigene Betriebe (VEB) unterstehen. Das sind etwa 15 % der DDR-Betriebe, doch werden in ihnen etwa $\frac{2}{3}$ der gesamten Industrieproduktion erstellt. Die restlichen 13 000 Betriebe, unter denen sich neben VEB auch halbstaatliche und private Betriebe befinden, sind nach territorialen Gesichtspunkten zusammengefaßt und unterstehen den sogenannten Bezirkswirtschaftsräten (insgesamt 15). Auch die VVB existierten bereits im alten System — sie wurden 1958 gegründet — doch hatten sie damals lediglich die Funktion von mittleren Verwaltungsinstanzen ohne größeren eigenen Selbständigkeitsbereich. Durch ihre Umstellung auf die wirtschaftliche Rechnungsführung am 1. Januar 1964 wurde die Voraussetzung geschaffen, daß sie den Reproduktionsprozeß in ihrem Bereich ökonomisch leiten können. Es änderte sich ihre Stellung grundlegend: sie verwandelten sich von reinen Hauptverwaltungen der Industrieministerien zu ökonomischen Führungsorganen des entsprechenden Industriezweiges. Damit war auch eine bedeutende Erweiterung ihrer Rechte und Aufgaben verbunden. Als wesentlichste wären hier zu nennen:

1. Sie sind verantwortlich für die planmäßige Reproduktion eines Industriezweiges und müssen die Gesamtrentabilität dieses Zweiges sichern.
2. Sie sind für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt einer Branche verantwortlich und erarbeiten zu diesem Zweck eine perspektivische Konzeption der wissenschaftlich-technischen Entwicklung.
3. An Hand von vorgegebenen Orientierungsziffern müssen sie einen abgestimmten und bilanzierten Jahresplan erarbeiten. Daneben leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Perspektivplanung, weshalb bei jeder VVB eine eigene Perspektivplanungsgruppe gebildet wurde.
4. Sie tragen die Mitverantwortung für Absatz und Export, sowie für die Versorgung der Volkswirtschaft mit den Produkten ihres Zweiges. Aus diesem Grunde untersteht ihnen die Bilanzierung des gesamten Produktionsaufkommens.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben wurden die VVB mit einer Reihe von Fonds ausgestattet, die sie eigenverantwortlich zur Erweiterung der Kapazität, Einführung der neuen Technik, zum Ausgleich von Planabweichungen, zur Lösung von Schwerpunktaufgaben und zur materiellen Stimulierung verwenden können¹⁵.

In der DDR sieht man in dem skizzierten Planungs- und Leitungsaufbau die Verwirklichung des Leninschen Prinzips des demokrati-

15 Es werden fünf Arten von Fonds unterschieden: Gewinnverwendungsfonds, Fonds Technik, Kreditreserve, Verfügungsfonds, Prämienfonds.

schen Zentralismus in der Wirtschaft¹⁶. Richtig ist, daß sich die Mitwirkung des einzelnen an den kollektiven Entscheidungen erhöht hat. Durch die weitgehende Delegation von Entscheidungsbefugnissen und die bessere Information der Wirtschaftssubjekte über Planungsgrundsätze und -tendenzen, ist die Planung nicht mehr Sache von wenigen Experten, sondern wird mehr und mehr ein „sozialer Akt“ (Branko Horvat), d. h. die Angelegenheit sämtlicher am Wirtschaftsprozeß Beteiligten, die nun die Möglichkeit zu aktiver Mitentscheidung und zur Entfaltung schöpferischer Initiativen haben. Auf das Problem der Wirtschaftsdemokratie in Verbindung mit den verwirklichten oder geplanten Reformen soll in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen, sondern auf die entsprechenden Ausführungen bei Elmar Altvater verwiesen werden.

Das System ökonomischer Hebel

1. Die zentrale Stellung des Gewinnes

Damit sich die wirtschaftliche Gesamtentwicklung infolge der erwähnten Selbstregulierung der wirtschaftlichen Teileinheiten nicht als bloße Resultante spontan ablaufender Prozesse ergibt, mußte ein Mechanismus geschaffen werden, der die Aktionen der Produzenten in eine bestimmte Richtung lenkt. Dieser Mechanismus — als System ökonomischer Hebel bezeichnet — dient dazu, die Betriebe zu einer möglichst rationellen Einhaltung und Erreichung der Ziele, wie sie im Plan niedergelegt sind, zu veranlassen. Das erfordert aber „... nicht eine Vielzahl voneinander isoliert wirkender und sich eventuell gegenseitig aufhebender ökonomischer Hebel, sondern eine aufeinander abgestimmte Vereinigung und Verbindung in einem in sich geschlossenen System“¹⁷. Isoliert wirkende Stimuli zur Planerfüllung wurden auch früher verwendet. Die Folge davon war aber, daß häufig eine Divergenz zwischen den Interessen der Betriebe und den gesellschaftlichen Interessen, ausgedrückt im Plan, auftrat. So verschlechterten die Betriebe in der Vergangenheit oft die Qualität ihrer Erzeugnisse, um den vorgegebenen Kostensenkungsplan erfüllen zu können und in den Genuß der Prämien zu kommen. Noch bekannter sind die negativen Auswirkungen der sog. Tonnenideologie. Im zentralistischen Modell wurde die Abrechnung meist nach dem Gewicht oder dem Preis des Produktes vorgenommen, was die Betriebe veranlaßte, teures oder schwergewichtiges Einsatzmaterial zu verwenden. Durch Beachtung der Interdependenz der einzelnen Hebel will man nun erreichen, was Professor Liberman 1962 in der *Prawda* forderte und was seither fast gleichlautend in sämtlichen Reformvor-

16 Vgl. Uwe-Jens Heuer: *Demokratie und Recht im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft*, Berlin 1965.

17 Erich Apel/Günter Mittag: *Planmäßige Wirtschaftsführung und ökonomische Hebel*, Berlin 1964.

schlagen zu lesen ist: „Was für die Gesellschaft von Vorteil ist, muß auch für jedes Unternehmen, für jeden Einzelnen von Vorteil sein“¹⁸.

Wie versuchte man nun diese Forderung in die Praxis umzusetzen? Für den Aufbau des Systems ökonomischer Hebel war es zunächst nötig, eine zentrale Meß- und Regelgröße zu schaffen, die mit den übrigen Größen des Systems in funktionaler Beziehung steht, und zwar dergestalt, daß die Bewegung dieser zentralen Größe als Resultante der Bewegungen der übrigen Elemente erscheint. Bei den Reformen in der DDR und CSSR räumte man dem Gewinn diese zentrale Stellung ein. Er soll in zusammengefaßter Form die Qualität der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe zum Ausdruck bringen. Damit der Gewinn diese Aufgabe erfüllen kann, ist eine dreifache Verknüpfung dieser Größe nötig.

1. Im Gewinn muß sich über die Kostenseite eine rationelle Nutzung der Produktionsfaktoren widerspiegeln. Der Gewinn ist damit das Hauptkriterium des Nutzeffektes der Produktion.
2. Über die Umsatzseite muß sich im Gewinn niederschlagen, ob der Betrieb eine bedarfs- und marktgerechte Produktion durchführt.
3. Der Gewinn wird als zentraler Hebel erst wirksam, wenn er mit den materiellen Interessen der Betriebe und Werktätigen verbunden wird. Er darf also nicht nur Wertmaßstab der ökonomischen Leistung sein, sondern muß zugleich die Basis für die Prämierung bilden, so daß die Produzenten an seiner Höhe unmittelbar interessiert sind.

2. Die Reform der Industriepreise

Bevor auf die erwähnten Bedingungen weiter eingegangen wird, soll noch auf ein Problem hingewiesen werden, das sich daraus ergibt, daß der Gewinn eine Wertkategorie darstellt. Er soll, wie es Professor Liberman ausdrückt, das „Mehrprodukt in monetärer Form zum Ausdruck bringen“¹⁹. Deshalb wird bei den Reformen der wirtschaftlichen Rechnungsführung eine so große Bedeutung beigemessen. Durch sie werden die Wirtschaftseinheiten gezwungen, die Aufwendungen der Produktion aus dem Erlös der verkauften Waren zu decken und darüber hinaus einen Gewinn zu erzielen. Dieser Gewinn ist aber nur dann ein volkswirtschaftliches Mehrprodukt, wenn eine genaue mengenmäßige Erfassung der Kostengüter erfolgt, und diese mit Preisen bewertet werden, die ihrerseits den gesellschaftlichen Aufwand der Produktion exakt widerspiegeln. Geschieht dies nicht, so wird die Produktion in falsche Richtungen gelenkt und hat eine Unrationalität des gesamten Systems zur Folge. Ohne näher auf diese Problematik einzugehen (vgl. hierzu den Beitrag von Elmar Altvater),

18 J. Liberman, a.a.O.

19 Jewssej Liberman: Plan, betriebliche Direktkontakte und Rentabilität, in: Prawda, 21. 11. 1965, zitiert nach: Die Zeit, vom 10. Dezember 1965.

sollen im Folgenden lediglich die praktischen Änderungen in der DDR und CSSR kurz dargestellt werden.

In beiden Ländern wird die Notwendigkeit einer Neufestsetzung der Preise betont, da das gegenwärtige Preisgefüge stark verzerrt ist und nicht der tatsächlichen Kostenstruktur entspricht. In der DDR wurde deshalb die Einführung des NÖSPL mit einer umfassenden Industriepreisreform verknüpft, in deren Verlauf das Festpreissystem der Jahre 1952/53 abgelöst werden soll. Ausgehend von den Preisen der Grundstoff- und Energieerzeugung wird die Reform in drei Etappen zum Abschluß gebracht. Gegenwärtig hat man die dritte Etappe in Angriff genommen, bei der die Preise in den Zweigen der verarbeitenden Industrie für ein Produktionsvolumen von 80 Milliarden MDN neu festgesetzt werden sollen. Die Preise werden auf Basis der voraussichtlichen Kosten des Jahres 1967 berechnet und sollen bis zu diesem Zeitpunkt voll wirksam sein. Allerdings will man die zum Teil erheblichen Preiserhöhungen nicht auf den Endverbraucher weitergeben, weshalb die Einzelhandelspreise zu Lasten des Staatshaushaltes auf dem bisherigen Niveau gehalten werden sollen.

In der CSSR ist der 1. Januar 1968 als Stichtag einer allgemeinen Reform der Großhandelspreise vorgesehen.

Der Preistyp wird in beiden Staaten so festgelegt, daß im Preis nicht nur die Produktionskosten abgegolten werden, sondern auch ein entsprechender Gewinnaufschlag enthalten ist, der ausreicht, um die Akkumulation und den gesellschaftlichen Konsum zu decken. Abweichende Vorstellungen sind dagegen hinsichtlich der Flexibilität der Preise anzutreffen. Zwar erkennt man in beiden Ländern an, daß sich die Preise dynamisch an die schwankenden Produktions- und Konsumtionsbedingungen anpassen müssen, doch will man in der DDR vermeiden, daß die Betriebe eine monopolistische Preispolitik treiben, ihre Profite also nicht durch Senkung der Selbstkosten und Produktionssteigerungen, sondern durch Preissteigerungen erhöhen. Deshalb erfolgt hier die Anpassung und Kontrolle der Preise weiterhin durch den Staat. Die VVB erhalten nur die Preisbildungsbefugnis, nicht aber das Recht der Preisbestätigung übertragen, weil sonst "... die Gefahr besteht, daß nicht nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden wird"²⁰.

Dagegen soll das Preissystem der CSSR in Zukunft elastischer gestaltet werden. Im „neuen Wirtschaftsmodell“ sind drei Kategorien von Preisen vorgesehen: Festpreise, Limitpreise und freie Preise. Vom zentralen Planungsorgan sollen nur noch die Preise für die wichtigsten Grundprodukte und für Massenbedarfsgüter festgelegt werden. Bei den Limitpreisen, die überwiegende Mehrzahl, werden die Ober- und Untergrenzen von der Zentrale in Übereinstimmung mit Erzeugern und Abnehmern festgelegt. Innerhalb dieser Grenzen können die Preise frei schwanken. Für Luxusgüter und sonstige Güter von geringerer Bedeutung will man die Preise ganz freigeben.

20 Alfred Neumann: Der Volkswirtschaftsplan in der Industrie und die weitere Durchführung des NÖS, Referat auf der 7. Tagung des ZK der SED, 2. bis 5. 12. 64.

Der Staat wird hier nur auf die Einhaltung der Regeln bei der Preisbildung achten.

3. Gewinn und kostengünstige Produktion

Ist das Problem der Preise gelöst, so läßt sich auch der Gewinn so gestalten, daß er zum „synthetischen Index“ (Wodzimirz Brus) einer rationalen Planerfüllung wird. Rationell ist dabei so zu verstehen, daß „... der Plan mit dem geringsten Aufwand an gesellschaftlich-vergegenständlichter und lebendiger Arbeit... (verwirklicht wird)“²¹. Bei der lebendigen Arbeit ist das zunächst relativ einfach: hier wird sich ein sparsamer und zweckgerichteter Einsatz in den Lohnkosten und damit im Gewinn niederschlagen. Der Betrieb wird also nicht wie bisher Arbeitskräfte „horten“, sondern eine optimale Belegschaftsstruktur anstreben.

Beim Produktionsfaktor Kapital ist das Problem etwas schwieriger zu lösen. Hier muß eine Reihe von weiteren Hebeln die Verbindung zum Gewinn herstellen. Unterteilen wir nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten das Kapital in Grundfonds und Umlauffonds, so steht es bei letzterem, vor allem also beim eingesetzten Material, ähnlich wie mit dem Produktionsfaktor Arbeit. Ein sparsamer und rationeller Einsatz wird die Kosten des Erzeugnisses senken und damit, gleicher Verkaufspreis vorausgesetzt, den Gewinn des Betriebes erhöhen. Bei den Grundfonds war zunächst eine Neubewertung der Maschinen und Gebäude vorzunehmen, da ihre Werte teilweise noch auf der Grundlage von Vorkriegspreisen festgesetzt waren. Die Abschreibungsbeträge waren daher zu niedrig und reichten nicht aus, um die verbrauchten Anlagen zu ersetzen. Verbrauchsgerechte Abschreibungen sollen in Zukunft die „einfache Reproduktion“ (Ersatzinvestition) gewährleisten.

Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang ein weiteres Problem. Da infolge der fortschreitenden Mechanisierung und Automatisierung der Fondsaufwand je Arbeitsplatz rasch ansteigt, mußte ein ökonomischer Hebel gefunden werden, der eine intensive Nutzung der „produktiven Fonds“ ökonomisch stimuliert. Die Bedeutung eines höheren Nutzeffektes der Fonds, insbesondere der Grundfonds, wird klar, wenn man bedenkt, daß in der DDR in den Jahren 1951 bis 1955 mit einer Investitionssumme von 32 Milliarden MDN ein Zuwachs des Nationaleinkommens von 21 Milliarden MDN erreicht wurde, von 1956 bis 1960 mit 63 Milliarden ebenfalls nur 21 Milliarden; und 1961 bis 1964 wurde mit 66 Milliarden MDN sogar nur ein Zuwachs von 10,7 Milliarden MDN erzielt²². Mit der Einführung der sogenannten Produktionsfondsabgabe, gleichbedeutend mit Zinsen auf das eingesetzte Kapital, will man die Ausnutzung der Fonds ökonomisch stimulieren. In der DDR soll diese Produktionsfondsabgabe,

²¹ Fritz Behrens, a.a.O., S. 133.

²² Walter Ulbricht: Probleme des Perspektivplanes bis 1970, Referat auf der 11. Tagung des ZK der SED, 15.—18. 12. 1965.

nachdem mit ihr bereits in einigen Betrieben experimentiert wurde, in der jetzt angelaufenen zweiten Etappe des NÖSPL eingesetzt werden und auch im Wirtschaftsmodell der CSSR ist eine derartige Abgabe vorgesehen²³. Bisher stand den Betrieben das Kapital kostenlos zur Verfügung, weshalb sie bei ihren Investitionsüberlegungen die technisch beste Lösung anstrebten, die aber nicht unbedingt die wirtschaftlichste zu sein brauchte. Durch die Zinskosten werden sie nun „ökonomisch gezwungen“, bei ihren Umlaufmittelerhöhungen und Investitionen den höchsten Nutzeffekt anzustreben. Wollen sie keine Gewinnschmälerungen hinnehmen, dann müssen sie eine optimale Fondsstruktur und Lagerhaltung erreichen, das heißt stillgelegte Maschinen verkaufen oder verschrotten und Reservelager abbauen²⁴.

Strittig ist noch die Höhe der Produktionsfondsabgabe und die Frage, ob ein einheitlicher oder ein nach Branchen differenzierter Satz erhoben werden soll²⁵.

Eine ähnliche Wirkung geht von dem neugestalteten Zins- und Kreditwesen aus. So können die Betriebe und VVB innerhalb bestimmter Limits für im Plan vorgesehene Aufgaben Kredite (für Rationalisierungsinvestitionen oder Erhöhung der Umlaufmittel, Überbrückungskredite) bei den zuständigen Industriebankfilialen aufnehmen. Auf diese Kredite müssen sie je nach der Ursache des Kredites Zinsen in unterschiedlicher Höhe (1,8 bis 12 %) bezahlen. Die Banken überprüfen das Kreditgesuch und haben weitreichende Kontroll- und Sanktionsbefugnisse, doch dürfen sie nicht in interne Fragen der Betriebsführung eingreifen.

Produktionsfondsabgabe und Kreditzinsen kommen nur dann voll zur Wirkung, wenn man die Selbständigkeit der Betriebe auch auf dem Gebiete der Investitionspolitik erhöht. Deshalb teilte man in der CSSR die Investitionen in drei Kategorien auf: der Zentrale unterstehen nur noch Struktur- und Entwicklungsinvestitionen, die aus dem Staatshaushalt finanziert werden. Konzerne und Trusts können autonome Zweiginvestitionen (Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen) vornehmen, die sie aus abgeführten Gewinnbeträgen der Betriebe und mit Bankkrediten finanzieren. Aus Amortisationsbeträgen und einem bestimmten Teil des Restgewinns nehmen die Betriebe Generalreparaturen und Erneuerungsinvestitionen vor. Eine ähnliche Staffelung ist in der DDR anzutreffen. Auch hier kann die Zentrale durch Schwerpunkts- und Strukturinvestitionen die Entwicklungsrichtung und Grundproportionen der Volkswirtschaft be-

23 Bisher wurde eine Produktionsfondsabgabe nur in Ungarn eingeführt (am 1. 1. 64); dabei wird ein einheitlicher Satz von 5 % auf den Brutwert des Grundfonds erhoben.

24 In der DDR wurden im Ergebnis der Umbewertung der Grundmittel in der Industrie ungenutzte Anlagen im Werte von etwa 950 Mio. MDN festgestellt, vgl. Presseinformationen des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Nr. 48 vom 27. 4. 64.

25 In der DDR plant man einen einheitlichen Satz von 6–8 % auf den Bruttowert der produktiven Fonds; in der CSSR soll die Abgabe auf den Nettowert der Grundfonds erhoben werden.

stimmen. Im Jahre 1965 waren 78 Investitionsvorhaben dem Ministerrat direkt unterstellt, die allerdings einen Anteil von 24 % am gesamten Investitionsvolumen ausmachten. Bei den VVB und Betrieben gilt der Grundsatz der Eigenerwirtschaftung der Mittel für die einfache und erweiterte Produktion, d. h. sie müssen die Mittel für Re- und Erweiterungsinvestitionen aus Amortisationen und Gewinnen selbst aufbringen. Im Rahmen des Planes können sie eigenverantwortlich über diese Mittel verfügen, wobei sie sich aber um eine materielle Sicherung der Investitionen bemühen und sie durch Bilanzen und Verträge bei der Planverteidigung nachweisen müssen. Falls sie zur Finanzierung von Investitionen Kredite aufgenommen haben, sind die Tilgungsbeträge aus den Gewinnen zurückzuzahlen.

4. Gewinn und bedarfsgerechte Produktion

Der Gewinn ist als „Hauptkennziffer“ zur Beurteilung der Arbeit der Betriebe nur brauchbar, wenn er auch mit der Nachfrageseite verbunden wird. Es genügt nicht, wenn die Produktion kostengünstig erfolgt, sondern sie muß zugleich bedarfsgerecht sein, d. h. den Wünschen der Verbraucher entsprechen. Aus diesem Grund muß man die Betriebe dem ökonomischen Druck des Marktes aussetzen, so daß geschaffene Produktion nicht gleichbedeutend mit realisierter Produktion ist. „Stimmt die erzeugte Warenproduktion nach Umfang und Struktur nicht mit der Nachfrage überein, erhält die Produktion über den Umsatz — nach dem Prinzip der Rückkoppelung — ökonomische Impulse für die Anpassung des Warenangebotes an die Nachfrage“²⁶. Erfolgt keine Anpassung von Sortiment, Qualität und Modernität der Erzeugnisse, so führt dies zu einer verringerten Absatzmenge und zu einer Schmälerung des Gewinns. Auch dieser Mechanismus wurde erst wirksam, als man den Entscheidungsspielraum der Betriebe erweiterte und ihnen damit die Möglichkeit zu Alternativen gab. Vor allem mußte das starre System der Zuteilungen und Lieferanweisungen durch echte kaufmännische Beziehungen ersetzt werden. In der DDR wurde deshalb ein neues Vertragsgesetz ausgearbeitet und am 25. Februar 1965 erlassen. Es enthält Bestimmungen wie Garantieverpflichtungen, Rücktrittsmöglichkeiten, Strafzinsen usw., die geeignet sind, die Betriebe zu einer genauen Einhaltung ihrer Abmachungen anzuregen.

Daneben sind für Qualitätsunterschiede bestimmte Preisänderungen vorgesehen. In der DDR unterscheidet man bei den Waren 3 Güteklassen: Q, I, II. Die Preise sind auf die Güteklasse I berechnet. Für die höchste Güteklasse Q werden Aufschläge bezahlt, für die Güteklasse II werden Abschläge vorgenommen. Die Höhe der Zu- und Abschläge ist ein Problem, das zusammen mit den Fragen eines korrekten Preissystems gelöst werden muß.

26 L. Gatowski: Die Einheit von Plan und wirtschaftlicher Rechnungsführung, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 1, Januar 1966, S. 25.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß der Markt seine neue Rolle erst dann erfolgreich übernehmen konnte, als die akute Mangelsituation der Nachkriegszeit beendet war. Es mußte sich also in gewissem Maße ein Konsumentenmarkt herausgebildet haben, da sonst die Verkäufer auf Grund ihrer monopolartigen Stellung die Produktion rein nach ihren Gesichtspunkten gestaltet hätten. Die Gefahr von monopolistischen Praktiken ist auch jetzt noch gegeben, infolge der starken Spezialisierung und Konzentration der Erzeugung in den sozialistischen Ländern. Sie besteht vor allem für die CSSR, wo ein Teil der Preise von den Unternehmen bestimmt wird. Der Staat wird deshalb die Regeln der Preisbildung streng zu überwachen haben. Daneben will man vier selbständige Handelsorganisationen gründen, die gegenseitig konkurrieren und schließlich soll der Außenhandel als Regulator eingeschaltet werden²⁷.

5. Die materielle Interessiertheit

Die materiellen Interessen der Produzenten sind der Antrieb, der „innere Motor“ (Uwe-Jens Heuer), dieses Systems ökonomischer Hebel. Werden sie richtig mit dem Gewinn verbunden, so besteht für die Betriebe und Werktätigen ein Anreiz, diesen Gewinn zu maximieren. „Ihre eigenen Interessen sollen die Unternehmen dazu anleiten, die Produktionsprogramme so festzusetzen, daß die Produktion der Struktur der Nachfrage entspricht, daß sie die stetige Senkung der Herstellungskosten verbürgt und der Produktionsprozeß zu ständiger Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse führt“²⁸. Diesen Anreiz versucht man zu schaffen, indem man die individuellen und kollektiven Entlohnungen zu einem Teil von der Höhe des Gewinnes abhängig macht.

In der CSSR ergeben die Erlöse für die verkauften Waren abzüglich der Aufwendungen für Material, Energie und Abschreibungen das „Brutto-Einkommen“ oder den „Brutto-Gewinn“ eines Unternehmens. Aus diesem Brutto-Einkommen müssen die Abführungen an den Staat (nach einem im voraus festgelegten Schlüssel), Zinsen für Kredite, die Produktionsfondsabgabe, Tilgungen, Strafen usw. geleistet werden. Der verbleibende Rest teilt sich in den eigentlichen Gewinn und den Fonds für Grundlöhne auf, wobei letztere nach allgemeinen Tarifregeln gestaltet werden. Vom Restgewinn werden 3 Fonds gespeist: Reserve-Fonds, Fonds der technischen Entwicklung und Prämienfonds. Letzterer dient zur Stimulierung des Leistungswillens in Form von Prämien und Sonderzuwendungen. Diese werden so verteilt, „ . . . daß einerseits jeder Beschäftigte teilnimmt, ande-

27 Ota Šik: Das neue Verhältnis zwischen Wirtschaftsplanung und Marktmechanismus in der CSSR, Internationales Wirtschaftssymposium in Gösing „Wirtschaftsplanung und Wirtschaftswachstum“, 28. 9.—1. 10. 1965.

28 Ota Šik: Neue Leitungsmethoden in der tschechoslowakischen Wirtschaft, Im Herzen Europas, März 1965.

rerseits differenziert, d. h. die höchsten Entlohnungen erhalten diejenigen, die sich um die Steigerung des Betriebseinkommens am meisten verdient gemacht haben“²⁹. In der DDR setzt sich immer mehr die Form der Jahresendprämie durch, die ebenfalls nach dem Beitrag des Einzelnen zum ökonomischen Ergebnis des Betriebes differenziert wird. Eine offene Frage ist noch die Höhe des Prämienanteils an der Gesamtentlohnung. Auf der einen Seite dürfen die Einkommen der Beschäftigten nicht zu starken Schwankungen unterliegen, wenn soziale Härten vermieden werden sollen, andererseits geht bei einem zu niedrigen Anteil die Anreizwirkung der Prämien verloren. In der DDR und CSSR soll der feste Grundlohn im Durchschnitt etwa 92 % der gesamten Entlohnung ausmachen und der Rest auf Prämien entfallen.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus der unterschiedlichen Gewinnhöhe der Betriebe, bedingt durch die unterschiedliche Kapitalausstattung der einzelnen Unternehmungen (Differentialgewinne). Da diese Gewinne reine Renteneinkommen darstellen, müßte man sie aus Gerechtigkeitsgründen durch geeignete Bewertungsmaßnahmen ausgleichen, doch dürfte diese Aufgabe technisch sehr schwer zu lösen sein. Weiterhin kann die Gewinnhöhe infolge der unterschiedlichen ökonomischen Leistung der einzelnen Betriebe variieren. Obwohl diese Differenzen durchaus gewollt sind, da ja der Leistungswille stimuliert werden soll, können sich auch hier unerwünschte Nebenwirkungen einstellen. Unterschiedliche Gewinne bedeuten unterschiedliche Prämien und das kann eine erhöhte Fluktuation von Arbeitskräften zur Folge haben. Betriebe mit hohen Prämien werden eine große Anziehungskraft ausüben und haben damit eine größere Auswahlmöglichkeit bei der Einstellung von Arbeitskräften. Das bewirkt wiederum eine gewisse Konzentration von höher qualifizierten Arbeitskräften, wodurch die unterschiedlichen Gewinnhöhen in bestimmtem Maße versteinert werden.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang noch auf die notwendige Abstimmung der monetären Nachfrage mit dem gütermäßigen Angebot hinzuweisen, denn die Prämien müssen ihren entsprechenden materiellen Gegenwert in Form von Konsumgütern und Dienstleistungen besitzen, wenn ihre Anreizwirkung nicht leerlaufen soll. Deshalb konnte auch in der Vergangenheit das Leistungsprinzip nicht sinnvoll angewendet werden, da in dieser Zeit aus Gründen der nachzuholenden Industrialisierung der Schwerpunkt eindeutig auf dem Investitionsgütersektor lag.

Damit seien nur einige Fragen kurz angeschnitten, die sich zusammen mit anderen Problemen (vgl. den Beitrag von Elmar Altvater) beim Übergang auf die neuen Wirtschaftssysteme stellen und gelöst werden müssen. Obwohl der Zeitraum seit Einführung der ersten Maßnahmen für eine abschließende Beurteilung zu kurz ist, läßt sich doch sagen, daß man die Stagnation im wirtschaftlichen Bereich überwunden hat und sich auf dem Wege zu einem elastischen System der Planung und Leitung befindet. Dabei hat sich in allen beteiligten

Ländern die Erkenntnis durchgesetzt, daß es kein fertiges und allgemeinverbindliches Rezept einer sozialistischen Wirtschaft gibt, sondern daß jedes Land sein Wirtschaftssystem entsprechend seiner historischen Situation und der wirtschaftlichen Entwicklungsstufe, gestalten und weiterentwickeln muß. Der endgültige Erfolg der beschriebenen Reformen aber wird in erster Linie davon abhängen, inwieweit es den einzelnen sozialistischen Ländern gelingt, die Werktätigen am Betriebsgeschehen aktiv zu beteiligen, m. a. W. das Problem der Wirtschaftsdemokratie zu lösen.

Friedrich Röll

Zur Wirtschaftsentwicklung und ökonomischen Diskussion seit der Oktoberrevolution

Marx skizzierte die proletarische Revolution als einen Prozeß widersprüchlicher Phasen¹, der nicht mit den Sturz der Bourgeoisie beendet ist, sondern damit erst seinen Anfang nimmt. In welcher Weise sich das äußere Bild dieser Phasen zeigt, wird weitgehend durch den Stand der ökonomischen und kulturellen Entwicklung jener Länder bestimmt, die in den Prozeß der proletarischen Revolution eintreten. So lassen sich auch in der Entwicklung der sozialistischen Länder verschiedene Phasen erkennen, die, von der ökonomischen Basis und ihren Notwendigkeiten vorgezeichnet, durch subjektive Momente ihre besondere Prägung erhalten, wobei jedoch die ökonomische Entwicklung jeweils den Übergang in eine neue Phase einleitet. So sind die verschiedenen Phasen nur als Durchgangsstadien der gesellschaftlichen Entwicklung im dialektischen Prozeß der sozialistischen Revolution zu verstehen und von daher zu analysieren.

Die ökonomische Situation der UdSSR bis zum ersten Fünfjahresplan

Zwei Probleme zeichneten nach der Oktoberrevolution die weitere Entwicklung der Sowjetunion vor. Das primäre Problem ergab sich aus der Rückständigkeit Rußlands, das zweite aus den Folgen, die mit dem Ausbleiben der sozialistischen Revolution in den entwickelten Industrieländern Westeuropas, auf deren Eintreten Lenin seine „Theorie der Revolution in Rußland“ aufgebaut hatte, für Rußland entstanden.

Der 1. Weltkrieg forderte von Rußland außerordentlich hohe Verluste, die mit 4 Millionen Toten ungefähr gleich den Verlusten Englands, Frankreichs und Deutschlands zusammengenommen waren. Bürgerkrieg und imperialistische Intervention vergrößerten die Probleme. Am Ende des Bürgerkrieges war der Produktionsumfang auf nur noch 20,4 % des Jahres 1913 gesunken. Kein Industrieland hätte diesen Produktionsrückgang überleben können, doch Rußland kam hier seine Rückständigkeit zugute. Da vier Fünftel der Bevölkerung auf dem Lande lebten und in dieser oder jener Weise mit der Landwirtschaft verbunden waren, ließen sich der enorme Produktionsrückgang und die Zerrüttung des Geldwesens auf der Grundlage der

1 Karl Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. Politische Schriften, Erster Band, hrsg. H. J. Lieber, Stuttgart 1960.

Rückkehr zur Natural- und Agrarwirtschaft leichter ertragen. In den Marktbeziehungen zwischen Stadt und Land traten zunehmend Schwierigkeiten auf, welche den jungen Sowjetstaat in ernste Gefahren brachten. Mit der Liquidierung des Feudalismus wurde in der Landwirtschaft gerade jene Schicht zerschlagen, die größtenteils für den Markt produziert hatte. Die Landbesitznahme der Bauern erfolgte spontan und resultierte in Betriebsgrößen, in denen zwar der Eigenbedarf der Kleinbauern erwirtschaftet wurde, aber keine Marktproduktion bereitgestellt werden konnte, die für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln notwendig war. Der Staat hatte in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution keine Machtmittel, um in den spontanen Prozeß der Landbesitznahme eingreifen zu können, die reale Macht lag damals bei den örtlichen Räten. Die Lebensmittelversorgung wurde daher immer mehr von den Lieferungen der wenigen Staatsgüter, in erster Linie jedoch von denen der Mittelbauern und Kulaken abhängig. Wegen des dauernden Geldwertverfalls war diese Schicht der Bauernschaft nicht bereit, Lebensmittel gegen Geld an den Staat zu verkaufen. Als Gegenleistung forderte sie die Lieferung industrieller Güter. Dies wiederum war wegen des enormen Produktionsrückganges nicht möglich. Um die sich immer weiter verschärfende Lebensmittelknappheit in den Städten aufzuhalten, wandte der Staat darum militärischen Zwang an, um die Lebensmittelversorgung aufrechtzuerhalten. Die Wirkung dieser Maßnahme war ein weiterer Produktionsrückgang.

Aus dieser Situation wurden den russischen Kommunisten zwei Notwendigkeiten bewußt. Einmal, daß die wirtschaftliche Stabilisierung, also die rasche Steigerung der Produktionsmenge, die Zulassung kapitalistischer Elemente erforderte. Und zum anderen, daß mit dem Ausbleiben der sozialistischen Revolution in Westeuropa die Industrialisierung im wesentlichen aus eigener Kraft vorgenommen werden mußte. Die „Neue ökonomische Politik“ gab auf beide Probleme eine Antwort. Kapitalistische Elemente wurden in der Wirtschaft in jenem Rahmen zugelassen, der die soziale Basis des Sowjetstaates nicht gefährdete. Innerhalb dieses Rahmens sollte der Wiederaufbau der Industrie jene ökonomische Basis schaffen, auf welcher die Industrialisierung aus eigener Kraft gelingen könnte.

Vorerst stand die Aktivierung der vorhandenen beschränkten Hilfsquellen im Vordergrund. Die Wiedezulassung kleiner privater Industriebetriebe und des Kleinhandels in privaten Händen trug wesentlich zur Erhöhung der gesamten Produktion bei, so daß durch eine größere Warenbereitstellung für das Land auch eine bessere Versorgung der Städte mit Lebensmitteln ermöglicht wurde. Ausländische Spezialisten mit besonderen Arbeitsbedingungen wurden ins Land gerufen und Konzessionen an ausländische Unternehmungen zur Erschließung von Rohstoffvorkommen gegeben. Diese Periode läßt sich als ein Rückzug von Positionen, die mit den beschränkten Kräften nicht zu halten waren, bei gleichzeitiger Umgruppierung für einen neuen Vormarsch in Richtung des gesetzten Zieles kennzeichnen.

Bereits 1923/24 erreichte die Landwirtschaft drei Viertel ihrer Friedensproduktion. Der Wiederaufbau der durch Weltkrieg und Bürgerkrieg zerstörten Industrie dauerte bis ungefähr 1925. Aber immer stärker schob sich nun die Frage in den Vordergrund, wie der zielbewußte Aufbau der Industrie, die Modernisierung der Landwirtschaft unter Leitung des Staates durchgeführt und wie die moderne Großindustrie und das ihr entsprechende Lebens- und Kulturiveau der Massen geschaffen werden sollten.

An diesem Punkte betraten die russischen Kommunisten geschichtliches Neuland; hier begann die große Diskussion um den Weg und die Formen der Industrialisierung. Über deren Notwendigkeit war man sich innerhalb der Partei einig, nicht jedoch über das Tempo der Industrialisierung und aus welchen Quellen die dafür erforderlichen Akkumulationsmittel erbracht werden sollten.

Zwei Positionen standen sich in dieser Frage unversöhnlich gegenüber: Bucharin, hinter dem die Führung der Partei stand, mit seiner später als „Opportunismus“ bezeichneten Zuneigung zu den reichen Bauern, und auf der anderen Seite die linke Opposition mit Trotzki und dem Wirtschaftstheoretiker Preobraschensky an der Spitze. Verschärft wurde die Unversöhnlichkeit beider Positionen noch durch den Riß, der die Partei durchzog und beide Positionen zu ideologischen und machtpolitischen Grundfragen erhob. Worin liegen die Unterschiede? Wenn die NEP sich auf die Privatinitiative breiter Kreise, insbesondere die der wohlhabenden Bauern stützen mußte, um die Versorgung der Städte sicherstellen zu können, so war es für Bucharin konsequent, den Privatunternehmern, vor allem den Bauern, einen Preis für ihre Dienste am Aufbau der Sowjetunion zu zahlen. Wenn einzelne Gruppen und Individuen reicher würden, akkumulierten, so würde dadurch auch die Gesellschaft als ganze bereichert. „Wir werden mit winzig kleinen Schritten vorwärtsgehen und hinter uns unseren großen Bauernwagen herziehen“². Bucharins berühmte Losung gegenüber den Kulaken lautete denn auch: „Bereichert Euch!“ Wenn Bucharin in dieser Überlegung von einer Interessengleichheit zwischen privaten Unternehmern und dem sozialistischen Staatssektor ausging, so hielten ihm Preobraschensky und Trotzki sofort entgegen, daß durch eine solche Politik die Akkumulation innerhalb des sozialistischen Sektors verlangsamt werden müßte. Die Periode der „ursprünglichen sozialistischen Akkumulation“ (Preobraschensky) würde verlängert und damit auch die kritische Phase des sozialistischen Staates nach dem Bürgerkrieg. Denn in dieser Phase kann der Staat weder von den Vorteilen des Kapitalismus noch von denen des Sozialismus profitieren. Die möglichst schnelle Überwindung dieser kritischen Phase sei daher eine Frage auf Leben und Tod für die Sowjetunion. In seiner Schrift „Neue Ökonomie“ (1924 und 1926)³ legte darum Preobraschensky dar, daß in der Phase der „ursprüngli-

2 Zitiert nach Isaac Deutscher, Trotzki 1921—1929, Der unbewaffnete Prophet, Stuttgart 1962, S. 236.

3 Evgeny Preobraschensky, The New Economic, translated by Brian Pearce with an introduction by Alec Nove, Oxford 1965.

chen sozialistischen Akkumulation“ der Arbeiterstaat gezwungen sei, auf Kosten des Privatsektors, vor allem der Bauernschaft, diese Übergangsperiode möglichst schnell hinter sich zu bringen. Im übrigen sei das Gesetz der „ursprünglichen sozialistischen Akkumulation“ objektiver Natur und würde sich unabhängig vom Willen der maßgebenden Politiker anmelden. Tatsächlich wurde Stalin seit 1928 dieser Gesetzmäßigkeit unterworfen und bezog mit der Kollektivierung und der beschleunigten Industrialisierung den Standpunkt der linken Opposition. Allerdings war er mehr getrieben als in der Lage, bewußt den Prozeß zu steuern, weshalb die schweren Auswüchse bei der „Entkulakisierung“ eintraten.

Als Stalin ab 1925 seine Theorie vom „Sozialismus in einem einzelnen Land“ propagierte, schien er — oberflächlich betrachtet — die Theorie der „Neuen Ökonomie“ anzunehmen. Denn wie sollte sich der Sozialismus in einem Lande entfalten können, wenn nicht durch beschleunigte Industrialisierung, also ursprüngliche sozialistische Akkumulation? Doch ließ die Theorie des „Sozialismus in einem Lande“ ebenso wie die Politik der Kulakenbegünstigung, wie sie von Bucharin und meist auch von Stalin vertreten wurde, historische Entwicklungstendenzen und Strukturnotwendigkeiten der modernen Welt und des sowjetischen Staates gleichermaßen unberücksichtigt; von daher ergab sich eine auffallende Affinität zwischen beiden Positionen. Da außerdem die Gegnerschaft gegen beide Theorien von der linken Opposition, also von Trotzki, Preobraschensky und anderen angemeldet wurde, galt es, die Thesen vom Sozialismus in einem Lande und des „Bereichert Euch!“ gemeinsam zu unterstützen. Dem „Sozialismus in einem Land“ setzte Trotzki die Theorie der permanenten Revolution entgegen. Darin hatte er ebenso wie Marx dargelegt, „daß die Revolution nicht zu Ende ist nach dieser oder jener politischen Eroberung, nach der Erlangung dieser oder jener sozialen Reform, sondern daß sie sich unaufhörlich weiterentwickelt bis zur restlosen Verwirklichung des Sozialismus . . . Dies bezieht sich auf die Fortschritte der Revolution im Innern eines Landes genau so wie auf ihre Ausbreitung auf dem internationalen Kampfplatz“⁴. Trotzki erkannte, welchen Gefahren die isolierte russische Revolution ausgesetzt war und er sprach dies ohne Rücksicht auf taktische Notwendigkeiten aus. Wie die Bürokratie der Partei die Arbeiterschaft durch ihre Kulaken-Unterstützung und die Förderung privater Wirtschaft verraten habe, genauso verrate sie die russische Revolution durch selbstgenügsamen Rückzug auf das eine Land und die Propagierung eines 90%igen Sozialismus. Stalin und Bucharin hatten demgegenüber jedoch den stichhaltigeren Trumpf in der Hand, „ . . . die müden und desillusionierten Massen, und nicht nur der ‚kleine Bürokrat und Schmarotzer‘, (reagierten) auf die Konsolidierungsdoktrin viel bereitwilliger als auf die heroische Anrufung der permanenten Revolution. Sie wiegten sich in der Hoffnung, daß Stalin ihnen den sicheren, leichteren, den mühelosen Weg weisen würde“⁵.

4 Leo Trotzki, *Der neue Kurs*, Kopenhagen 1934, S. 29.

5 Isaac Deutscher, a.a.O., S. 279.

Die politische Situation bis zum ersten Fünfjahrplan

Die Forderungen, den Krieg zu beenden und den Feudalbesitz an die Bauern zu verteilen, an die, die ihn ‚mit ihren Händen bearbeiten‘, sicherte den russischen Kommunisten in der Revolution außer der Unterstützung der Arbeiterschaft auch die der Bauern. Als die bisher unorganisierten Massen zur politischen Aktivität erwachten, schufen sie sich als Organisationsformen Sowjets (Räte) als Organe der Selbstverwaltung der Arbeiter, Bauern und Soldaten. In den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten sah Lenin Organe der ‚Diktatur des Proletariats‘ im Marxschen Sinne, „als arbeitende Körperschaften, die vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit sind“⁶. Sie sollten die neue Form der Demokratie für die werktätigen Massen darstellen und die Keime einer neuen Staatsform in der Art der Pariser Kommune von 1871 bilden. Auf der Basis des Rätessystems schließt Lenins Staatstheorie auch nicht das Mehrparteiensystem aus⁷; der spätere Einparteiensstaat war eher das Produkt des Bürgerkrieges.

Doch die Anforderungen, welche Bürgerkrieg und Industrialisierung an den neuen Staat stellten, zeigten sogleich die Schwächen der Räte. Sie erwiesen sich zwar als sehr wirksam bei der Zerschlagung des alten Staatsapparats, jedoch als ungeeignet, dessen Funktionen zu ersetzen. Gerade diese zentralen Funktionen aber waren zur Lösung der vor dem Sowjetstaat stehenden Aufgaben erforderlich. Den dafür erforderlichen zentralistischen Apparat konnten die Räte aus sich selbst heraus nicht schaffen, eben weil sie spontan entstandene demokratische Organe auf lokaler Ebene waren, so daß der Aufbau des ‚neuen Staatsapparates‘ durch die einzige intakte zentralistische Organisation, die Partei, vorgenommen werden mußte, die Partei dadurch zum Träger der realen Macht wurde. Die Partei war gezwungen, sich an die Stelle der Klasse, deren Organ sie eigentlich war, zu setzen. Der Prozeß, der dadurch aber eröffnet wurde, war nichtsdestoweniger fatal für die weitere Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion. Trotzki hat diesen Prozeß mit „Substitutionalismus“ zu kennzeichnen versucht: „zuerst tritt die Parteiorganisation an die Stelle der ganzen Partei, dann nimmt das Zentralkomitee die Stelle der Organisation ein und schließlich ersetzt ein einziger ‚Diktator‘ das Zentralkomitee . . .“⁸. Die „Diktatur des Proletariats“ mußte somit zur „Diktatur der Partei“ entarten. War diese Tendenz bereits in Lenin's Konzept der Kaderpartei angelegt, so wurde sie zweifellos bestärkt durch die Dezimierung der ohnehin zahlenmäßig geringen

6 W. I. Lenin, Staat und Revolution, Ausgewählte Werke Bd. II, Stuttgart 1953, S. 249.

7 „Der Wechsel der an der Macht stehenden Klassen und Parteien hätte innerhalb der Sowjets, auf dem Boden ihrer Alleinherrschaft und Allgewalt, friedlich vor sich gehen können; die Verbindung aller Sowjetparteien mit den Massen hätte fest und ungelockert bleiben können.“ Vgl. W. I. Lenin, Zu den Losungen, Ausgewählte Werke Bd. II, Stuttgart 1953, S. 69.

8 Isaac Deutscher, Trotzki 1879—1921, Der bewaffnete Prophet, Stuttgart 1962, S. 96.

Arbeiterschaft und bewußter Intelligenzschichten während des Bürgerkrieges. Bürokratisierung durch Verlust demokratischer Kontrolle, Verselbständigung von Partei- und Staatsorganen wurde zu einer sich mit Leichtigkeit durchsetzenden Tendenz. Lenin selbst war sich wohl am meisten dieser Gefahren bewußt; er konnte ihnen aber nicht mehr wehren. Die Partei verselbständigte sich gegenüber der Bevölkerung, da ihr der gesellschaftliche Unterbau weitgehend fehlte. In der Auseinandersetzung mit der Arbeiteropposition konnte deren Führer Schljapnikow daher Lenin sarkastisch zurufen: „Wir gratulieren Ihnen, der Führer der Vorhut einer nicht vorhandenen Arbeiterklasse zu sein“. Erst in einem langwierigen Prozeß mußte die Partei ihren Unterbau, nämlich eine zahlenmäßig und im Bewußtsein starke Arbeiterschaft und Intelligenzschicht, schaffen. Heute ist diese Phase erreicht und das Problem der Kontrolle der Partei- und Staatsbürokratie, die aktive Beteiligung der Massen stellt sich auf einer anderen Stufe als gleich nach dem Beginn der Machtergreifung durch die Bolschewiki von neuem. Darin liegt die Kontinuität der sozialistischen Revolution und darin liegen auch die wesentlichen Probleme der neuen ökonomischen Systeme.

Die Wirtschaftslehre in der Periode der NEP

Welche Funktion die Wirtschaftswissenschaft in einer sozialistischen Gesellschaft haben sollte, darüber waren sich die Marxisten vor der Revolution nicht einig. „Das letzte Kapitel der nationalökonomischen Lehre ist die soziale Revolution des Weltproletariats“, schrieb Rosa Luxemburg⁹. Das Ende des Kapitalismus sollte auch das Ende der Nationalökonomie sein, jenseits des Kapitalismus sollten dann die Fragen der „bewußt organisierten und geleiteten Wirtschaftsordnung“ in den Vordergrund rücken. Während in dieser negativen Bestimmung weitgehend bei sozialistischen Autoren Einigkeit herrschte¹⁰, hegte man in der positiven Bestimmung, wie nämlich die „Wirtschaftstechnologie“ des Sozialismus aussehen sollte, teilweise recht naive Vorstellungen.

Erst mit der Einführung der „Neuen ökonomischen Politik“ im Jahre 1921, als die Wirtschaftswissenschaftler mit ganz konkreten Problemen konfrontiert wurden, änderte sich dieser „naive Ökono-

9 Rosa Luxemburg, Einführung in die Nationalökonomie, Ausgewählte Reden und Schriften I, Berlin 1955, S. 497.

10 So z. B. auch Bucharin in seiner Schrift ‚Ökonomie der Transformationsperiode‘. „Sobald wir uns jedoch mit einer organisierten nationalen Volkswirtschaft befassen, verschwinden einfach alle grundlegenden ‚Probleme‘ der Volkswirtschaftslehre, wie etwa Preis, Wert, Profit usw. ... denn hier wird die Volkswirtschaft nicht von den blinden Mächten des Marktes und des Wettbewerbs reguliert, sondern durch den sorgfältig ausgeführten Plan. Das Ende der kapitalistischen Warengesellschaft kennzeichnet das Ende der Volkswirtschaftspolitik“, zitiert nach Alec Nove, Die sowjetische Wirtschaft, Wiesbaden, S. 304.

mismus“. In diese Zeit fielen die ersten Versuche, eine Theorie der Planwirtschaft zu entwickeln. Es zeigten sich Ansätze einer Behandlung von Wachstumsproblemen auf der Grundlage mathematischer Modelle, die besonders mit den Namen von Feldmann, Kowalewskij und Sabsowitsch verbunden sind. 1924 begann auf Beschluß der Sowjetregierung die Statistische Zentralverwaltung, eine Bilanz der Volkswirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1923/24 aufzustellen. Die ersten Ergebnisse dieser Bilanz wurden 1925 in der Zeitschrift „Wirtschaftsleben“ veröffentlicht. In einer Stellungnahme dazu schrieb die Zeitschrift „Planwirtschaft“: „Prinzipiell neu in dieser Bilanz gegenüber herkömmlichen wirtschaftsstatistischen Untersuchungen und beispielsweise den amerikanischen und englischen Zählungen (Zensus) ist der Versuch, nicht nur das Aufkommen, sondern auch die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts zahlenmäßig zu erfassen, um so ein Gesamtbild vom Reproduktionsprozeß in Form eines ‚Tableau économique‘ zu geben“¹¹. Der Rezensent war kein geringerer als W. Leontief — damals Student in Leningrad, heute Professor in den USA — der dort diese Methode weiter zur Input-Outputanalyse ausbaute. Die 1926 veröffentlichte erste Volkswirtschaftsbilanz der UdSSR enthielt auch eine Schachbrettbilanz ‚Verbrauch an Industrieprodukten‘, die den Umsatz zwischen den einzelnen Industriezweigen ausweist, d. h. den kettenartigen Zusammenhang zwischen einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft sichtbar macht. Die ‚Produktionsausrüstungen‘ wurden gesondert ausgewiesen und auch die Bautätigkeit als getrennter Zweig geführt, wodurch die Volkswirtschaftsbilanz auch eine Bilanz der Produktionsausrüstungen und der Bauten (Matrix der Investitionen) enthielt.

In seinem 1928 veröffentlichten Artikel: „Das Volumen des industriellen Marktes der UdSSR“ formulierte M. Barengolz bereits sehr deutlich die Idee der technischen Koeffizienten. „Fehlt die technische Revolution in der Produktion, so ergeben die Koeffizienten des Umsatzes für den sogenannten ‚Bruttoumsatz‘ innerhalb der Industrie in Naturalausdruck und bei entsprechenden Korrekturen für Preisveränderungen auch im Wertausdruck völlig stabile dynamische Kennziffern. Mit ihnen lassen sich sowohl der Gesamtverbrauch und -umsatz innerhalb der Industrie als auch die konkreten gegenseitigen Zusammenhänge zwischen den einzelnen Industriezweigen ermitteln“¹².

Wenn man berücksichtigt, welche Arbeit das Sammeln von Fakten, die theoretische Klärung der bis dahin noch nirgends im Zusammenhang betrachteten gesamtwirtschaftlichen Vorgänge und die Erprobung bestimmter Planungstechniken erfordern, nimmt es nicht Wunder, daß erst 1925 Kontrollziffern als Richtzahlen für die wünschenswerte Entwicklung der Volkswirtschaft vorgegeben werden konnten. Diese Kontrollziffern sollten nur die Hauptkonturen der

11 Planwirtschaft 12/1925, zitiert nach Nemtschinow, Anwendung mathematischer Methoden in der Ökonomie, Leipzig 1963, S. 11.

12 Planwirtschaft 7/1928, zitiert nach Nemtschinow, a.a.O., S. 13.

wichtigsten volkswirtschaftlichen Größen für das kommende Jahr aufzeigen, also die Möglichkeit geben, diese Größen zu koordinieren und so ein Gesamtbild von dem voraussichtlichen Stand der Volkswirtschaft zu erhalten. Drei Probleme sollten dabei nach V. Basarow optimal behandelt werden: a) die Entwicklung der Produktivkräfte, b) die Hebung des Wohlstandes der arbeitenden Massen in Stadt und Land, und c) die Verstärkung der Rolle der sozialistischen Formen der Wirtschaft¹³.

Stalin und die forcierte Industrialisierung

Die am ökonomischen Gleichgewicht orientierten Forschungen und modelltheoretischen Untersuchungen waren im Hinblick auf die gewaltigen Umstrukturierungen, wie sie die forcierte Industrialisierung und Kollektivierung hervorbrachten, völlig unbrauchbar. Zwischen Produktion und Konsumtion wurde in dieser Phase eine scharfe Trennung vorgenommen. Die Konsumtion wurde radikal eingeschränkt, um Akkumulationsmittel für neue Investitionen zur Maximierung der Produktion zu erhalten. Waren die Kontrollziffern bisher nur Richtzahlen, so wurden sie nun zu Direktiven umgewandelt, denen sich alles ökonomische Denken und Handeln unterzuordnen hatte. So nahm die freie wissenschaftliche Forschung und Diskussion auf dem Wirtschaftssektor mit dem Anlaufen des ersten Fünfjahrplanes ein jähes Ende. Die ab 1928 durchgeführte Wirtschaftspolitik war rein pragmatischer Natur und einzig durch den Willen bestimmt, die Sowjetunion so rasch wie möglich zu industrialisieren. Der Staats- und Parteiapparat sorgte für die Durchführung der von der Parteiführung gestellten Aufgaben, die Partei verschmolz weiter mit dem bürokratischen Staatsapparat und beschritt dadurch den Weg einer bürokratischen Degeneration. Die politische Leitung durch die Partei wurde zur bloßen Verwaltung durch ihre Exekutivorgane und es entwickelte sich jener Trend, den Trotzki 1924 kritisierte: „Wenn dieses Regime erstarkt, dann konzentrieren sich alle Geschäfte in den Händen einer kleinen Gruppe, manchmal sogar eines einzigen Sekretärs, der ernannt, absetzt, Direktiven gibt, Bußen auferlegt usw.“¹⁴.

Durch die Art der Durchführung der Industrialisierung zeigte sich Stalin als Vollender des linken Kurses. Hatte aber Preobraschensky aus seiner theoretischen Behandlung der „ursprünglichen sozialistischen Akkumulation“ die logischen Konsequenzen dieses Prozesses aufgezeigt, den Prozeß dadurch prinzipiell beherrschbar gemacht, so erfolgte bei Stalin der Industrialisierungsprozeß willkürlich, objektive Gesetze wurden nicht beachtet. Die Marxschen Reproduktions-schemata wurden negiert, Marxsche Begriffe mit fremdem Inhalt

¹³ Vgl. Anhang bei Hans Raupach, *Geschichte der Sowjetwirtschaft*, Hamburg 1964, S. 193.

¹⁴ Leo Trotzki, a.a.O., S. 9.

gefüllt, um so den ‚Nachweis‘ zu erbringen, man handle in Übereinstimmung mit dem Marxismus-Leninismus. Eine exakte marxistische Analyse hätte die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis aufgezeigt und auf die Ursachen hin untersuchen müssen, was damals keineswegs im Interesse der politischen Führung liegen konnte. Der Volkswirtschaftsplan wurde zum Gesetz der wirtschaftlichen Entwicklung erklärt, er trat damit an die Stelle objektiver ökonomischer Gesetze, so daß Subjektivismus und Voluntarismus die Wirtschaftspolitik beherrschten. „Wirtschaftstheorie“ waren jene von den Parteiideologen gesetzten a priori-‚Wahrheiten‘, durch die die jeweilige Wirtschaftspolitik erklärt werden sollte.

Wenn dennoch der erste Volkswirtschaftsplan ein voller Erfolg wurde¹⁵, so ist das nichts anderes als ein Hinweis darauf, daß trotz des Voluntarismus die objektiven ökonomischen Möglichkeiten zum Durchbruch gelangten. Bereits im zweiten Fünfjahrplan (1932—1936) zeigten sich dann die Grenzen des Voluntarismus: die Planziele wurden bei weitem nicht erreicht.

Wiederbelebung des ökonomischen Denkens

Die ‚Arbeiten‘ der Wirtschaftswissenschaftler in dieser Periode beschreibt 1955 V. Djatschenko, damals Direktor des Institutes für Ökonomie in Moskau: „Bis vor kurzem traten Dogmatismus und Scholastizismus ganz offen zutage. Anstatt unabhängige und tiefgründige volkswirtschaftliche Forschung zu betreiben, befaßten sich die Verfasser vieler Werke lieber mit der Auswahl und dem Kommentieren von Zitaten. Fakten wurden nur ausgewählt und dargestellt, um die Behauptungen, die die Zitate enthielten, zu belegen und zu bestätigen. Man ging sogar so weit, die Anzahl der Zitate als Zeichen der Gelehrsamkeit des Verfassers zu bewerten. Ein Volkswirtschaftler, der ein Zitat fand, das noch nicht häufig in den Werken anderer Volkswirtschaftler aufgetreten war, hielt sich für einen schöpferischen Forscher. Nach heftiger Kritik in der Parteipresse ließ die Zitiererei nach, jedoch nur an der Oberfläche. In vielen Fällen ging man dazu über, die Anführungszeichen wegzulassen oder die Zitate einfach neu zu formulieren, aber im Grunde blieb alles beim Alten . . . Das Herausarbeiten von Kernproblemen der Volkswirtschaftspolitik ist höchst rückständig. Seit vielen Jahren ist nicht eine einzige gute theoretische Arbeit auf diesem Gebiet erschienen . . . Seit den volkswirtschaftlichen Diskussionen 1951 ist es Sitte geworden, auf den objektiven Charakter der ökonomischen Gesetze des Sozialismus hinzuweisen, aber nicht eine einzige Arbeit untersucht gründlich die Frage, worin der objektive Charakter dieses oder jenes Gesetzes seinen Aus-

15 Dieser Erfolg zeigt ferner, wie stark bereits die Sowjetunion aus den Entwicklungsgesetzen des kapitalistischen Sektors der Weltwirtschaft ausgebrochen war. Denn zu gleicher Zeit erlebten die kapitalistischen Länder die Weltwirtschaftskrise, in welcher die SU ein begehrter Absatzmarkt war.

druck findet, wie sich seine Notwendigkeit äußert, in welcher Beziehung und wie Unvereinbarkeiten in den Notwendigkeiten festgestellt werden können“¹⁶. Die fortschreitende industrielle Entwicklung und der damit erreichte ökonomische Reifegrad der UdSSR hatten bereits vor Ende des zweiten Weltkrieges der politischen Führung die Notwendigkeit aufgezeigt, daß objektive Kriterien für wirtschaftspolitische Entscheidungen erforderlich sind, d. h. die Zeit der willkürlichen Entscheidungen beendet werden muß, wenn kostspielige Irrtümer vermieden werden sollen. 1943 erschien in der Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“ ein nicht autorisierter Artikel — als Autor vermutet man Stalin selbst — der eine Wende in der Auffassung der Lehre vom subjektiven Charakter der ökonomischen Gesetze erkennen läßt. Kritisiert wird darin die Lehrmeinung, daß mit der Abschaffung des Kapitalismus auch die ihm eigentümlichen Gesetze unwirksam werden und daß es keine ökonomischen Gesetze des Sozialismus gibt. Dies bedeute „ein Hinabgleiten in einen niedrigen Voluntarismus, der darin besteht, Willkür, Zufall oder Chaos an die Stelle des geordneten Entwicklungsprozesses der Produktion zu setzen“. Und wenn weiter „ein Kriterium für die Richtigkeit der einen oder anderen Linie, dieser oder jener Politik“¹⁷ verlangt wurde, so drückt sich darin die Frage nach der Funktion des Wertgesetzes¹⁸ im Sozialismus aus. Das Wertgesetz wird in den Diskussionen nicht als ein Begriff der abstrakten Analyse betrachtet, sondern es geht darum, welche Rolle es und die mit ihm verbundenen Kategorien in der Planwirtschaft haben sollen; welche ökonomischen Mittel, die sich auf die Ausnutzung des Wertgesetzes stützen, zur planmäßigen Verwirklichung der im Plan vorgegebenen Aufgaben angewandt werden sollen. Das Wertgesetz sollte jedoch nicht als selbständiger Faktor wirken, sondern die Grundlage abgeben „für die ökonomischen Berechnungen und das System der Anreize, mit deren Hilfe die Gesellschaft ihre objektiv bestimmten Ziele in der Zukunft besser als zur Zeit verwirklichen wird“¹⁹.

Ausgelöst wurde diese Diskussion durch Stalins Schrift: „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“²⁰. Doch nicht die ideologische Anerkennung der Warenproduktion, d. h. der Ware-Geldbeziehungen im Sozialismus war das Entscheidende, sondern Stalins Verweis auf den objektiven Charakter der ökonomischen Gesetze sowie auf die Existenz von Widersprüchen zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften im Sozialismus. Mit der Anerken-

16 Woprosy Ekonomiki, (Fragen der Wirtschaft), Nr. 10/1955, S. 4.

17 Unter dem Banner des Marxismus, Nr. 7—8/1943, S. 65.

18 Im ‚Wertgesetz‘ waren nach Marx alle die Kräfte zusammengefaßt, die in einer güterproduzierenden Wirtschaft a) die Tauschraten der Güter, b) die Quantität jedes produzierten Gutes und c) die Zuteilung der Arbeitskraft auf die verschiedenen Produktionszweige regulieren.

19 W. Brus, Über die Rolle des Wertgesetzes in der sozialistischen Wirtschaft, Wirtschaftswissenschaft 1/1957, S. 116.

20 Josef Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin 1953.

nung objektiver Gesetze in der Wirtschaft hat Stalin das Verlangen nach Kriterien für eine rationale Wirtschaftsführung offenbart, die, abgesehen von aller notwendigen Kritik in den Einzelpunkten, als ein Beitrag zur Wiederbelebung der Wirtschaftstheorie in der UdSSR betrachtet werden kann.

Jedoch hat diese Schrift immer noch einen bedeutenden Nachteil. Während bisher ökonomische Gesetze gelehrt wurden und damit dem Voluntarismus Tür und Tor offenstand, hatte die Stalin'sche Betonung objektiver Gesetze die Implikation, als ob ökonomische Gesetze unabhängig vom handelnden Menschen existieren können. Beide Positionen sind letztlich bürokratischer Natur, da in ihnen Initiative und Selbständigkeit der Produzenten gelehrt wird²¹.

Das 1954 erstmals wieder seit 1928 erschienene Lehrbuch der Politischen Ökonomie lag noch ganz auf der Linie der Stalinschen Ideen und auch in der Wissenschaft waren keine neuen theoretischen Ansätze ersichtlich, wie die Äußerungen Djatschenkos erkennen lassen. Die Kritik Djatschenkos an den Wissenschaftlern übersieht aber, daß deren Verhalten durch den Subjektivismus und Voluntarismus der Parteiideologie gezüchtet und durch den physischen Terror der Stalinzeit gegen alle ‚Abweichler‘ zur ‚Lebensnotwendigkeit‘ wurde.

Der XX. Parteitag und seine Folgen

Aufgelockert wurde die politische Atmosphäre erst durch den Bruch mit bestimmten Praktiken der Stalinzeit auf dem XX. Parteitag. Neben der Verurteilung des Stalin'schen Terrors wurde auch

21 „Ökonomische Gesetze entstehen und vergehen unabhängig vom Willen der Menschen, weil sie mit objektiven ökonomischen Bedingungen verknüpft sind: dem Entstehen und Vergehen der Produktionsverhältnisse, d. h. den Handlungen der Menschen in der Produktion ihres materiellen Lebensunterhaltes, dem inneren Zusammenhang dieser Handlungen, der sich aus ihren wechselseitigen Beziehungen in der materiellen Produktion ergibt. Ökonomische Gesetze sind daher weder Naturgesetze, die sich auch ohne Handlungen der Menschen durchsetzen, noch psychologische Gesetze, die die Handlungen der einzelnen Menschen bestimmen.“ Nur aus dieser Besonderheit, Ausdruck menschlicher Beziehungen in der Produktion zu sein, kann deren unterschiedliche Wirkungsweise im Kapitalismus und Sozialismus verstanden werden. „Ihre Nichtbeachtung ist eine der Ursachen für den Versuch, an die Stelle der Durchsetzung objektiver ökonomischer Gesetze im Sozialismus staatliche Administration zu setzen. Ökonomische Gesetze können sich nur durch das Handeln der Menschen durchsetzen, weil sie wesentlicher Ausdruck — nicht Ursache — menschlicher Handlungen sind. Planen heißt ökonomische Gesetze wirken lassen, d. h. menschliche Handlungen bewußt lenken, positive oder negative Impulse auslösen. Man kann ökonomische Gesetze nicht durch juristische Gesetze, Anordnungen und Direktiven ersetzen.“ Vgl. Fritz Behrens, Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft: Zur ökonomischen Theorie und Politik in der Übergangsperiode, 1957, S. 107—109.

zur Lösung akuter Wirtschaftsprobleme aufgerufen²². Waren in der UdSSR die ersten ‚selbständigen Gehversuche‘ in dieser Richtung noch sehr zaghaft und durch dogmatische Gesichtspunkte eingeengt, entwickelte sich in Polen und der DDR eine rege Diskussion um die Probleme der sozialistischen Wirtschaft, die in Polen mit den Namen der Professoren Lange, Brus, Lipinski, Bobrowski und anderen, in der DDR vor allem mit denen von Fritz Behrens und Arne Benary verbunden sind. Es ging darum, die administrative Wirtschaftsleitung durch ökonomisch fundierte Methoden zu ersetzen. Nicht vorwiegend durch unmittelbare Weisungen bürokratischer Instanzen sollte die ökonomische Tätigkeit der verschiedenen Wirtschaftseinheiten geleitet werden, sondern es wurde die Schaffung eines solchen Systems von Bedingungen gefordert, „unter denen die spontan verlaufenden Prozesse planbar, berechenbar, in ihrer Art, Richtung und Stärke bestimmbar werden (und das) den Rahmen für die selbständige operative Tätigkeit der Betriebe und die Leitung und Koordinierung ihrer Tätigkeit vermittelt“²³. Schöpferische Initiativen der Produzenten sollten durch Verbindung des persönlichen Interesses der Belegschaft mit den ökonomischen Ergebnissen des Betriebes geweckt und durch eine Kontrolle von unten die Demokratisierung der Wirtschaft eingeleitet werden. Denn „der Werktätige wird um so rascher zum bewußten, kollektiven Eigentümer der Produktionsmittel, je unmittelbarer er die Verfügungsgewalt über sie ausübt, je unmittelbarer die Demokratie auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist“²⁴.

Vergleicht man die damals erhobenen Vorschläge mit den heutigen Wirtschaftsreformen, so wird ersichtlich, daß bereits alle grundlegenden Fragen in diesen Diskussionen behandelt und Konzeptionen entwickelt wurden, die von den heutigen Reformen nur nachvollzogen werden. Behrens und Benary wurden des Revisionismus angeklagt und mit dem Bannfluch der Partei belegt. In Polen ging die Diskussion weiter, ohne jedoch zu irgendwelchen größeren praktischen Schlußfolgerungen in der Wirtschaftspolitik zu führen. Die Parteibürokratie war „noch“ stärker als der „Zwang“ zur ökonomischen Rationalität.

Die Wertgesetzdebatte in der UdSSR

Doch auch in der Sowjetunion förderte der XX. Parteitag den Trend, die wissenschaftlichen Untersuchungen auf immer mehr Ge-

22 Suslow, Die marxistisch-leninistische Theorie schöpferisch anwenden, Diskussionsreden auf dem XX. Parteitag der KPdSU, Berlin 1956.

23 Arne Benary, Zu grundlegenden Problemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft: Zur ökonomischen Theorie und Politik in der Übergangsperiode, 1957, S. 84.

24 Arne Benary, a.a.O., S. 90, siehe auch Fritz Behrens, a.a.O., S. 118.

biete auszudehnen, d. h. eine Entdogmatisierung der Wissenschaften einzuleiten. Primär war von dieser Tendenz die Wirtschaftswissenschaft betroffen, da dort eine größere Effektivität die ökonomischen und politischen Potenzen des Systems stärkten. So erfolgte bereits im Dezember 1956 eine große Diskussion zum Thema: „Wertgesetz und Preisbildung im Sozialismus“²⁵, in deren Verlauf schon jene Probleme aufgeworfen wurden, welche die Wirtschaftsreformen der Jahre 1965/66 zu lösen versuchen. War die Begründung der Warenproduktion im Sozialismus noch stark von ideologischen Ansichten bestimmt, so drängten sich in der Frage des Wertes und der Wertbeziehungen praktische Erfordernisse der Wirtschaftspolitik in den Vordergrund, vor allem in der Diskussion um Kriterien der Preisbildung. L. M. Gatowski faßte abschließend die Diskussionsbeiträge zusammen und zählte folgende ungelöste Probleme auf: Die Bedeutung der Rentabilität für die sozialistischen Betriebe; Einfluß der Standortwahl, des Nutzeffekts der Investitionen, der Anwendung moderner Produktionsverfahren auf die Rentabilität; Amortisationen und ihre Beziehung zur Preisbildung; der moralische Verschleiß (das Veralten der Produktionsmittel infolge des technischen Fortschritts) und seine Beziehung zur Amortisationsrate; Einbeziehung der Produktionsfonds und der Umlaufmittel in die Rentabilitätsberechnung. In dieser Konferenz wird die Forderung nach größerer Selbständigkeit der Betriebe gestellt, es wird erkannt, daß die schöpferische Aktivität der Massen, daß das Prinzip der materiellen Interessiertheit an den Arbeitsergebnissen in stärkerem Maße angewandt und das Wertgesetz bei der planmäßigen Wirtschaftsführung wirksamer und umfassender ausgenutzt werden muß²⁶. Die in der Diskussion behandelten Probleme drängen in Richtung auf Reformen, jedoch die Parteibürokratie ist bemüht, Änderungen nur in einem Maße zuzulassen, durch das ihre Machtposition nicht beschnitten wird, d. h. die sich anstauenden Widersprüche sollen nicht im gesellschaftlichen Rahmen, sondern in jenem der Partei einer Lösung zugeführt werden. Doch in dem Maße, wie die offizielle Regierungspolitik immer mehr von den Ideen Stalins abrückte und wirtschaftspolitische Maßnahmen durchführte, die diesen Ideen gerade entgegengesetzt waren — man denke nur an den Verkauf des Maschinenparks der MTS an die Kolchosen, die Ersetzung der Naturalentlohnung der Kolchosmitglieder durch Geldentlohnung 1958 — wurden die Ökonomen ermuntert, die Grenzen der Forschung immer weiter auszudehnen und in Neuland vorzustoßen. Auf einer Konferenz zum Thema: „Das Wertgesetz und seine Rolle im Sozialismus“²⁷ wurden Forderungen laut, die zum Teil bereits über die später einsetzende „Liebermann-Diskussion“ hinausgehen. So wurde vorgeschlagen, „die Preise festzulegen, ohne sich unmittelbar vom Wert leiten zu lassen, sondern von einer Größe,

25 Diskussion über Wertgesetz und Preisbildung im Sozialismus, So-wjetwissenschaft-Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 8/1957.

26 A.a.O., S. 911/912.

27 N. A. Zagolow, Hrsg. Das Wertgesetz und seine Rolle im Sozialismus, Berlin 1960.

die den Ersatz der Produktionselbstkosten und einen Durchschnittsgewinn für alle Fonds des Betriebes gewährleisten“²⁸ und Prof. Atlas forderte eine Rentabilitätsberechnung, welche den Gewinn auf die dem Betrieb zur Verfügung stehenden Fonds bezieht²⁹ — praktisch jene Methode, die Prof. Libermann einige Jahre später erneut vorbrachte und die dann auf Grund der prekären Wirtschaftslage „diskussionsreif“ war. Gerade dieses Beispiel zeigt, daß die „kleinen Schritte“ bei partialen Reformen weniger von der Parteibürokratie gewollt als durch die Wirtschaftsrealität erzwungen wurden.

Durchbruch der Rationalität

Je mehr sich die Forschung nun mit der Durchleuchtung der realen Wirtschaftspraxis beschäftigte, die Klagen der Wirtschaftspraktiker immer neue Untersuchungsobjekte lieferten, umso mehr wurden die Widersprüche der bisherigen Wirtschaftspolitik deutlich und die Notwendigkeit erkannt, nicht mehr Einzelreformen, sondern eine Änderung im Gesamtkonzept der Planung und Leitung der Volkswirtschaft durchzuführen. Aus welchen Widersprüchen resultierte diese Erkenntnis?

In der bisherigen Planungspraxis der sozialistischen Länder existierten neben einer Unmenge Planpositionen noch sogenannte Staatsplanpositionen, wichtige Güterarten, die gesondert in der Planung vorgegeben wurden. Bei der Analyse der Planerfüllung zeigte es sich, daß die Pläne im ganzen übererfüllt, der Plan der Staatsplanpositionen dagegen nur zu einem Teil erfüllt wurden, in der DDR 1959 nur zu etwa 60 %. Tendenzen, die in ähnlicher Richtung liegen, zeigten sich im Konsumsektor. Während die Lagerbestände an nicht absetzbaren Waren ständig wuchsen, d. h. bei diesen Waren ein Überangebot vorhanden war, konnte bei anderen Waren die Nachfrage nicht befriedigt werden, bei bestimmten Waren herrschte ein chronischer Mangel. Auf der anderen Seite betrug die Bestandserhöhungen in der Wirtschaft der DDR 1959 gegenüber 1958 rund 1,9 Milliarden DM³⁰. „Das ist etwa ein Viertel des Zuwachses der gesamten Industrieproduktion“. Und weiter heißt es dazu, „es geht eben nicht um die Bruttoproduktion schlechthin, sondern um die entscheidenden Gebrauchswerte in höchster Qualität, die den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechen“³¹.

28 L. A. Waag, Die Planungspraktiker operieren seit langem mit der Kategorie des Produktionspreises, die von den Wirtschaftstheoretikern nach wie vor abgelehnt wird. Das Wertgesetz und seine Rolle im Sozialismus, Berlin 1960, S. 265—271.

29 S. W. Atlas, Das Wertgesetz und das Problem der Rentabilität der Produktion im Sozialismus. Das Wertgesetz und seine Rolle im Sozialismus, Berlin 1960, S. 231—245.

30 Hugo Meiser, Zu einigen Fragen der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes, Sozialistische Planwirtschaft, 1/1960, S. 4.

31 Hugo Meiser, a.a.O., S. 5.

Solche Erscheinungen lassen sich nicht mehr mit „Kinderkrankheiten“ entschuldigen, sie müssen andere Ursachen haben. Sie zwangen die Wissenschaftler und auch die Partei, sich in zunehmendem Maße mit jenen Faktoren zu beschäftigen, die Ursache einer derartigen Entwicklung waren. Man begann sich daher mit der Aussagekraft der Kennziffern zu beschäftigen, auf welchen die Planung basiert, und untersuchte, welche Prozesse sie im einzelnen auslösen. Wie wirkt — auf unser Beispiel bezogen — jene Kennziffer, nach der das Produktionsvolumen geplant und abgerechnet wird, welche Wirkung hat sie auf die Erfüllung der Pläne, welche auf die Produktionsstruktur, die Einführung neuer Erzeugnisse, den Übergang auf neue Produktionsmethoden usw.? Die gesamte industrielle Produktion wurde in jener Zeit mittels der Kennziffer „Bruttoproduktion“ festgelegt und gemessen. Damals wurde ihr eine universelle Bedeutung beigegeben, der diese Kennziffer auf keinen Fall gerecht werden konnte³². Denn sie ist besonders ungeeignet, die Produktionsleistung der Betriebe einzuschätzen, deren Summe die Bruttoproduktion ergibt, da sie nicht nur den vom Betrieb geschaffenen Neuwert, sondern auch den Wert der vergegenständlichten Arbeit (Rohstoffe und Lagerbestände) umfaßt. So wurden die Betriebe angeregt: (a) nicht das dem Bedarf entsprechende und im Plan festgelegte Produktionssortiment zu produzieren, sondern die für den Betrieb vorteilhaften Erzeugnisse und (b) stärker zur materialintensiven Produktion überzugehen, d. h. sowohl jene vom Material her hochwertigen Erzeugnisse (teures Rohmaterial) zu produzieren, wenn nach dem Geldwert abgerechnet wird; oder wenn nach dem Gewicht abgerechnet wird, hochgewichtiges Material zu verwenden (Tonnenideologie). Auf diese Weise wurden z. B. der Einsatz von Plasten und der Leichtbau stark gehemmt. Wenn keine direkten Beziehungen zum Konsumenten bestehen, dann ist ein Anwachsen von Lagerbeständen bei gleichzeitiger Unterversorgung mit bestimmten Produkten unvermeidlich. Damit aber werden folgende Fragen aufgeworfen: Wer ist konkret der Konsument, welche Schichten und Gruppen der Bevölkerung, wodurch werden ihre Bedürfnisse bestimmt, was ist der Bedarf, welche Faktoren wirken auf ihn ein; wie läßt sich der Bedarf erforschen, wie muß die Verbindung zwischen Produktion und Konsumtion gestaltet werden, damit der Absatz als Realisierung der Produktion gewährleistet wird? Weiter ist in diesen Problemkreis die Funktion des Handels, der Dienstleistungsbetriebe, der Werbung, der ‚Marktvorbereitung‘ und vieles andere mehr einzubeziehen.

Wie die Kennziffer ‚Bruttoproduktion‘ das ökonomische Handeln der Betriebe primär auf die für die Planerfüllung vorteilhafte Produktionsstruktur lenkte, so lösten andere Kennziffern ähnliche unrationelle Effekte aus. Die Entlohnung der Wirtschaftsleiter wie auch

32 Heinz-Werner Hübner, Aktuelle Probleme der Planung der Industrieproduktion, Sozialistische Planwirtschaft, 1/1960, S. 9, siehe auch R. Janakieff, Kritische Anmerkungen zur Anwendung der Kennziffer Bruttoproduktion für die Einschätzung der Produktionsarbeit der Betriebe, Statistische Praxis, 5/1957 und 6/1957.

der Belegschaft war weitgehend an die Erfüllung der verschiedenen Kennziffern gebunden, so daß es für den Betrieb „gewinnbringender“ war, diese meist quantitativen Kennziffern zu erfüllen, als die Produktion nach den Konsumentenwünschen auszurichten. All diese negativen Prozesse, die durch die verschiedenen Kennziffern ausgelöst und von der Wissenschaft analysiert wurden, stellten die bisherige Planungsmethodik zur Diskussion. Denn es stellte sich nicht allein die Frage nach geeigneteren Kennziffern, sondern, wenn der Bedarf in seinen vielfältigsten Fächerungen zum Ausgangspunkt der Planung genommen wird, auch die Frage, welche Größen die Zentrale überhaupt planen kann, damit der Sinn jeder Produktion, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, optimal gewahrt bleibt.

Mit dem technischen Fortschritt wurde ein weiteres Problem in den Vordergrund gerückt: das der rationalen Ausnützung der Produktionsfonds und der Umlaufmittel. Für beide Fonds mußte der Betrieb bisher keinen Zins zahlen, d. h. das „Betriebskapital“ wurde dem Betrieb kostenlos zur Verfügung gestellt: „Über die Rentabilität der einzelnen Betriebe sagte lediglich ihre Selbstkostenhöhe etwas aus. Nicht in Betracht gezogen wurde, daß diese Betriebe verschieden hohe Mittel binden“³³. Die Folge war, daß eine unnötige Mittelanforderung „inspiriert“ wurde. So hatten in der DDR in den Jahren 1950—1960 die produktiven Fonds einen durchschnittlichen Zuwachs von 8,3 % zu verzeichnen, die Effektivität der vergegenständlichten Arbeit (der Kapitalkoeffizient) sank im Durchschnitt jedoch um 1,1 %. Das bedeutet, daß der Effekt des technischen Fortschritts auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität laufend durch eine sinkende Effektivität der vergegenständlichten Arbeit vermindert wurde³⁴.

Diese Forschungen und Analysen der Wirtschaft zeigten, daß eine Großzahl von Faktoren auf bestimmte Wirtschaftsprozesse einwirken, die Wirtschaftsverflechtungen immer komplizierter werden. Viele Entscheidungen, die bisher rein „gefühlsmäßig“ vorgenommen wurden, genügten für eine rationale Wirtschaftsleitung nicht mehr, da die gegenseitigen Abhängigkeiten immer mehr zunahmen. Um unter diesen Umständen ‚optimale Entscheidungen‘ fällen zu können, war es erforderlich, alle auf ein Ereignis wesentlich Einfluß nehmenden Faktoren zu berücksichtigen. Es war naheliegend, daß sich die Ökonomen bei den Mathematikern nach geeigneten Methoden umsahen, die ihnen bei der Analyse ihrer Probleme Hilfe bringen konnten. Man erinnerte sich nun der modelltheoretischen Untersuchungen der zwanziger Jahre, der Anwendung wirtschaftsmathematischer Methoden in den angelsächsischen Ländern und auch daran, daß der Leningrader Professor Kantorowitsch mit zu den Begründern der

33 Henryk Fizel, Das Problem der Verzinsung der Mittel sozialistischer Betriebe als Element der wirtschaftlichen Rechnungsführung und Systems der Industrieabgabepreise, Geld und Kredit, 4/1956.

34 Fritz Behrens, Zur Theorie der Messung des Nutzeffektes der gesellschaftlichen Arbeit, Berlin 1963, S. 138.

Linearen Programmierung zu rechnen ist³⁵. Die ideologischen Einwände gegen die Anwendung mathematischer Methoden in der Wirtschaft ließen nicht lange auf sich warten, aber die ersten Anwendungen in der Wirtschaftspraxis brachten beträchtliche Erfolge, so daß die Kritiker durch die Erfolge der Praxis bald zum Schweigen gebracht wurden³⁶. Ähnlich erging es der Kybernetik, von der es noch in dem bereits nach Stalins Tod erschienenen ‚Philosophischen Wörterbuch‘ (S. 236, 1954) hieß: „Kybernetik — eine reaktionäre Pseudowissenschaft, die nach dem 2. Weltkrieg in den USA entstanden ist . . ., eine Form des gegenwärtigen Mechanismus“. Aber ohne Kybernetik, als der Theorie der dynamischen selbstregulierenden Systeme, hätte die UdSSR niemals Raumschiffe ins Weltall schicken können. Und wenn man heute die Kybernetik mit einer Art Wunderglauben fördert, scheint man zu übersehen, daß sie den Menschen nur Hilfsmittel zur Lösung bestimmter Aufgaben sein kann. Wenn z. B. Prof. Nemtschinow meint, daß die Kybernetik wesentlich zu der vor den sozialistischen Ländern als auch der Gesellschaft stehenden Grundfrage beitragen kann, „wie man die zentralisierte Planung mit den Prinzipien der Selbstverwaltung, Selbstregelung und Selbstentwicklung eines bestimmten Wirtschaftssystems verbindet“³⁷, so ergeben sich daraus nicht allein an die Ökonomie, sondern in erster Linie an die Politik bestimmte Grundforderungen. Denn „Selbstregulierung“ eines Systems „bedeutet, daß innerhalb des Systems ein freier Informationsaustausch möglich sein muß“, daß die Zielsetzung, nach der sich das System „selbst regulieren“ soll, „demokratisch“ erfolgt und anderes mehr. Wie weit derartige Notwendigkeiten in praktische Maßnahmen umgesetzt, d. h. die Widersprüche zwischen theoretischen Erkenntnissen und der bisherigen Wirtschaftspraxis gelöst werden, darauf sollen die Wirtschaftsreformen eine Antwort geben.

35 L. W. Kantorowitsch, *Mathematische Methoden der Organisation und Planung der Produktion*, Leningrad 1939.

36 Über den Themenkreis „Mathematik und Kybernetik in der Ökonomie“ gibt einen ausgezeichneten Überblick das Konferenzprotokoll einer internationalen Tagung, die im Oktober 1964 in Berlin stattgefunden hat, veröffentlicht unter „Mathematik und Kybernetik in der Ökonomie“, Teil I und II, Berlin 1965.

37 W. S. Nemtschinow, *Ökonomisch-mathematische Methoden und Modelle*, Berlin 1965, S. 52.

Besprechungen

I. Philosophie

Voigt, Alfred (Hrsg.): Der Herrschaftsvertrag. Übersetzungen von P. Badura und H. Hofmann. Bd. 16: POLITICA, Abhandlungen u. Texte zur pol. Wiss., hrsg. v. W. Hennis u. H. Maier. Luchterhand Verlag, Neuwied 1965 (294 S., Ln., 28,— DM).

Der Band umfaßt Auszüge aus den Schriften von 43 Autoren, die von der Konstitution des Staates bzw. der Gesellschaft mit Begriffen einer wie immer gearteten Vertragstheorie handeln. Es beginnt mit der griechischen Aufklärung und endet mit Hegel. Dem Herausgeber war es darum zu tun, nach großen Namen auszuwählen, oder, wie es in der Einleitung heißt, nach „ersten und erstklassigen Geigern“. Dadurch erhält die Auswahl einen konservativen Einschlag. Die kompromißtüchtigen Autoren tragen es einmal mehr über diejenigen davon, die den Begriff von Naturrecht und Herrschaftsvertrag zu einem Instrument der Kritik an den herrschenden Mächten formten. Die konservative Tendenz, die auch andere Bände der Schriftenreihe POLITICA bestimmt, zeigt sich in der flüssig geschriebenen Einleitung des Herausgebers zunächst in einer einseitigen Orientierung auf den Begriff des Staates, der als „Haupterscheinungsform menschlicher Gemeinwesen“ und als „wichtigste und zwingendste weltliche Gemeinschaftsbildung“ (7) gesehen werden soll. Damit bleibt die tatsächlich zwingendste Sphäre, die der materiellen Produktion und Organisation des Lebens, also die Gesellschaft, ausgeklammert. Diese begriffliche Zurüstung scheint wie dafür geschaffen, einen Abbau des Staates von vornherein undenkbar zu machen. Die Mystifizierung des Staates geht auf Kosten der gesellschaftlichen Ideale der Demokratie. Voigt sieht mit einer gewissen Zurückhaltung im Vertragsdenken die Vorstellung einer „mindestens zeitweisen Gleichberechtigung“ impliziert. „In dieser Zubilligung wiederum liegt die Anerkennung der Freiheit des andern, denn nur unter Gleichen ist Freiheit denkbar, wie Ungleichheit stets, freilich meistens unschädlich und vielfach segensreich, Unfreiheit bedeutet.“ (35) Nur am Rande nennt Voigt ein anderes Motiv: der Gedanke des Herrschaftsvertrages „bedeutet zugleich den Versuch einer vernunftgemäßen Bewältigung der gemeinsamen Existenz“ (ebd.). Der heute möglichen Gestalt einer vernunftgemäßen Bewältigung wäre nachzugehen. Sie erst könnte den Standpunkt bestimmen, von dem aus die Geschichte der auf sie zielenden Versuche anders als bloß geistreichelnd geschrieben werden kann. Der dünne Relativismus, in den Voigts Einleitung ausklingt, vermag einmal mehr zu zeigen, wie un-

glaubwürdig dem späten Bürgertum der Enthusiasmus des frühen, soweit es noch den Fortschritt der Menschheit verkörperte, geworden ist: „Der Herrschafts-, Staats-, Gesellschafts-, Urvertrag teilt mit jener Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, die an Inhaltslosigkeit grenzende Idealität und beweist dennoch eindeutig, wie stark das Eigenbewußtsein des Menschen bereits aus Verstandesgründen hervorgeht. Aber selbst wenn man dies leugnete, so mag der Urvertrag als eines der noch verhältnismäßig anschaulichen Beispiele angesehen werden für Entstehung, Wesen und Wandlungsfähigkeit von Begriffen und führt zu der Frage hin, ob und inwiefern wir in Kategorien zu denken berechtigt sind.“ (36) — Die Brauchbarkeit des Bandes wird weiter gemindert durch fragwürdige Übersetzungen. So kann man *Respublica* bei Spinoza nicht einfach mit Staat übersetzen. Spinoza definiert den Begriff ausdrücklich mit „*comunia imperii negotia, quae ab ejus, qui imperium tenet, directione pendent*“ (Tr.pol., c.III, § I). Gelegentlich sind die Übersetzungen nicht bloß, wie hier, fragwürdig, sondern einfach falsch.

Wolfgang Fritz Haug (Berlin)

Merleau-Ponty, Maurice: *Humanismus und Terror I und II* (*Humanisme et terreur*, 1947). Deutsch von Eva Moldenhauer. Edition Suhrkamp Bd. 147 und 148, Frankfurt am Main 1966 (142 und 99 S., kart., je 3,— DM).

Das Verhältnis Merleau-Pontys zur Russischen Revolution — und insbesondere zu ihrer Fortführung durch Stalin — deutet bereits der Dualismus des Titels an und wird verständlich aus seiner sich auf die Tradition der Phänomenologie berufenden „sozialontologischen“ Theorie der menschlichen Gesellschaft und Geschichte: jeder Mensch ist einerseits „geistiges Atom“, Bewußtsein, andererseits Leib. Gesellschaft ist immer schon über den Leib vermittelt, d. h. dadurch, daß die „Anderen“ zu Objekten gemacht werden; Gesellschaft kann so nur als „System der inkarnierten Bewußtseine“ (II, 9), Geschichte nur noch als notwendiger Kampf, als Kontingenz betrachtet werden, der lediglich die sinnverleihenden Akte der Subjektivität entgegengestellt werden können.

Das Buch erschien 1947 in Paris unter dem Titel „*Humanisme et terreur*“ und ist aus der nichtmarxistischen Perspektive „eines französischen Intellektuellen im Jahre 1946“ (II, 49) geschrieben, dessen Anspruch damals angesichts der politischen Verhältnisse — die KPF regierte als eine der stimmenstärksten Parteien mit — darin bestand, sich die praktische Philosophie des Marxismus zu eigen zu machen, ohne die Philosophie im herkömmlichen Sinne als „*fundamentum inconcussum*“ aufzugeben. So wird z. B. der marxische Klassenbegriff in den der „Intersubjektivität“, d. h. „einer einzigen gemeinsamen Befindlichkeit“ (II, 16) uminterpretiert. Deren nähere Bestimmung klingt ungewollt zynisch: Die Besonderheit des verelendeten Proletariats als Klasse im Unterschied zu anderen Klassen liege in seiner

„Situation, die so beschaffen ist, daß diejenigen, die darin stehen, als einzige die volle Erfahrung der Freiheit und der Universalität haben“. (II, 19).

Als Gegenentwurf zu A. Koestlers „Darkness at Noon“ (1941), eines Romans über die Moskauer Prozesse 1936/37, und „Der Yogi und der Kommissar“ (1944), einer Typologie des Politikers, wendet sich die Schrift Merleau-Pontys dem Angeklagten N. Bucharin zu, in dem der Verfasser die eigene Problematik dargestellt findet. Merleau-Ponty glaubt damit den bei Koestler zu findenden Dualismus Fatalität — Revolution, der notwendig zu einer Moral der Innerlichkeit und schließlich zu einem militanten Antikommunismus führe, mit seinem eigenen sozialontologischen Dualismus „zwischen dem Menschen und ihm selbst“ (I, 110) überwinden zu können. Kritisiert er, daß Koestler wie Trotzki sich einseitig mit den Angeklagten identifizierte und die Prozesse personalisiere (Stalins Charakter als Ursache), so führt seine prinzipielle Anerkennung der „geschichtlichen Kontingenz“ dazu, jede Form von Gewalt zu rechtfertigen, denn „die Gewalt ist unser Los, dadurch daß wir inkarniert sind“ (II, 15). Seine Kritik an den Moskauer Prozessen beschränkt sich darauf, die der „revolutionären Gerechtigkeit“ aufgesetzte „Maske des Strafrechts“ zu mißbilligen.

Äußerungen Merleau-Pontys aus den fünfziger Jahren zeigen, daß er einige marxistische Theoreme nur vorübergehend und trotz seines „sozialontologischen“ Ansatzes angenommen hat, der später wieder in aller Schärfe hervortrat und zum Bruch seiner Freundschaft mit Sartre führte. Die am Schluß des Buches formulierten Grundregeln einer neuen westlichen Politik lassen aber erkennen, wie verschwommen schon damals die Fortschrittlichkeit seiner Position war:

1. „Jede Politik, die nicht die rivalisierenden Gesellschaften in ihrer Totalität zu ‚verstehen‘ trachtet, dient einzig der Maskierung des Problems des Kapitalismus, zielt in Wirklichkeit auf die Existenz der UdSSR selbst und muß als eine Kriegshandlung betrachtet werden.“ (II, 90)

2. „Unsere zweite Regel könnte heißen, daß der Humanismus den Präventivkrieg gegen die UdSSR ausschließt . . . Der Krieg gegen die UdSSR . . . zerstörte . . . das Prinzip einer sozialistischen Ökonomie.“ (II, 92)

3. „Unsere dritte Regel wäre, uns vor Augen zu halten, daß wir uns nicht im Kriegszustand befinden und daß es keine russische Aggression gibt . . . Strategisch sind die UdSSR und die Kommunisten in der Defensive.“ (II, 93)

Klaus Althaus (Berlin)

Schaff, Adam: *Marxismus und das menschliche Individuum*. Aus dem Polnischen übersetzt von Erna Reifer. Europa-Verlag, Wien-Frankfurt/Main-Zürich 1965 (349 S., Ln., 26,50 DM).

Dem polnischen Philosophen und Soziologen ist es zu tun um „die Rehabilitierung der Sache des Einzelmenschen im Sozialismus, . . . die praktische Rehabilitierung von Marx und Marxismus“ nach der stalinistischen Epoche (49). Die Belange der Individuen waren beiseite geschoben worden durch die gewaltvolle Notwendigkeit, den Sozialismus aufzubauen: in einem, zudem unterentwickelten Land, ohne demokratische Tradition, gegen die internationale Reaktion. Auch in der Theorie erschienen die Menschen als Objekte einer vorbestimmten Geschichte, die sich selbständig gemacht hatte gegenüber dem Interesse, Glück und Freiheit für alle Einzelnen zu verwirklichen. Dieses Interesse will Schaff im Marxismus wiederherstellen, vermittels der „Anthropologie“ des frühen Marx. Sie bilde den Schlüssel zum Verständnis des ganzen Marxismus, der als realer Humanismus begriffen wird, „als Abschaffung der bestehenden gesellschaftlichen Ursachen menschlichen Unglücks“ (238). Schaff interpretiert anthropologisch die „neuentdeckten alten Gehalte des Marxismus“ (7): was heißt ‚Mensch‘, was ‚Entfremdung‘, was ‚Freiheit‘ und ‚Kommunismus‘. Seine Bedeutung hat das Buch in dreifacher Hinsicht: philologisch, philosophisch und politisch. Es eröffnet den Zugang zu den Frühschriften durch eine gründliche, vergleichende, systematische Interpretation. Diese arbeitet einen — gegenüber der marxistisch-leninistischen Doktrin veränderten — Begriff von Praxis heraus. Natur, Geschichte, Erkenntnis, qua Produktion zusammengeschlossen, werden als jeweilige Vermittlung von Substrat und Intention begriffen — das ist, auf eine Formel gebracht, der philosophische Ertrag des Buches. Die objektivistischen Kategorien werden ‚subjektiviert‘, die Menschen erscheinen nicht mehr bloß als Objekte übermächtiger Prozesse. Damit wird auch die Trennung von Natur und Geschichte, Diamat und Histomat, aufgelöst. — (Es sei nicht vergessen, daß Schaff auch die Psychoanalyse in den Marxismus hineinnehmen will, weil sie „den Charakter der Menschen“ erklären kann als lebendige Vermittlung des Sozialprozesses, „durch eine vom genetischen Gesichtspunkt rational erklärbbare irrationale Komponente der menschlichen Psyche“ 57). Die politische Bedeutung des Buches schließlich liegt in seiner Kritik am (polnischen) Sozialismus. Ist Entfremdung automatisch beseitigt mit der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, wie einige Dogmatiker ex definitione behaupten? Die Antwort „ist die Periode des sogenannten Personenkults . . . War dies doch die Geschichte einer ungeheuren Entfremdung . . . Diese Frage wartet auf die soziologische Analyse, über deren Oberfläche noch keiner der Marxisten hinausgegangen ist“ (171). Auch Schaff nicht. Stattdessen diskutiert er, was der Entwicklung des Sozialismus zum Kommunismus im Wege steht. Aus der Untersuchung der Gesamtheit der Verhältnisse soll deutlich werden, wie Entfremdung fortexistiert. Der gegenwärtige Zustand des Sozialismus wird gemessen an der kommunistischen Utopie vom ‚Reich der Freiheit‘. (Schaff hat die hierauf bezüglichen Stellen aus Marx'-Engels'-Werken zusammengetragen). Die auf den Kommunismus weisenden Tendenzen sind repräsentiert in den tech-

nischen Mitteln und den planmäßigen Bestrebungen, die Produktion den Bedürfnissen anzumessen. Dem steht entgegen, was die Entstalinisierung nicht angetastet hat: der Staat als verselbständigte Mammutbürokratie, Privilegien- und Machthierarchie. „Das Produkt der menschlichen Arbeit behält nach wie vor die Gestalt der Ware, d. h., daß in irgendeiner Form auch die Marktgesetze bestehen bleiben“ (177). Und nach wie vor sind die Menschen an die geteilte und spezialisierte Arbeit gefesselt. — Ins einzelne gehend kritisiert Schaff die Zensur von Kunst und Wissenschaft, die mangelnde Diskussionsfreiheit, speziell auch im Marxismus (er plädiert für den innermarxistischen Disput, für die Anerkennung von Schulen), die Organisation des Bildungswesens. — Schaffs Einschätzung der zukünftigen sozialistischen Entwicklung schwankt. Zwar malt er das Bild vom irdischen Paradies, in dem die Menschen befreit wären von körperlicher Arbeit und die Güter nach Bedürfnis verteilt würden; doch bezweifelt er, daß es möglich sein wird, die Herrschaft von Menschen über Menschen vollständig abzubauen, den Staat als verselbständigte Institution aufzulösen.

Im theoretischen Organ der Polnischen Arbeiterpartei wurde vorliegendes Buch diskutiert, Schaffs Erwiderungen auf die teils scharfen Kritiken unterlagen keiner Zensur. Ausführlichkeit und Schärfe der Diskussion demonstrieren die politische Bedeutung des Buches. Als Rezeption der Frühschriften bezieht es sich auf die Oktoberdiskussion 1956/57, die einherging mit den praktischen Bestrebungen, dem Stalinismus ein Ende zu machen. Ebenso wird die westeuropäische Diskussion berücksichtigt, worüber das Literaturverzeichnis Aufschluß gibt. Daß Schaff eine philosophische Anthropologie schrieb (die doch allseits in Geschichtsphilosophie überführt wird), erklärt sich daraus, daß in Polen die kritischen Marxisten einen Zweifrontenkrieg zu führen haben. Auf der einen Seite gegen die offizielle Doktrin, andererseits gegen existentialistische und neuthomistische Anthropologie. (Vgl. ders. Verf.: ‚Marx oder Sartre? Versuch einer Philosophie des Menschen‘, bespr. in: DAS ARGUMENT 30, S. 188).

Soweit ist deutlich, wogegen Schaffs Buch sich richtet, und mit welchem Interesse. Mit welchen angebbaren sozialen Kräften verbindet sich dies Interesse? Dem Schwanken zwischen utopischer und resignativer Einschätzung, wie der Sozialismus sich entwickeln werde, entspricht das Nebeneinander zweier Antworten. Der Staat soll durch Erziehung „zu Engagement und Aktivität in gesellschaftlichen Fragen“ und „vernünftigem Ungehorsam“ die Menschen lehren, ihre Geschicke solidarisch zu bestimmen und so auf den Kommunismus hinzuarbeiten. Zum andern hofft Schaff auf eine unmittelbare Wirkung der Theorie: „ . . . die auf den jungen Marx gestützte Interpretation des ganzen Marxismus hat in einer solchen Gesellschaft (wie der polnischen) potentielle Anhänger. Es genügt ein Funken, um eine Explosion auszulösen, und das, was möglich ist, verwandelt sich in das, was wirklich ist“ (61). — Der Zusammenhang wäre deutlicher geworden, hätte Schaff die Frage nach der institutionellen Wirklichkeit sozialistischer Demokratie in den Mittelpunkt gestellt.

Auf welche Weise sind die einzelnen Menschen beteiligt an der Verwaltung der Produktionsmittel, des gesellschaftlichen und politischen Lebens? Diese Frage wäre die politische Formulierung des Themas ‚Marxismus und das menschliche Individuum‘.

Kajo Heymann (Berlin)

Parál, Vladimír: Die Messe der erfüllten Wünsche (Veletrh splnenych prani). Übersetzt von Franz Peter Künzel. Hanser-Verlag, München 1966 (112 S., kart., 5,80 DM).

Die Erzählung Paráls „Die Messe der erfüllten Wünsche“ ist ein scharfer Spiegel, der das Dasein einiger erfolgreicher und offenbar typischer technischer Angestellter und Funktionäre in der tschechischen Industriegesellschaft reflektiert. Wenn wir auf die Konstruktion der in ihm erscheinenden Wirklichkeit achten, können wir Zusammenhänge wiedererkennen und rekonstruieren, die vielfach unsere eigenen sind. In dem mit Erbitterung gezeichneten volksdemokratischen, den Lebensformen in den westlichen Industriegesellschaften weitgehend parallelen, lustlosen Establishment kommt ein utopisches Ziel des Sozialismus nur als in dessen Fundamenten Verstocktes zum Ausdruck: wenn Milan und sein Mädchen sich in einer Situation besiegelter Trennung zur Erinnerung rufen, daß sie „am Tag der Roten Fahne zusammen ohne Unterbrechung sieben Stunden getanzt“ haben. Parál, wie Milan René, der Held der kurzen Erzählung, von Beruf Chemiker in einem Industrierwerk, stellt den Charakter eines staatlichen Produktionsunternehmens als ein undurchsichtiges Gefüge institutioneller Kontrollen über konzentrierte und strenge, zugleich zwecklose Aktivitäten dar. Sowenig die in ihm eingespannten Menschen erfahren, welcher Art Produkte sie herstellen, können sie erkennen, ob sie durch ihre Arbeitsleistung überhaupt produzieren. Ebenso wenig wird die Beziehung auf ein Allgemeines außerhalb sowie auf den Zusammenhang innerhalb des in Sektoren aufgespaltenen Betriebes durchsichtig hergestellt. Es erscheint der Schemen eines staatlichen Planungsbetriebes, der, befreit von wechselnden marktwirtschaftlichen Wettbewerbssituationen und von Profitinteressen, durch unkontrollierte, äußere Stützungen gelenkt wird und, unbeschadet des in ihm herrschenden Autoritätsgefälles, jeden einem egalitären Schicksal aussetzt. Dem Allgemeinen wendet sich kein Erkenntnisinteresse der Arbeitenden selber zu wie der Schicksalsdrohung kein Abwehrinteresse der Opfer. Sie suchen praktische Ansätze, um höher aufzusteigen und Karriere machen zu können: um den Preis, wie Parál versichert, wachsender Angst.

Gegenüber dem undurchdringlichen und schicksalsförmigen Zusammenhang der Individuen in der Sphäre der rational verwalteten und hierarchisch organisierten Arbeit stellt sich eine durch Tauschordnungen regulierte und durch Befriedigung unmittelbarer

Triebwünsche genutzte gleichförmige Freiheitssphäre her. Herrscht auf jenem Sektor nämlich eine gleichsam wilde Ordnung, so auf diesem ein von der Autorität der Tauschregeln geleiteter und geordneter Sex. Sex — der bei Parál einem technischen Muster nachgebildet erscheint — setzt zwar die einzelnen Subjekte zueinander in kommunizierende Beziehungen; aber nicht nur sind Situationen und Technik, Ablauf und Details in den Geschlechtsbeziehungen immer die gleichen, sondern die erotisch agierenden und glatten Subjekte auch selber sind, wie ihr gegenstandsloses Bewußtsein, vertauschbar. Die Menschen üben sich in, mit dem Wort Paráls, „fixierten Harmonogrammen“ ein. Sie sprechen zudem in standardisierten Sätzen. Es wird drastisch vorgeführt durch Wiederholungen, indem der gleiche Standard von wechselnden Personen geredet wird, und an Hand eines mechanischen und konstruierten Jargons, wobei Buchstaben von den Wörtern gleichsam abgeschnitten werden — wie unter einer aufgelegten Schablone. Parál läßt in diesem Zusammenhang auch „Natur“ lediglich in einem technischen Modus handeln und zum Ausdruck finden. Sie zeigt sich der Photographie ähnlich: Ein „überbelichteter“ Himmel erscheint; die Sterne korrigieren, nach der ironischen kosmischen Apokalypse, die die erschreckte Konfrontation des Helden mit den standardisierten Objekten begleitete, ihren Umlauf innerhalb von „Projektionsbildern“; die Landschaft, nach dem Maße der Plakatwerbung, dient als Hintergrundkulisse im Zusammenhang eines erotischen Stilisierungsbedürfnisses.

Über die Reziprozität der scharf geschiedenen Arbeits- und Konsumsphären hinaus erscheint in der Gestalt von Informationen über den globalen Terror eine dritte Dimension des Öffentlichen. Die durch Zeitungen und durch Radio verbreiteten, in präzise informierenden Beschreibungen mitgeteilten Terroraktionen werden dabei aus keinem konkreten Zusammenhang begründet, außer gelegentlichen geographischen (meistens exotischen) und faktisch unpolitischen Bestimmungen; andererseits vermittelt ihnen die universal ausgeweitete Repräsentanz gleichwohl die abstrakte Einheit, in der, nach dem Vorgang von Zwangsträumen, Sphären eines Innen oder Außen sich vermischen. Die auf dem Niveau einer zu Informationen geschrumpften, zugleich kunstvoll zur Traumsphäre erhobenen „Öffentlichkeit“ ängstigend existierenden Mitteilungen dringen in das Bewußtsein stetig und mit einer dieses fixierenden Gewalt ein. In dem Maße endlich, wie Aktionen unter derartigen Bedingungen nicht koordinierungsfähig gedacht werden können, kommunizieren die Subjekte auch über ihre Informationen nicht miteinander. Parál läßt deshalb die Personen diese bloß noch bei zufälligem Reizanlaß reproduzieren und mechanisch wiederkäuen.

Im Zusammenhange von Paráls Analyse finden moralisch provozierende Informationen nur in allgemeinsten Gestalt, als objektive Abstraktionen vor ein Publikum. In der Atmosphäre einer Öffentlichkeit andererseits, in der die Einzelnen, die zu ihrer Ichkonstituierung Identifizierungen benötigen, in ihren Identifikationsbedürfnissen allgemein abgewiesen und der Möglichkeiten einer kriti-

schen Urteilsbildung und eines solidarischen Handelns beraubt werden, treiben sie, obzwar mit Gleichgültigkeit „imprägniert“, richtungslos und starr unter die Gewalt von Fixierungen. Insbesondere ist das Bewußtsein des Helden Milan durch terroristische Fakten kraft eines Imaginierungszwanges förmlich angesogen. Das Bild eines im Hinblick auf Objektbeziehungen ebensowohl wie im Blick aufs einschlägige Ziel der Abreaktion frustrierten, terroristischen Aktes gewinnt im Zusammenhang dessen einen zentralen und böartigen Rang: Milan schwebt die Fiktion von Soldaten vor, die, „mit entscherten Maschinenpistolen“, durch einen Dschungel streifen. Die Metapher spart, so wie das Objekt, auch das Losgehen der Schüsse aus. Obwohl ursprünglich anscheinend nur ein Teil einer unvollständigen Nachricht, hält die Imaginierungstätigkeit Milans in der Folge an dieser Unvollständigkeit fest, fixiert sich genauestens an jenen vereinzelt Moment des Aktes und sucht sich an ihm einen Durchbruch, sowie die wie in Konserven eingeschlossenen Erfahrungen, Informationen und Wunschinhalte äußeren Druckes halber ins Bewußtsein ausbrechen und jäh in kreisend starre Bewegungen geraten. Einerseits die Chiffre für einen zur Gewalt hintendierenden Wirklichkeitszustand, dient sie andererseits der Wunscherfüllung: Milan sucht sich, sobald er Situationen der Erniedrigung und des Versagens erfährt, mit ihr zu identifizieren; er fügt, vorstellend, die fehlenden Objekte ein, und er löst, sich entlastend, die Schüsse aus.

Parál führt in das Schema der das Schicksal der Geschlechterliebe in einer egalitären Gesellschaftsordnung thematisierenden Tradition der Utopie die Figur des Helden ein. In der die Einlösung sozialistischer Versprechungen beanspruchenden Praxis nämlich soll sich, unerachtet des harmonischen Anscheins von gesellschaftlicher Versöhnung, ein Weiterbestehen der antagonistischen Wirklichkeit zu erkennen geben und jedenfalls das Interesse der Selbstverwirklichung enttäuscht werden; soll ferner ein Zusammenhang überhaupt lediglich kraft einer quasi heroischen Anstrengung und um den Preis schließlicher Destruktion zu haben sein. Milan, so wenigstens scheint Parál zu verstehen zu geben, kann sich in den die Wirklichkeit zertrennenden Sphären zur offiziellen, essentialistischen Betrachtungsweise nur durch die manische Einnahme einer harmonisierenden Droge erheben und führt ein durch Internalisierungen und Verdrängungen gezeichnetes Leben. Zu dem objektiven Widerspruch der sozialen Bereiche hinzu tritt ein zweideutiges und diesen reproduzierendes Schwanken Milans in ihnen selbst. In einem als fruchtlose Sphäre von Zwangsleistungen beschriebenen Entfremdungssystem der Arbeit objektiviert er sich durch Sachehrgeiz und versucht, Distanz gegen die ihm augenötigte Rolle zu halten. In einer als befriedigungsloses Spiel der Geschlechter unter abstrakten Tauschgesetzen gekennzeichneten Konsumsphäre subjektiviert er die Geschlechterbeziehung als Leiden und betreibt Indifferenz als disziplinarischen Vorsatz. Milan ist ein Gefangener von Vergangenheiten. Er hat ihnen zwar Erfahrungen des Glücks zu verdanken — es erscheint ihm als die Möglichkeit, sich ohne Herrschaft zu vereinigen —, aber er

muß diese gleichwohl mit dem Bewußtsein teilen, daß es sich nicht festhalten ließ; die Objekte an die er sich hing, haben ihn an andere „verraten“. Noch einmal indessen winkt ihm Glück, und diesmal beherrscht er die Situation. Als er unvermittelt durch eine plötzliche Leistungsanforderung in der Arbeitswelt unter lähmenden Druck gesetzt wird, geht Milan zu dem Mädchen, das ihn liebt. Sie waren der Realisierung ihrer Liebe, im Namen von Zukunftsprojekten, hilflos und verzweifelt ausgewichen. Mit dem Ziel, sich abzureagieren, „um einen klaren Kopf zu haben“, exploitiert Milan das Mädchen und leitet den Druck an es weiter. Parál läßt keinen Zweifel an der zerstörerischen wie selbstzerstörerischen Bedeutung der Aktion, die man durchaus als gelungen bezeichnen kann. Nicht nur imaginativ, vielmehr endlich auch real lassen sich die Objekte in den metaphorischen Rahmen fügen und läßt sich jetzt dieser selbst — mit ihm die in ihrer realen Tendenz solange blockierte Wirklichkeit — auflösen.

Die in der vorliegenden Erzählung zum Ausdruck kommenden Hypostasierungen der Ohnmacht und des Terrors erscheinen, gesellschaftliche Herrschaft wie technische Naturbeherrschung selber als Naturapostrophierend, als Produkt einer neuen, Technik-orientierten Intelligenzschicht in der CSSR. Im Zusammenstoß mit der vom Stalinismus geprägten Vätergeneration löst sie ihre politischen Bindungen auf, und von der Herrschaftsmacht, die die Technik zur Verfügung stellt, eingeschüchtert, kapituliert sie vor dieser. Sie resigniert vor der Aufgabe, Herrschaft fortschreitend unter rationale Kontrolle der Allgemeinheit zu bringen und verweigert sich dem Anspruch, die gesellschaftlichen, als repressiv und korrumpierend erfahrenen Herrschaftsbeziehungen wieder zum Gegenstand eines politischen Denkens zu machen.

Joachim Moebus (Berlin)

II. Soziologie

Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. Piper-Verlag, München 1965 (528 S., Ln., 28,— DM).

Dahrendorf versucht den Grad der Demokratisierung der westdeutschen Gesellschaft innerhalb vier verschiedener Bereiche zu ermitteln (40 f.): 1. am Grad der Gleichheit möglicher Teilnahme des Einzelnen am gesellschaftlichen Leben (staatsbürgerliche Gleichheit), 2. an der institutionellen Regelung von Konflikten, 3. an der Art der Elite und der Pluralität sozialer Interessen und Gruppierungen, 4. am Grad der Öffentlichkeit, der Betonung des Politischen im Wertsystem der Gesellschaft. Zur Darstellung dieser Bereiche verwendet Dahrendorf die Ergebnisse einer Fülle von

empirischen Untersuchungen (z. B. zur Frage der Gleichheit der Bildungschancen, der Elitenrekrutierung und des politischen Bewußtseins). Insgesamt zeichnen diese Untersuchungen kein rosiges Bild von der Wirksamkeit demokratischer Ideale in der Bundesrepublik. Die Bildungschancen der Arbeiterkinder sind stark beschränkt, stärker als in vergleichbaren westeuropäischen Ländern; die westdeutsche Elite wird durch ein „Kartell der Angst“ (297) zusammengehalten; die politische Apathie ist in der Bundesrepublik erschreckend groß. Aber wo immer Dahrendorf ein mangelhaftes Funktionieren demokratischer Institutionen feststellt, glaubt er, daß es sich nur um subjektive Ungleichzeitigkeiten handelt: „In der Tat sind die Reste traditionaler Bindung und akzeptierter Unmündigkeit denn auch nur eine dünne Haut über der herandrängenden Realität bürgerlicher Gleichheit.“ (467) Zu den „Resten traditionaler Bindung“, die der Durchsetzung der Demokratie in Westdeutschland noch im Wege stehen, zählt Dahrendorf regionale, schichtenspezifische, kirchliche und vor allem familiäre Bindungen. Eine unmittelbar illiberale Tradition versucht Dahrendorf der deutschen Arbeiterbewegung nachzuweisen; diese habe eine „fatale Liebe zum Staat“ entwickelt und stelle den „Protestantismus des autoritären Staates preußischer Prägung“ dar. (218) Wichtiger ist freilich die Frage nach illiberalen Traditionen der Mittelschichten, die heute die Demokratie stützen. Hier vertritt Dahrendorf, indem er sich auf Lipset beruft, die These, „daß mit fortschreitender Industrialisierung neben den Radikalismus der Linken, getragen vom Proletariat, und den Radikalismus der Rechten im Interesse der großen Eigentümer an Land und Kapital ein Radikalismus derer tritt, die traditionell in der Mitte stehen. Dieser wird informiert durch die Aversion gegen die beiden andern Radikalismen.“ (424) Obwohl sich Dahrendorf ernsthaft mit der Frage beschäftigt, „wie Auschwitz möglich war“, hält er es für „gleichsam einen bösen Zufall, daß beide, Humanität und Demokratie in Deutschland zu gleicher Zeit Schaden litten“. (375) Der Nationalsozialismus wird relativiert auf das Problem der „Modernität“. Es sei die „tragische Figur der Moderne“, daß sie in gleicher Weise die Grundlagen für demokratische wie totalitäre Gesellschaftsformen schaffe. Der Nationalsozialismus habe die Unterstützung der heute für die Demokratie wählenden Schichten erlangt, weil er jene soziale Revolution durchführte, die endlich mit den Traditionen des Kaiserreichs brach (z. B. Kampf gegen die Kirchen, Vorrang außerfamiliärer Erziehungsinstitutionen, Zerschlagung regionaler Bindungen durch erzwungene Mobilität für Arbeitseinsätze). Eine bewußte Fortsetzung der sozialen Revolution des Nationalsozialismus — vor allem unter dessen negativem Aspekt der Illiberalität — finde in der DDR statt (451 f.). Illiberalität wird von Dahrendorf auch gleichgesetzt mit „planrational geordnetem Staatswesen“ i. G. zu „marktrational“ organisierten. Mit Hilfe dieser Unterscheidung macht sich Dahrendorf trotz seiner so kritisch begonnenen Analyse über die demokratischen Zustände in Deutschland zum Apologeten der Erhardschen sozialen Marktwirtschaft (468).

Heide Berndt (Frankfurt/Main)

Fragen der marxistischen Soziologie. Teil I: Soziologie und Jugend, Methodische und praktische Probleme. Sonderband der wiss. Zeitschrift der Humboldt-Universität, Berlin (Ost) 1964 (267 S.).

Fragen der marxistischen Soziologie. Teil II: Ökonomie und Gesellschaft in der deutschen bürgerlichen Soziologie. Wissenschaftsgeschichtliche Studie (K. Braunreuther). Sonderband der wiss. Zeitschrift der Humboldt-Universität, Berlin (Ost) 1964 (151 S.).

„Die gesellschaftliche Praxis ruft unausgesetzt die marxistischen Soziologen.“ (5) Unter diesem Vorzeichen arbeitet eine noch kleine Gruppe von Wissenschaftlern — häufig nebenberuflich — in einer Forschungsgemeinschaft „Soziologie und Gesellschaft“ an der Humboldt-Universität. Dabei setzen sie das Postulat interdisziplinärer Zusammenarbeit bei der Erforschung gesellschaftlicher Tatbestände und Entwicklungsmöglichkeiten in die Tat um. Im ersten der hier zu besprechenden Bände kommen Vertreter der Politischen Ökonomie, der Philosophie, der Gesellschaftswissenschaft, der Jurisprudenz und der Medizin mit jugendsoziologischen Untersuchungen zu Wort. K. Braunreuthers Bestimmung der Aufgabenstellung betont den Bezug auf planenden Eingriff in die Entwicklung der Gesellschaft. Die Kategorie der Möglichkeit tritt demgemäß in den Vordergrund: „Die marxistische Soziologie erforscht die Gesetzmäßigkeiten möglicher gesellschaftlicher Zustände und Verhaltensweisen von Menschen unter gesellschaftlich relevanten Bedingungen im Prozeß ihrer Entwicklung.“ (14). Im einzelnen geht es immer wieder um die Beseitigungen von Entwicklungsschwierigkeiten der DDR-Gesellschaft, m. a. W. um die Frage nach Möglichkeiten der Beschleunigung des gesellschaftlichen Fortschritts. Abstrakt formuliert Braunreuther die Aufgabe so: es sei darum zu tun, „die Herrschaft des Menschen über die von ihm erzeugten gesellschaftlichen Verhältnisse und in Gang gesetzten gesellschaftlichen Bewegungen zu vergrößern.“ (29) Die einzelnen jugendsoziologischen Themen vermitteln ein Bild von der Art der Entwicklungsprobleme der DDR. Da geht es um die „Notwendigkeit der Qualifizierung jugendlicher Produktionsarbeiter“ (die Ergebnisse einer diesbezüglichen empirischen Untersuchung werden mitgeteilt); um das Problem der beruflichen „Qualifizierung“ der Landjugend; um die Ausbildung der Studenten zu „bewußten“ „politisch-moralischen“ Menschen; um „gesellschaftliche Einflüsse auf Gesundheit und Krankheit“, mit besonderem Akzent auf der Erforschung der Säuglingssterblichkeit und der Leistungs- und Intelligenzunterschiede bei Heranwachsenden, soweit jene durch sozial bedingte körperliche Entwicklungsstörungen erklärbar sind. Für Jugendkriminalität wird das Versagen des familiären und schulischen Erziehungssystems als Ursache angegeben — „Erziehung der Erzieher“ (262) wird so zur wichtigen Aufgabe. — Schließlich widmet ein Aufsatz sich der „Behandlung des Problems ‚Arbeiterjugend und

Technik' durch die westdeutsche bürgerliche Jugendsoziologie". Allgemein wird gegen die „westlichen“ Jugendsoziologen der — wohl nicht unberechtigte — Vorwurf erhoben, die Technik „aus den konkreten Produktionsverhältnissen herauszulösen“ (133) und deren Wirkung auf die Jugendlichen isoliert zu betrachten. Ob sie dann — mit Schelsky — als Folge der industriellen Entwicklung mehr ‚soziale Chancen‘ für den Einzelnen und ineins damit das Verschwinden der proletarischen Ideologie sehen, oder — wie W. Jaide, ein Kritiker Schelskys — im Begriff der durch die industrielle Arbeit ‚nivelierten Mittelstandsgesellschaft‘ keine soziale Geltung mehr finden, — ihre Voraussetzungen seien gleichermaßen verfälschend. In einem anderen Aufsatz findet sich der gleiche Vorwurf gegen die Theorien westlicher Autoren über die Entfremdung der Arbeit durch die Automatisierung: „ . . . nicht ihr (der Arbeit) ‚technischer Vollzug‘ als solcher ist die Bedingung ihrer Verwandlung aus einer schöpferischen in eine ‚sinnentleerte‘ Tätigkeit des Menschen“ (45 f.). „Der Fabrikarbeiter bedient sich der Maschine nicht, wie der Handwerker oder Manufakturarbeiter sich des Werkzeugs bedient, sondern er dient der Maschine, die sich den Arbeiter als lebendiges Anhängsel einverleibt.“ (46 f.). Es gelte demgegenüber, den Arbeiter zum „Herrn“ und „Beherrscher“ der Maschine zu machen.

Im II. Teil versucht K. Braunreuther eine kritische Geschichte der bürgerlichen Soziologie — in erster Linie der Wirtschaftssoziologie. Die Geschichte der Soziologie orientiere sich an der Geschichte der Arbeiterbewegung „als der bestimmenden Offensivkraft der modernen Geschichte“ (12). Für die einzelnen Epochen behandelt und kritisiert Braunreuther stellvertretend Tönnies, Simmel, Max Weber und, für die postfaschistische Zeit, Fürstenberg, wobei er freilich in der Durchführung die Zuordnung zu einer Epoche überall durchbrechen muß. Die Geschichte der Soziologie sei die Geschichte ihres zunehmenden Verfalls, wobei Verfall zu begreifen sei als „widersprüchlicher Prozeß der Abnahme der relativen Wahrheit im Bereich bürgerlich-ökonomischen Denkens“ (8). — Eine ausführlichere Besprechung soll in dieser Zeitschrift demnächst nachgeholt werden im Rahmen einer Darstellung der Rezeption und Kritik bürgerlicher Soziologie durch die DDR-Wissenschaft. Frigga Haug (Berlin)

Petersen, Peter und Else: Die Pädagogische Tatsachenforschung. Schönings Sammlungen pädagogischer Schriften. Quellen zur Geschichte der Pädagogik, hrsg. v. Theodor Rutt. Ferdinand Schönings Verlag, Paderborn 1965 (672 S., kart., 30,— DM).

Dreizehn Jahre nach dem Tode Peter Petersens liegt zum erstenmal eine vollständige Veröffentlichung der Arbeiten Peter und Else Petersens vor, die seit den zwanziger Jahren in Jena einen eigenen Forschungsbereich der Erziehungswissenschaft begründeten: die Pädagogische Tatsachenforschung. Band I „Von der Lehrprobe zur Päd-

agogischen Tatsachenforschung“ (Peter Petersen) enthält die Vorgesichte und einen ausführlichen Überblick über die geschichtlichen Wurzeln und den methodischen Ansatz der Pädagogischen Tatsachenforschung. Band II „Die Methoden der Pädagogischen Tatsachenforschung“ orientiert über die zwischen 1932 bis 1950 angewandten Methoden, deren Ausbau Else Petersen zu verdanken ist, über Forschungsergebnisse und Aufnahme und Weiterentwicklung dieses Forschungszweiges im Schülerkreis Petersens. Band III „Analyse von Frontunterrichtsaufnahmen und Synthese ihrer pädagogischen Bestandteile“ (Else Petersen) enthält Praxisberichte der Untersuchung des Klassenunterrichts, auf den sich Petersen nach Schließung der Jenaer Universitätsschule mit ihrer Möglichkeit des Kursunterrichts beschränken mußte. Besonders aufschlußreich ist hier der angestellte Vergleich der Aufnahmen des Frontunterrichts mit denen des freien Kursunterrichts. Dem Textteil folgen Ausführungen des Herausgebers zu „Leben und Werk“ Peter und Else Petersens, eine ausführliche Bibliographie, die auch internationale Schriften zur Pädagogischen Tatsachenforschung umfaßt, Zeittafel, Namen- und Sachverzeichnis.

Die Forschungen Peter und Else Petersens waren ein Versuch, der sich in den zwanziger Jahren als „eigenständige“ Wissenschaft etablierenden Pädagogik wissenschaftliche Grundlegung zu geben. Es geht hier um systematische und methodisch gesicherte Beobachtung der „pädagogischen Wirklichkeit“, die für Petersen, im Gegensatz zu früheren Versuchen, den Unterrichtsgang zu systematisieren, alle Formen des Lehrer- und Schülerverhaltens und die sie mitbedingende Situation einschließt.

Petersens Verdienst ist, diese pädagogische Wirklichkeit als Teil der gesamtgesellschaftlichen Struktur gesehen zu haben. Allerdings verliert dieser Ansatz viel von seiner möglichen Wirksamkeit durch Petersens normative Vorstellungen, so wenn er z. B. meint, von der wissenschaftlichen Erforschung der Praxis aus das Ziel der Erziehung gewinnen zu können. Darüber hinaus bietet jedoch das Werk Petersens eine Reihe von Untersuchungsbeispielen und -ansätzen, die bis heute, wenn in Deutschland überhaupt, eher von Psychologie und Soziologie aufgegriffen werden denn von der Erziehungswissenschaft. Das gilt besonders für Fragen des typischen Lehrerverhaltens, der Steuerung des Unterrichts und der Führungsstile. Sieht man daher von einigen heute überholten theoretischen Grundlegungen der Tatsachenforschung ab, so erscheint die Arbeit Peter und Else Petersens als durchaus moderner Auftakt zur Verwissenschaftlichung der Pädagogik.

Helga Thomas (Berlin)

Linz, Gertraud: Literarische Prominenz in der Bundesrepublik. Walter Texte und Dokumente zur Soziologie, hrsgg. v. Heinrich Popitz. Walter Verlag, Olten und Freiburg i. Br. 1965 (243 S., kart., 12,— DM).

Die Absicht dieser um viel Unwesentliches erweiterten Fassung einer Dissertation ist es, für den Stand des Jahres 1960 „prominente Schriftsteller der Bundesrepublik, die etwa im vergleichbaren Ansehen wie die Mitglieder der Preußischen Akademie von 1930 stehen“ (16), auf ihr soziales und politisches Profil wie auf ihre Ausbildung und Berufe hin zu untersuchen. Die Autorin hat zu diesem Zweck lediglich schon veröffentlichte Äußerungen benutzt. Mündliche Befragung war nicht möglich. Infolge dieser Beschränkung konnte z. B. die soziale Herkunft von einem Drittel der insgesamt 199 „Prominenten“ nicht ausgemacht werden. Da sich zuweilen schwer bestimmen läßt, ob ein Schriftsteller den Prominenten zuzuzählen ist — die Kriterien für Prominenz sind „Ansehen und Einfluß“ (119) — Mitgliedschaft in literarischen Organisationen dagegen anhand der Mitgliederlisten sehr genau festzustellen ist, hat sich die junge Wissenschaftlerin entschlossen, nur organisierten Schriftstellern, sofern sie mehr als zwei Bücher veröffentlicht haben, literarische Prominenz zuzusprechen — obschon sie andererseits betont, die Neigung, sich nicht zu organisieren, sei eine besonders ausgeprägte Eigenart des deutschen Dichters (111). Geht sie etwa von dem Grundsatz aus: Was sich durch meine Wissenschaft nicht erfassen läßt, das existiert auch nicht?

Mit einer vagen Rechtfertigung ihrer Definition sowie mit einer ebenso vagen Beschreibung der in Frage kommenden kooptierenden Vereinigungen, Gruppen und Verbände (Akademien, PEN-Club, Gruppe 47) füllt sie mehr als die Hälfte des Buches. Die restlichen Seiten enthalten die Ergebnisse der Untersuchung (mit Tabellen). Lassen wir die genannten methodischen Mängel einmal unbeachtet, so darf man hiernach — ein wenig überspitzt — sagen: Der Idealtypus des westdeutschen Schriftstellers ist der aus gutem Hause stammende Universitätsprofessor. Denn das Hauptergebnis der Untersuchung besagt: Die prominenten Schriftsteller der Bundesrepublik sind nicht, wie es Mannheim wollte, als eine „sozial freischwebende Intelligenz“ (119) aufzufassen, sondern sie stammen zu einem so hohen Prozentsatz (73 %) wie außer ihnen nur noch die Generäle aus der „Oberschicht“ und gehören ihr durch ihre Nebenberufe, unter denen vor allem der des Professors angestrebt wird, meist auch weiter an. An Arbeiterkindern konnten dagegen nur drei ausgemacht werden. Die Autorin sieht in diesem Phänomen — wohl nicht ganz zu Unrecht — ein „demonstratives Beispiel für die unausgeglichene Verteilung von Bildungschancen“ (145) und sie gibt zu bedenken, ob eine Gesellschaft bei einer solchen Repräsentanz in ihrer ganzen Breite literarisch überhaupt sichtbar werden könne (206).

Ferner ergibt sich, daß die Ehre „zersetzend“ zu sein, den untersuchten Intellektuellen nicht zukommt. Sie sind vielmehr in ihrer Mehrzahl „systemnahe, erhaltende Elemente“ (199), womit gesagt sein soll, daß sie nicht viel dabei finden, sich dem jeweilig bestehenden politischen System möglichst anzupassen. Fast 60 % haben am nationalsozialistischen Literaturbetrieb direkt oder indirekt teilgenommen, nicht einmal 20 % haben sich ihm entzogen (198). Die „in-

nerer Emigration“, das risikolose Nichtmitmachen, ist die weitaus am meisten geschätzte Form des Widerstandes gewesen. Wenn im Ausland, angesichts der Aktivität einer kleinen Gruppe von Exilschriftstellern, der Eindruck entstand, die deutschen Intellektuellen kämpften gegen Hitler an, so entspricht das nicht der Wirklichkeit (198). Weitere Ergebnisse: Die prominenten Literaten zeigen wenig militärischen Eifer, sie ziehen gern von ihrem Geburtsort weg und bevorzugen dabei den deutschen Süden. München ist zum literarischen Zentrum der Bundesrepublik geworden, dagegen wohnen in Westberlin nicht mehr Schriftsteller als in Darmstadt.

Seit 1960 habe sich, behauptet die Autorin, die Lage geändert. Während in die Akademien bisher nur die älteren und daher gesetzteren Jahrgänge gewählt wurden, nehme man jetzt auch Jüngere auf. Diese seien gesellschaftskritisch eingestellt. Die für Nonkonformisten günstige Lage hänge aber nur mit der Entspannung im Kalten Krieg zusammen und brauche daher nicht anzudauern (203). — Wenn nun aber die Entspannung andauert? Werden dann entgegen der These am Schluß der Arbeit, wonach die westdeutschen Schriftsteller lediglich auf dem Umweg über ihren Nebenberuf Macht ausüben, die Werke der gesellschaftskritischen Literatur selbst zu einer Macht werden können? Eine exakte und umfassende Analyse der jüngeren literarischen Prominenz, der organisierten wie der nichtorganisierten, wäre besonders auch in dieser Hinsicht sehr wünschenswert.

Friedrich Tomberg (Karlsruhe)

v. Ssachno, Helen: *Der Aufstand der Person. Sowjetliteratur seit Stalins Tod.* Argon Verlag, Berlin (West) 1965 (396 S., Ln., 21,80 DM).

Helen von Ssachnos Buch ist nicht mit der penetranten Voreingenommenheit geschrieben, die sein dummer Titel vermuten läßt. Obwohl die Autorin sich die Aufgabe gestellt hat, die „Zusammenhänge der Literatur mit der Kulturpolitik und Geistesgeschichte sowie der gesellschaftlichen Situation zu ermitteln“, hat sie weniger ideologische als „menschliche“ Ambitionen. — Material zum Thema, das den Leser mit den verschiedenen Standpunkten sowjetischer Kritiker zu Fragen von Literatur und Kunst bekannt macht, hat Helen von Ssachno mit großem Fleiß gesammelt. Das Buch beginnt mit einem allgemeinen Kapitel über die Entwicklung der sowjetischen Literatur bis zu Stalins Tod, in dem die jeweils aktuellen kulturpolitischen Aspekte besonders hervorgehoben werden. Nähere Aufmerksamkeit widmet die Autorin den Diskussionen um die sogenannten „literarischen Mitläufer“, bürgerliche Schriftsteller, die an die Seite des Proletariats traten, aber aus diesem demonstrativen Schritt keine Konsequenzen für ihr schriftstellerisches Schaffen ziehen konnten. Die Esoterik ihrer Werke veranlaßte die proletarischen Schriftstellervereinigungen zu scharfer Kritik an den Mitläufern. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei allerdings veranlaßte daraufhin eine

Erklärung, die bis 1932 die freie Entfaltung der sowjetischen Literatur ermöglichte. Dieses Dekret erklärte die Schriftsteller zu Spezialisten des künstlerischen Wortes: „Alles deutet darauf hin, daß der Stil, der der Epoche entspricht, geschaffen werden wird, aber er wird mit anderen Methoden geschaffen werden, und die Lösung dieser Frage ist noch nicht reif. Alle Versuche, die Partei in dieser Richtung in der gegenwärtigen Phase der kulturellen Entwicklung festzulegen, müssen daher zurückgewiesen werden.“

Weitere Abschnitte des Buches handeln vom literarischen Werdegang Ehrenburgs, Paustowskijs, Fadejews und Vera Panowas. Der Leser wird mit wichtigen, in Deutschland teilweise ungedruckten Dokumenten konfrontiert, u. a. mit Paustowskijs bedeutender Stellungnahme zu Dudinzew und mit Auszügen aus den erschütternden Briefen Fadejews, der sich nach dem 20. Parteitag das Leben nahm, weil man auch ihn, den repräsentativsten Schriftsteller unter Stalin, hart kritisiert hatte. — Enthält das Buch auch einige informative Passagen, literarhistorisch ist es belanglos. Die kritische Wertung von Dichtung entspricht dem feuilletonistischen Geschwätz in den Literaturbeilagen unserer Zeitungen: Fadejews Roman „Die Neunzehn“ zum Beispiel hält Frau von Ssachno für ein „schönes, hartes, männliches Buch“, an Paustowskijs Memoiren würdigt sie den „unerschütterlichen Glauben an das Gute, der die Schwermut dieser Lebensbeichte mit dem Silberstreif der Hoffnung umgibt“, sie hält es auch für sinnvoll, daß die „Begriffe von Freiheit und Menschenwürde . . . als methaphysische Werte Eingang in die Literatur“ finden. Die Verfasserin gibt schließlich zu verstehen, daß sie gesellschaftskritische Literatur mehr als „sozialkritische Nörgelei“ auffaßt, weil Literatur die Dimension einer neuen „Seinserfahrung“ erfordere, um „Dichtung“ genannt werden zu können.

Klaus Völker (Berlin)

III. Psychologie

Simon, Brian (Hrsg.): Psychology in the Soviet Union.
Routledge and Kegan Paul Ltd., London 1957 (305 S., Ln., 40 sh.).

Simon, Brian and Joan (Hrsg.): Educational Psychology in the U S S R. Routledge and Kegan Paul Ltd., London 1963 (283 S., Ln., 40 sh.).

In Deutschland ist wenig über sowjetische Psychologie bekannt. Auch für England füllen die vorliegenden Bücher der beiden Herausgeber eine nicht zufällige, historisch bedingte Lücke — hier steht dies noch aus. Sie sind entstanden in persönlichen Kontakten und Zusammenarbeit mit den führenden sowjetischen Psychologen und Institutionen. Beide sind zusammengestellt aus Artikeln, Referaten und

Buchauszügen, die den derzeitigen Stand der Forschung wiedergeben. Die Herausgeber haben ihren Büchern jeweils eine ausführliche Einleitung vorangestellt, die versucht, den Leser mit den für das Verständnis der Arbeiten notwendigen Informationen über Entwicklung und Diskussionsstand der sowjetischen Psychologie zu versehen.

Sie machen die von der westlichen Psychologie disparate Geschichte einer Psychologie in einem Land mit einer nichtkapitalistischen Produktionsweise deutlich, deren gesellschaftliche Aufgaben und Intentionen ihre Struktur nachhaltig beeinflusst haben. Sie sollte nach der Oktoberrevolution die damals notwendige Akkumulation über eine entsprechende Erziehungspraxis der sowjetischen Jugend mittragen. Die theoretische Psychologie bekam Hilfsfunktion für diese recht unreflektierte Praxis — ja sie sollte zuweilen ganz in der Erziehungspsychologie aufgehen. Zugleich wurde eine andere Tradition zum Schweigen gebracht. Seit 1909 wurden in Rußland umfangreiche Sexualenqueten und -umfragen durchgeführt, die wohl die ersten über dieses Thema überhaupt waren (Tschlenoff Enquête über die russ. Studentenschaft; Schbankow Studie über russ. Studentinnen in Moskau und Kasan). Zugleich interessierten sich die Vertreter der Psychoanalyse für die russischen Verhältnisse. Diese mehr privaten Arbeiten und Kontakte genossen zunächst amtliche Unterstützung aus öffentlichen Mitteln (Helman Studie über russ. Studenten; Charkower Studie über einen Bevölkerungsquerschnitt — Vera Schmidts Kinderheim). Im Verlauf der politischen Umwälzungen nach Lenins Tod und Stalins Machtübernahme wurden diese Ansätze allerdings zunächst inoffiziell behindert und schließlich öffentlich gebrandmarkt. Die Ablehnung der Psychoanalyse gilt bis heute und findet sich regelmäßig in Kritiken sowjetischer Autoren an der bürgerlichen Psychologie (z. B. Hiebsch/Vorweg: Sozialpsychologie im Sozialismus, Berlin 1965 S. 34 ff.). Empirische Sozialforschung wird erst jetzt wieder, zusammen mit der Einführung der Soziologie als für die höheren, „ideologischen“ Denkprozesse verantwortlich, aufgenommen. Offensichtlich bestand ein objektiver Widerspruch zwischen dieser Entwicklungsphase der sich erst konstituierenden sowjetischen Gesellschaft und der an den Maßstäben der bürgerlichen Gesellschaft entwickelten Soziologie und Psychoanalyse.

Mit dem Fortschritt der Akkumulation und den Wandlungen der sowjetischen Gesellschaft wurde 1936 eine Revision der bisherigen Praxis notwendig — Abkehr von der Psychometrie und die Betonung des prozessualen Charakters mentaler Entwicklung war das Ergebnis. Das „Lehrexperiment“, die schulpraktische Tätigkeit bestimmte nun die Arbeit der psychologischen Forschung. 1950 schließlich war es der Sowjetunion möglich, die unmittelbare Reproduktion von für den Aufbau geeigneten Gesellschaftsmitgliedern zu ersetzen durch die Bemühung, dem Individuum innerhalb der Gesellschaft gerecht zu werden. Sie bewirkte in der Psychologie eine Rückbesinnung auf den dialektischen Materialismus und stößt dabei auf Pawlow. Seine Arbeiten über bedingte Reflexe lassen ihn im Bereich der westlichen Psychologie nach wie vor als einen der Begründer des Behaviorismus

gelten — seine weiteren Ergebnisse, die nicht behavioristische Grundlagenforschung, sondern einen spezifisch humanpsychologischen Ansatz ergaben, sind nicht über die Sowjetunion hinaus bekanntgeworden. Dieser Ansatz erklärt die seit 1950 enge Orientierung der sowjetischen Psychologie an Pawlow und widersetzt sich weitgehend der Verwendung durch pragmatische wie idealistische Psychologie. Wo diese über Tierversuche eine möglichst vollständige Bestandsaufnahme der bedingten Reize und ihrer intervenierenden Variablen zu erreichen versuchen, geht jener nur von den Reflexketten aus zu den höheren physiologischen Funktionen des neuralen Systems, zum Gehirn, das Sprache und Bewußtsein ermöglicht.

Ihm stellen sich die bedingten Reize als ontogenetisch entstandene Vermittlungsfunktionen zwischen Individuum und Umwelt dar, deren Auftreten ein über die filternden Sinnesorgane sich abspielender Kampf um Verstärkung (reinforcement) vorangeht. Die Hemmung (inhibition) weniger geeigneter Reize steht kontradiktorisch dazu — beide aber induzieren einander. Diese Verstärkung wirkt sich im Gehirn je nach ihrer Beschaffenheit entweder irradierend (Generalisation) oder differenzierend (Diskrimination) aus. Über sich verbindende Reizketten schließlich entsteht die Funktion des Denkens, die über die Automatisierung von Verhaltensweisen dynamische Stereotype zu entwickeln vermag.

Die Sprache liefert nun einen wesentlichen Anteil der an das Individuum herantretenden Reize — sie wirkt als sekundäres Signalsystem der historisch gewordenen menschlichen Produkte materieller wie ideeller Art. Sie ermöglicht Distanz („removal“) von der Umwelt und ändert damit das primäre Signalsystem der unmittelbaren Umweltreize. Der Mensch erhält so über Sprache und bewußte Tätigkeit des Gehirns die Fähigkeit der außerordentlich elastischen Selbstregulation.

Die Entwicklung dahin schildert Leontiew in einer für den Pawlow'schen Ansatz typischen Arbeit (s. Ed. Ps. S. 68—82). Diese steht zugleich dafür, daß auch heute in der Sowjetunion die Erziehungs-Psychologie das Hauptanwendungsgebiet der Psychologie ist.

Der Verfasser sieht ihre Aufgabe darin, die geistige Entwicklung des Kindes als Prozeß der Aneignung der menschlichen Erfahrung zu erforschen. Er erfolgt durch vererbte Mechanismen und Mechanismen individueller Erfahrung. Sprachliche Kommunikation als Vermittlung zu der von Menschen geschaffenen Umwelt bestimmt ihn als aktiven Prozeß. Er bemächtigt sich der Dinge, des Wissens, der Begriffe usw. zunächst über eine äußere organisierende Tätigkeit, die dann später in innere geistige Handlungen sich umformen. Die Heilung zurückgebliebener Kinder hätte demnach jeweils auf die vorhergehende Stufe, meist die der äußeren Handlungen, zurückzugehen und von dort die nächste, geistige aufzubauen.

Beide Bücher bringen einen repräsentativen Einblick in die von 1950 bis heute sich erstreckende Periode der sowjetischen Psychologie, deren Ergebnisse zu verstehen ohne die Auseinandersetzung mit Pawlow nicht möglich ist. Die aus diesen Jahren bis 1961 stammen-

den Beiträge sind gegliedert nach dem jeweiligen Erkenntnisinteresse — sie beginnen bei Allgemeiner Psychologie und reichen über Lernpsychologie bis zu den angewandten Psychologien. Sie hängen theoretisch eng miteinander zusammen und haben eine eindeutige Ausrichtung auf praktische Fragestellungen.

Rainer Langhans (Berlin)

Mitscherlich, Alexander: Krankheit als Konflikt. Studien zur psychosomatischen Medizin I. edition suhrkamp, Bd. 164, Frankfurt am Main 1966 (168 S., kart., 3,— DM).

Der Band enthält eine Sammlung von Aufsätzen, die in den Jahren 1951—1962 in verschiedenen Zeitschriften veröffentlicht und für das vorliegende Buch vom Autor umgearbeitet wurden. In Form von Plädoyers wird gegen die „konventionelle Medizin“ gestritten, um ein psychoanalytisches Verständnis von „Krankheit“ gerungen. In diesem Kontext wird in Antithese zur herrschenden Vorstellung ein neuer Begriff von Freiheit gesetzt. (In: Über etablierte Unfreiheiten im Denken der unbewußten Freiheit.) Freiheit sei nicht nur in rationalen Handlungen, sondern auch überall dort, „wo Motivationen in physische Prozesse übergehen“. (101) Freiheit im Bewußten und im Unbewußten wirke in dialektischem Prozeß, so daß jeweils die Vergrößerung der einen die andere einschränke; mit der Erweiterung der Freiheit im Unbewußten, der „Spielraum erlebbarer Freiheit“ (124) geschmälert werde. Damit werden „Verantwortung“ und „Moral“ auch angewandt auf unbewußtes Handeln wie „vegetative Regulationsänderungen“. (112)

Im Anhang ist unter dem Titel: Lustprinzip, Realitätsprinzip und Phantasie ein Aufsatz abgedruckt, der vielfach in Anlehnung an Max Scheler — und Freud verlassend — eine neue Anthropologie versucht. Neben „Lust- und Realitätsprinzip“ wird die „Phantasie“ als für den Menschen notwendiges, eigenes Prinzip gesehen, welches nicht deduzierbar, ursprünglich als „aktivierende Phantasie“ (154) (Gestaltenkönnen, neue Realität schaffen, [159]), vorhanden ist. Die Geschichte des Menschen läßt sich ablesen an dem, was mit seiner Phantasie unter dem Druck des Realitätsprinzips geschieht. Aus diesem Ansatz ergibt sich für Mitscherlich eine Kulturkritik: die von der „Maschinenteknik beherrschte Epoche“ wird als „eine zweite Stufe der Fremdeit“ bezeichnet. (163) „Im Zuge der Entmächtigung des schöpferischen Phantasierens im Raum der technisierten Großgesellschaften unserer Zeit entwickeln sich deshalb Totträume, in denen sowohl intellektuelle Rationalität wie Triebhaftigkeit versandet. Da aber auch dort Leben sich vollzieht, bedeutet dies, daß regressive und unentwickelte Tendenzen sich treffen, daß sich Angst und Aggressivität entmischen und neue, nun ‚primitive‘ Dämonisierungen die begonnene rationale Durchdringung von Riesenräumen und die rationalen Lebensplanungen der Menschenmassen gegenläufig durchkreuzen.“ (162)

Frigga Haug (Berlin)

IV. Soziale Bewegung und Politik

Schieder, Wolfgang: Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Juli-revolution von 1830. (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, hrsgg. von Werner Conze, Bd. 4), Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1963 (360 S., Ln., 39,50 DM).

In den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts gründeten wandernde Handwerksgesellen und Emigranten aus Deutschland politische Vereinigungen (Geheimbünde) fast gleichzeitig in Paris, der Schweiz und London. Ihre Aktionen und Ideen unterschieden sich grundsätzlich von denen anderer politischer Bewegungen: sie waren der Ausdruck z. T. chiliastischer Wunschvorstellungen nach revolutionärer Erneuerung der noch nicht entwickelten kapitalistischen Gesellschaft. In diesen Vereinen formierte sich die erste deutsche Arbeiterbewegung. „Sie war ein Anfang, eine neuartige Erscheinung und als solche ein Symptom für ein sich veränderndes Gesellschaftsgefüge“ (125). Gestützt auf umfangreiches, z. T. neues Quellenmaterial gibt Schieder zum ersten Mal eine zusammenfassende Darstellung dieses „Anfangs“. In drei Teilen behandelt er Chronik, Fragen der organisatorischen Struktur und die ideengeschichtliche Problematik, die im Zentrum der Untersuchung steht. Schieders These vom religiösen Ursprung der frühen deutschen Arbeiterbewegung wird vor allem anhand einer eindrucksvoll dichten Interpretation der Schriften ihres führenden Kopfes, Wilhelm Weitling, belegt. Darüber hinaus hielt es der Autor für angebracht, dem Leser eine durch nichts begründete „Kontinuität des Ursprungs“ zu suggerieren: „auch der ... Sozialismus der späteren Zeit ... läßt sich im Kern auf ein quasi-religiöses Glücks- und Erlösungsbedürfnis zurückführen“, nur trete „das Derivative des neueren Sozialismus ... meist nicht unmittelbar zutage“ (311). Schieder folgt der herrschenden Meinung, daß das Auseinander-treten von bürgerlichem und proletarischem Radikalismus im vergangenen Jahrhundert eine Art Betriebsunfall darstelle, der durchaus vermeidbar gewesen wäre (und in unseren Tagen vom Godesberger Programm der SPD anscheinend wieder repariert werden soll). Er bedauert das Nichtzustandekommen eines „Brückenschlags“ zwischen den „beiden großen sozialen und politischen Emanzipationsbewegungen des Bürgertums und der Arbeiterschaft“ (176) — ohne daran zu denken, daß klassenmäßig bestimmte Interessenlagen, die (wie im Vormärz) vorübergehend zusammenfallen können, nicht verabsolutiert werden dürfen. Statt dessen macht Schieder der sozialistischen Agitation Wilhelm Weitlings den absurden Vorwurf, jenen „Brückenschlag“ verhindert zu haben, indem er die frühe deutsche Arbeiterbewegung „erstmalig auf eine Klassenideologie festlegte“ (176). Zu dieser Betrachtungsweise gelangt man, wenn man es wie Schieder nicht für nötig hält, eine historisch-soziologische Analyse der Bedingungen für die Entstehung einer Arbeiterbewegung in der

„industriellen Welt“ vorzunehmen. Schieders Buch wird zwar von der Masse der mitgeteilten Fakten schier erdrückt; einigermäßen ratlos entnimmt der Verfasser ihnen eine „eigentümliche Konvergenz von religiösem Gefühl und materiellem Interesse“ (296); er ist aber nicht in der Lage, diese Konvergenz begrifflich zu entwickeln, d. h. in den Zusammenhang der Entfaltung des Kapitalismus zu stellen. Unter diesem Aspekt erscheint der Anspruch des Buches, einen Beitrag zu einer „modernen Sozialgeschichte“ zu leisten, fragwürdig.

Peter Brokmeier (Berlin)

Abendroth, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Antworten 9, Stimme-Verlag, Frankfurt am Main 1964 (144 S., Papb., 9,80 DM).

Der Untertitel dieser Arbeit: „Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse“ liefert das soziologische Stichwort für Abendroths kritische Untersuchung. Sie will herausfinden, warum die SPD „in allen großen Krisen der deutschen Geschichte bloßes Objekt, nicht gestaltendes Subjekt der Ereignisse wurde und dadurch ihre führende Rolle verlor“ (7). Diese einmal in Theorie und Praxis revolutionäre Partei, wobei Abendroth mit Recht den in die Zeit vor 1906 hineininterpretierten Widerspruch zwischen gewerkschaftlichem Reformkampf und revolutionärem Endziel zurückweist, gewann in dem Maße, in welchem sie sich von den in ihr organisierten Massen entfremdete, eine neue Rolle: die einer „Integrationspartei“. „Integriert“ und (für den Klassenkampf) diszipliniert hatte sie in ihren Organisationen eh und je die Arbeiterschaft, sie hatte sie aber nach der Zurückdrängung des Lassalle'schen Einflusses nicht an den „Staat“ heranführen wollen. Träger der Integration in den Betrieb der bürgerlichen Interessendemokratie, die niemals das entscheidende Interesse der kapitalistischen Gesellschaft verletzte, wurde die Bürokratie und die mit der Aufnahme parlamentarischer Arbeit und Vergrößerung der Organisation entstehende Generation der Berufspolitiker. Diese „realsoziologischen“ Probleme, wie Abendroth sagt, sind bei ihm allerdings nicht immer historisch analysiert. Es genügt nicht, den Rückzug der Gewerkschaften etwa in der Massenstreikdebatte allein aus ihrer zunehmenden Bürokratisierung zu erklären. Diese Bürokratisierung und ihre Voraussetzungen gerade im Reformkampf innerhalb einer sich seit der Ablösung der freien Konkurrenz „oligarchisierenden“ Gesellschaft, um den Begriff von Michels zu verwenden, hätten selber zum Problem werden müssen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß durch den Reformkampf auf dem Umweg über eine daraus sich notwendig ergebende Bürokratisierung eben doch ein Widerspruch zum revolutionären Endziel auftritt. Allerdings hebt Abendroth die Wendepunkte der Parteigeschichte hervor, an denen sich die zu theoretischen

scher Analyse der bestehenden Machtverhältnisse und deren revolutionärer Bekämpfung unfähige Führungsgruppen von Partei und Gewerkschaften jeder Möglichkeit beraubten, den lange Zeit noch halbherzig aufrechterhaltenen Anspruch, eine marxistische Partei zu sein, zu verwirklichen. Es waren stets die historischen Situationen, in denen die Führungsgruppen sich vor Massenaktionen fürchteten, weil „die Identifikation aller bürokratischen Apparate mit der unbedingten Wahrung der Legalität mittels der passiven Einordnung in das politische Geschehen“ (49) zum theoretischen wie praktischen Hemmnis jeder revolutionären Politik wurde, auch dann, wenn die herrschenden Klassen bereits die von ihnen propagierte Legalität als für ihre Zwecke ungeeignet über Bord warfen. Damit ist gesagt: die Notwendigkeit der Bürokratisierung rechtfertigt noch nicht die Umfunktionalisierung der Bürokraten. Wenn sich deren Leitungstätigkeit als funktional erweist, eben auf das Ziel der Revolution hin, wäre wenig gegen „Bürokratisierung“ einzuwenden. Als in diesem Sinne funktional kann sich die Bürokratie aber erst im proletarischen Klassenkampf erweisen, da die innerparteiliche Kontrolle nicht allein eine Frage der innerparteilichen Demokratie und Diskussion ist. Abendroth weist die bis zur Gegenwart reichende Parallele von Verfall der innerparteilichen Demokratie und Diskussion und bürokratisierter Politik innerhalb der parlamentarischen Demokratie auf. Seine als „Nachwort zu den zahlreichen Publikationen, die das hundertjährige Jubiläum der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch Ferdinand Lassalle gefeiert haben“ (7), geschriebene Arbeit, macht eines besonders deutlich: die SPD, sofern sie sich auf ihre Geschichte beruft, kann ihren historisch gewordenen Sieg nicht begreifen, wenn sie verschweigt, daß diese bis zu ihrer größten Niederlage vor dem Faschismus auf der marxistischen Tradition und ihrer revolutionären Kraft beruhten — auch noch die Reichstagsrede von Otto Wels; sie kann sich auch nicht mit Recht auf ihre demokratische Tradition berufen, ohne ihre revolutionäre zu bewahren, weil diese in der Revolution von 1918/19 — trotz aller Fehlschläge — jene erst begründete; und sie kann nicht auf ihre Rolle beim Wiederaufbau der Bundesrepublik stolz sein, wenn sie nicht in Erinnerung halten will, daß es der gemeinsame Kampf der Arbeiter aller Parteien gegen den Faschismus war, der dieser Partei nach 1945 erst ihr moralisch-politisches Gewicht gab. In der Berufung auf die „Tradition“ verfährt die heutige Parteiführung jedoch wie die bürgerliche Klasse, deren Geschäfte sie mitverwaltet. Sie streicht aus ihrer Geschichte alles, was über den erreichten Stand der Integration in die bestehenden Machtverhältnisse hinausweist.

Abendroth hat in seiner kleinen Schrift mehr geleistet für die wissenschaftliche Analyse nicht nur der Parteigeschichte der SPD als die meisten materialreichen politologischen Arbeiten. Er hat gezeigt, „daß politikwissenschaftliche Arbeit nicht nur abstrakter Erkenntnis (dient), sondern auch der Praxis“ (9), gezeigt gerade durch den Nachweis, wie der theoretische Verfall in der SPD ihr praktisches Versagen mitbegründete.

Bernhard Blanke (Berlin)

Abendroth, Wolfgang: Sozialgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung. edition suhrkamp, Bd. 106. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1965 (191 S., brosch., 3,— DM).

Es ist für jeden deutschen Sozialisten eine betrübliche Tatsache, daß die überaus ereignisreiche Vergangenheit der deutschen Arbeiterbewegung bisher noch nicht theoretisch fruchtbar gemacht werden konnte. Die einzige zusammenhängende Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (bis zur faschistischen Machtergreifung) wurde in den Jahren des zweiten Weltkrieges durch die deutsche Sozialistin Evelyn Anderson in England geschrieben und 1945 (!) herausgebracht („Hammer or Anvil, The Story of the German Working Class Movement“, London, deutsche Übersetzung 1948, Nürnberg). Diese unter sehr großen technischen Schwierigkeiten entstandene Arbeit, fehlten ihr doch viele Protokolle von Partei- und Gewerkschaftskongressen, fand leider keine Nachfolge.

Unter diesen Umständen ist es erfreulich, ein Buch in die Hand zu bekommen, das der „Besinnung auf den geschichtlichen Gesamtprozeß der Entfaltung der Arbeiterbewegung“ (8) dienen soll, so nicht nur der deutschen, sondern der europäischen Arbeiterbewegung „eingedenken“ will, um zu helfen, auf die Frage nach der Stagnation der heutigen Arbeiterbewegung in den hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten, besonders in der Bundesrepublik, eine Antwort zu finden. Einschränkend wird jedoch hinzugefügt, daß die Schrift nicht scheinen will, „was ein kurzer Grundriß nicht sein kann: nämlich die historische Gesamtdarstellung dieser Entwicklung, die trotz vieler gründlicher Vorarbeiten, vor allem Julius Braunthals Geschichte der Internationale, immer noch fehlt“ (9).

Nun ist es in der Tat ein sehr gewagtes Unternehmen, auf ca. 180 Seiten die 150jährige Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung darstellen zu wollen, sei es auch nur in der Form eines Grundrisses. Es versteht sich, daß ein Buch, welches ein derart umfangreiches Gebiet behandelt, in methodischer wie in empirischer Hinsicht an vielen Stellen zum Widerspruch herausfordert. Dieser Widerspruch muß hier auf prinzipielle Bemerkungen beschränkt werden:

Eine „Besinnung auf den geschichtlichen Gesamtprozeß der Entfaltung der Arbeiterbewegung“ bedarf der „materialistischen Methode“, um „aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen“ (Marx) des Proletariats die Möglichkeiten und die Grenzen der europäischen Arbeiterbewegung zu bestimmen. Eine solche historisch-materialistische Untersuchung wäre von grundlegender Bedeutung insofern, als sie die widersprüchliche Entfaltung und Verbreitung des marxistischen Denkens in den Massen, Arbeitervereinen und Parteien im Zusammenhang mit den jeweiligen Produktionsverhältnissen darstellen müßte. Sie hätte die historische Rolle und Funktion des Proletariats in der Gesamtgesellschaft aus der Entwicklung des Produktionsprozesses selbst zu begreifen; sie könnte schließlich zeigen, worum sich das Proletariat „—ideologisch — niemals völlig vom Boden des Ka-

pitalismus loszureißen vermochte“, was G. Lukacs 1920 „die größte Tragik der Arbeiterbewegung“ nannte, warum die Verinnerlichung der falschen Normen der repressiven kapitalistischen Gesellschaft durch das Proletariat, die in der Vergangenheit durch gewaltige Wirtschaftskrisen periodisch durchbrochen wurde, in der Gegenwart, in der diese Krisen aus vielerlei Gründen ausbleiben, die scheinbar völlige Derevolutionierung der Arbeiterklasse haben manifest werden lassen.

Abendroth beschränkt sich weitgehend auf Deskription und Zusammentragung von Fakten, kann darum auf die im Vorwort aufgeworfene Frage nach den Gründen der gegenwärtigen Stagnation der Arbeiterbewegung in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern keine Antwort finden, um so mehr, als er die möglicherweise revolutionären Folgen der Automation unberücksichtigt läßt. Diese ange deuteten prinzipiellen Einwände können und wollen in keiner Weise die Bedeutung dieses Grundrisses wesentlich einschränken. Es wäre nur zu wünschen, daß recht bald eine zweite überarbeitete Auflage mit einem Zusatzartikel über das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Automation erscheint; auch Literaturhinweise zu den einzelnen Abschnitten würden der Intention des Autors, eine lesbare Analyse zu liefern, nicht zuwiderlaufen.

Rudi Dutschke (Berlin)

Weber, Hermann: Ulbricht fälscht Geschichte. Ein Kommentar mit Dokumenten zum „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“. Neuer deutscher Verlag, Köln 1964 (179 S., kart., 9,30 DM).

Die Arbeit Hermann Webers, der bislang vor allem mit einer umfangreichen Dokumentation über den deutschen Kommunismus hervorgetreten ist und dessen Buch über die Stalinisierungsperiode der KPD seit 1924 vor dem Abschluß steht, bildet einen sachkundigen Kommentar zum SED-„Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ von 1962/63. Der polemische und, weil personalisierende, sachlich falsche Titel, der freilich in den im Anhang dokumentierten stillschweigenden Revisionen persönlicher Schriften Ulbrichts eine gewisse Stütze findet, führt in die Irre. Wenn Webers Arbeit auch in Stil und Anlage, eventuell auch in einigen speziellen Sachfragen, unter der polemischen Absicht etwas leidet, so ist sie doch in ihrem ganzen Ansatz ein sehr ernstzunehmender Entwurf. Nach einleitenden Bemerkungen über den Zweck und die inhaltliche Struktur der Parteigeschichtsschreibung in der DDR und über den ihr dienenden Wissenschaftsbetrieb gibt Weber im Hauptteil des Buches die Darstellung des „Grundrisses“, die von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis in die Gegenwart reicht, kritisch kommentierend wieder; Skizzen der Diskussion und Veränderung des „Grundrisses“ auf zwei ZK-Tagungen der SED 1962 und 1963 sowie der politischen Biographie Ulbrichts und einige Dokumente, von denen die schematische Darstellung des politischen Schicksals

von fünfzig führenden deutschen Kommunisten der Weimarer Republik wohl am wichtigsten ist, stehen am Schluß des Buches.

Im Hauptteil der Arbeit will Weber vor allem die These belegen, daß die Versuche des SED-„Grundrisses“, eine ungebrochene Entwicklung „der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Kommunismus bis zur heutigen SED ‚nachzuweisen‘, . . . Geschichtsklitterung“ sind (150); die Selbstinterpretation der SED (besonders seit 1955/56), Nachfolge und Vollendung der alten radikalen deutschen Linken zu sein, soll als Ideologie — als eine wegen der demokratischen Momente in der Theorie und Praxis dieser Linken notwendig brüchige Ideologie — enthüllt werden, die die „Herrschaft des Apparats“ der SED verdecken soll. Weber konfrontiert die Darstellung des „Grundrisses“, die sich selbst auf die extrem-linken Gruppen und Organisationen konzentriert, mit historischen Daten, die der Kontinuitätsthese im allgemeinen und den Details des SED-Geschichtsbilds im besonderen widersprechen; dank seiner hervorragenden Kenntnis der KPD-Geschichte und der genauen Präsentation der relevanten Belege gelingt ihm eine überzeugende Darstellung seiner eigenen Auffassung, daß die Historiographie der SED eine „zurückprojizierte Gegenwart“ artikuliere (11) und die wesentlichen Züge der Geschichte der Linken, insbesondere der KP Deutschlands nicht treffe. Allenfalls bei einigen Spezialproblemen, die bis zu einem gewissen Grade Interpretationsfragen sind, möchte man Zweifel anmelden: die Schlageter-Politik der KPD 1923 kann, so scheint es, nicht einfach als „Zusammenarbeit mit den Rechtsradikalen“, entstanden aus einer Abhängigkeit der Partei von der sowjetischen Führung, charakterisiert werden, unter anderem deshalb nicht, weil diese Abhängigkeit damals so groß nicht war (60 ff.); die Darstellung der Funktion der Einheitsfronttaktik der KPD (die übrigens in dieser Partei schon vor dem III. Kominternkongreß [1921] eine Rolle spielte) als einer „echten Kampfgemeinschaft mit den reformistischen Organisationen“ (75 ff.) erscheint etwas undifferenziert, da diese Taktik primär der Verwirklichung „revolutionärer“ Zielsetzungen dienen sollte.

Schriften dieses Inhalts werden leicht verdächtigt, irrational aufgebaute Frontstellungen gegen den Kommunismus zu verstärken und damit den eigenen Gegenstand, hier die Historie der Arbeiterbewegung, zu verfälschen. Der Vorwurf des blinden Antikommunismus kann indessen diese Arbeit, die durchweg die gegenwärtige organisatorische Gestalt der Arbeiterbewegung in der DDR mit dem demokratisch-sozialistischen Anspruch ihrer Vorläufer konfrontiert, keineswegs treffen. Daß das SED-Regime diesen Anspruch nicht erfüllt und zur Fälschung seiner Vorgeschichte greift, ist einstweilen ein Sachverhalt, der sich nicht wegdiskutieren läßt und der gerade Webers Nachweis der mannigfachen sonstigen Diskontinuitäten zwischen SED und der frühen KPD bzw. SPD verdienstvoll erscheinen läßt. Zu wünschen wäre allerdings, daß dieser Sachverhalt selbst auf seine historisch-gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen hin untersucht und damit die Personalisierung des Herrschaftssystems in der DDR vermieden würde.

K. H. Tjaden (Marburg)

Leonhard, Wolfgang: Nikita Sergejewitsch Chruschtschow. Aufstieg und Fall eines Sowjetführers. Verlag C. J. Bucher AG, Luzern und Frankfurt am Main 1965 (196 S., Pappbd., 19,80 DM).

Wolfgang Leonhards Chruschtschow-Biographie liegt in der Form eines Bildbandes im Großformat vor, dessen Textteil zugleich ein popularisierendes Sachbuch sein soll. Das Fotomaterial ist sorgfältig ausgewählt und geschickt arrangiert — die bekannten pittoresken und privaten Züge des Porträtierten erleichtern ein solches Unterfangen. Im sachlichen Ton seines Berichts unterscheidet sich Leonhard wohltuend von früheren westlichen Biographen, die Chruschtschow vor allem als Mittäter Stalins bloßstellen wollten; die ressentimentfreie Schilderung der Laufbahn Chruschtschows, zum Beispiel die Passagen über die Zeit des Krieges gegen Hitlerdeutschland, mögen zur Aufklärung derer beitragen, die noch ganz in der Vorstellungswelt des Kalten Krieges befangen sind.

Die zentralen Kapitel, die das Wirken Chruschtschows als Partei- und Staatsführer behandeln, genügen allerdings nicht dem Anspruch einer „politischen Biographie“, den Leonhard trotz der populären Kürze seiner Darstellung anmeldet, wenn er die Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion zusammenhängend abhandelt. Die Schwächen seiner Analyse erklären sich nicht nur aus der journalistischen Form: wenn aus Gründen der „Anschaulichkeit“ nur die Auswirkungen der Chruschtschowschen Innenpolitik auf das Leben eines imaginären „kleinen Mannes“ beschrieben werden, müssen die Motive der Reformen undeutlich bleiben. Wichtiger ist die verengte Betrachtungsweise des professionellen Sowjetologen. Es kann nicht gelingen, die sowjetische Politik verständlich zu machen, wenn die gleichzeitige Entwicklung des kapitalistischen Lagers unberücksichtigt bleibt. Für die Chruschtschow-Ära wie für die vorhergegangenen Perioden der sowjetischen Geschichte gilt die Feststellung Herbert Marcuses, daß die Wechselwirkung zwischen den westlichen und den sowjetischen Entwicklungen Ideologie und Wirklichkeit des sowjetischen Marxismus determiniert. Wer diese Ost-West-Dialektik ausklammert, leistet schon dadurch einen Beitrag zur Apologie der westlichen Politik, die dann als bloße Reaktion auf sowjetische Vorstöße erklärt und gerechtfertigt werden kann: das zeigt sich etwa bei Leonhards Darstellung der Kuba-Krise (91). Die Problematik der sowjetischen Koexistenz-Politik, die von Chruschtschow programmatisch sanktioniert wurde, kann nicht begriffen werden, wenn die Gegenseite außer Betracht bleibt, die weltpolitische Strategie der amerikanischen Führung, die gerade in den letzten Jahren der Herrschaft Chruschtschows immer aggressivere Züge angenommen hat. Man sollte denken, daß die amerikanische Intervention in Vietnam sowohl bei der Behandlung der sowjetischen Außenpolitik wie bei der Konfrontation der sowjetischen und chinesischen Position eine bedeutende Rolle spielt — Leonhard läßt sie unerwähnt. So ist Wolfgang Leonhard nur scheinbar mutig, wenn er vorherrschenden Vorurteilen vorsichtig widerspricht

und die Ernsthaftigkeit sowjetischer Abrüstungsvorschläge betont — was der Abrüstung wirklich im Wege steht, bleibt dem Leser seines Buches verborgen.

Klaus Meschkat (Berlin)

Kofler, Leo: Der proletarische Bürger. Marxistischer oder ethischer Sozialismus? Europa-Verlag Wien, Köln, Stuttgart und Zürich 1964 (285 S., Papb., 18,— DM).

Kofler konstatiert, daß der Marxismus seit 1945 in West-Deutschland so gut wie keine Rolle mehr spielt. An seine Stelle sei der ‚ethische Sozialismus‘ oder ‚Nelsonianismus‘ getreten (254). Dieser ist nach Kofler heute charakteristisch für breite Schichten unserer Gesellschaft, auch für einen Teil der Arbeiterschaft. Das Wesen dieses kleinbürgerlichen Utopismus liege in dem Glauben, Sozialismus sei möglich ohne Aufhebung der Klassengesellschaft (220). In der Position der Nichtdiskutierbarkeit der klassenlosen Gesellschaft trifft sich, so hebt Kofler hervor, der ethische Sozialismus mit dem Positivismus. Dieser versagt es sich, überhaupt noch nach dem, was morgen ist, zu fragen. Er ist eine „Position, die das Bestehende normativ verklärt“ (103). Beschränkt Dialektik sich auf bloß rationale Kritik des Vorhandenen, so kommt sie dem Positivismus bedenklich nahe. Dies ist nach Kofler in der „Schule Adornos“ der Fall. „... auf der einen Seite kritisch links, nach der anderen Seite komplette Resignation im ideologisch-utopischen Trost, daß diese Welt der Entfremdung bei guten Ratschlägen ohne ideologische Blindheit und ihre praktischen Konsequenzen existieren könne, was Versöhnung heißt“ (107). In der ‚linken‘ Studentenschaft Frankfurts wird nicht die Aktion wiederbelebt, sondern die ‚Kategorie der Aktion‘. „Der abstrakte Geist Adornos siegt (natürlich nur in den Köpfen der Frankfurter Studenten) über den konkreten von Lukacs, der als Kritiker von Sartre und Camus bereits 1919 unter Horthy und 1955 unter dem ungarischen Stalinismus, sein Leben gefährdend, an ‚Aktionen‘ teilnahm“ (109).

Was setzt Kofler dem allem entgegen? Er hält fest an der Marxschen Theorie, die keineswegs eine Utopie, sondern vielmehr eine Anthropologie sei (68). Hat sich nicht aber die Hoffnung, die Marx auf das Proletariat setzte, als illusorisch erwiesen? Ist der Arbeiter nicht längst schon verbürgerlicht? Kofler beantwortet diese Fragen mit einer eindringlichen Analyse der proletarischen Existenz. Solange der Arbeiter gezwungen sei, seine Arbeitskraft zu verkaufen, solange gebe es das Proletariat. „Und es gibt dieses Proletariat nicht nur, es ist auch unmöglich, ihm das Gefühl, es zu sein, auszureden.“ Nicht der Arbeiter ist verbürgerlicht, sondern die Arbeiterbewegung (174 f.). Je mehr der heutige Arbeiter sich einreden lasse, kein Proletarier, sondern ein gleichgestellter ‚Bürger‘ zu sein, desto tiefer verfalle er dem Pauperismus. Pauperismus bedeute soviel wie Armseligkeit. Sie be-

stehe nach Marx darin, daß der Arbeiter unabhängig von der Höhe seines Lohns nicht nur fest an das Kapital geschmiedet bleibe, sondern daß die ‚Entfremdung der geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses‘, daß ‚Unwissenheit, Brutalisierung und moralische Degradation‘ erhalten blieben und sich noch steigerten (180 f.).

Will man von Verbürgerlichung der Arbeiterschaft reden, dann nur in folgendem zweifachen Sinne: Sie besteht 1. in der „Hinzufügung gewisser Elemente der Entfremdung des bürgerlichen Bewußtseins . . . zu den schon vorhandenen eigenen . . .“, 2. in der dadurch verstärkten „Unfähigkeit, seine gesamtheitliche gesellschaftliche und menschliche Situation zu durchschauen“ (181).

Kofler ist davon überzeugt, daß in einer freien Konkurrenz zwischen der marxistischen und der ‚ethischen‘ Aufklärungsarbeit, die marxistische wiederum ihre gewaltige Schlagkraft beweisen würde, „weil sie genau das in der Beleuchtung der menschlichen Probleme trifft, was von den allermeisten arbeitenden Menschen eingesehen wird, sobald sie mit ihm ernsthaft . . . in Berührung kommen“ (264). — Wer behindert aber die Aufklärungsarbeit? Es sind die weniger sichtbaren Organe des Staates, in denen sein eigentliches Wesen aber gerade zum Vorschein kommt: die herrschende Elite, die ideologisch die ganze Gesellschaft beeinflussende Intelligenz und die den Menschen im Sinne der bestehenden Ordnung manipulierende Bürokratie (112). Die Gegenkraft ist nach Kofler nicht etwa bei der politischen und gewerkschaftlichen Bürokratie zu suchen, die die Lethargie, an der sie krankte, dem Arbeiter selbst unterschoben habe (171), überhaupt nicht bei den „progressiven Institutionen, die geschichtlich versagt haben“ (139), sondern bei der „progressiven“ oder „humanistischen“ Elite. Sie sei keine geschlossene Gruppe, nicht Teil einer Klasse, sondern: „zwischen Optimismus und Verzweiflung schwankend, sitzt sie zwischen allen Stühlen, verfügt . . . über keinerlei Machtposition, ist . . . scheinbar ohne realen Einfluß“ (135). Sie ist die „neue Kraft“, zu ihr stoßen ebenso überzeugte Katholiken und Protestanten wie Liberale und Sozialisten. Sie ist die „einzige wirkliche gesellschaftliche Opposition“.

Der Begriff der Elite in diesem Zusammenhang ist problematisch (vgl. Michael Maukes Bespr. von Koflers „Staat, Gesellschaft und Elite“ in Argument Nr. 27, S. 54). Problematisch wäre es ebenso, einer wie immer verstandenen „Elite“ zuzutrauen, was dem Proletariat bis heute nicht gelungen ist: die Aufhebung des Klassengegensatzes in der Gesellschaft. Kofler behauptet dies auch gar nicht. Der progressiven Elite falle, so schränkt er ein, lediglich die Aufgabe zu, den Übergang zu sichern (136). Ob aber der Übergang einmal gelingen werde, darüber äußert Kofler sich nicht. Er sieht im Marxismus vor allem eine wissenschaftliche Auffassung, deren Methode immer noch als klassisch gelten könne. Die Behauptung seitens des ethischen Sozialismus, der Marxismus habe versagt, weil seine angeblichen Voraussagen nicht eingetroffen seien, geht nach Kofler daher am Wesen der Sache vorbei.

Friedrich Tomberg (Karlsruhe)

von Cube, A., C. L. Guggomos, A. Wiemers, (Hrsg.: Aufbruch aus dem Gestern. Bilder und Dokumente zur Geschichte der Arbeit. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1964 (178 S., Ln., 20,— DM).

Die Bilder kennt man: ausgehungerte Gesichter — Kinderarbeit — Streiks — Polizei mit Gummiknüppeln — Generalstreik beim Kapp-Putsch — Hitler und seine Horden — „Neubeginn“ — Chrom — Böckler — Leistungen — Chrom. A. von Cube demonstriert, wieviel man auf 20 Seiten sagen kann über Mitbestimmung, Demokratie, Entfremdung — und wie gut: bissig, pointiert, mit scharfen Metaphern — und das stimmt genau und der Tenor ist richtig. (Z. B.: „Noch immer definiert sich der Arbeitnehmer wie der alte Proletarier: Er ist besitzlos und abhängig“ [5]. „Es gibt sowohl edlere als auch wirkungsvollere Leistungsanreize als Zuckerbrot und Peitsche. Das hat sich sogar in der Privatwirtschaft hier und da herumgesprochen und wird in Gestalt des ‚Sozialklimbims‘ bereits entsprechend manipuliert“ [8]. „Die Rolle des Sozialpartners sitzt dem Arbeitgeber wie ein Maßanzug, dem Arbeitnehmer aber eher wie eine Zwangsjacke“ [14]). Dazu ein freundliches Vorwort von IG Metall-Brenner und einige recht informative Daten und Zitate (vielsagende Sprüche von Kapitalisten) am Schluß. Ursula Schmiederer (Marburg)

V. Ökonomie

Lange, Oskar: Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft. Eine sozialistische Studie. Europa Verlag, Wien, Köln, Stuttgart, Zürich 1964 (191 S., Papb., 12,80 DM).

Der im vergangenen Jahr verstorbene Oskar Lange hat entscheidend am Aufbau des planwirtschaftlichen Systems Polens mitgearbeitet; darüber hinaus hat er an volkswirtschaftlichen Gesamtplänen in vielen Entwicklungsländern (so z. B. in Ägypten) praktisch mitgewirkt. Seit seiner Jugend war er in der sozialistischen Bewegung tätig, zum Teil absolvierte er sein Studium in England und in den Vereinigten Staaten; dorthin emigrierte er und las bis 1945 an verschiedenen amerikanischen Universitäten. Er machte sich mit der zeitgenössischen angloamerikanischen Theorie und Wirtschaftspolitik gründlich vertraut und studierte die Prinzipien, Methoden und mathematisch-statistischen Hilfsdisziplinen einer sozialistischen Planwirtschaft, für deren Weiterführung und Ausarbeitung er sich später in Polen einsetzte. Seine fundierte Kenntnis der bürgerlichen

Ökonomie und seine originellen Leistungen innerhalb der marxistischen Ökonomie zeichnen ihn als einen führenden Sozialwissenschaftler dieses Jahrhunderts aus. Seine erste Schrift, die auf dem westdeutschen Büchermarkt erscheint, vermittelt Auszüge aus seiner umfassenden theoretischen und praktischen Tätigkeit. Zu bedauern ist, daß die erste Publikation in deutscher Sprache von Oskar Lange nur einzelne Aufsätze von ihm wiedergibt; dadurch kommt es in diesem Paperback nur zu Aufrissen bestimmter theoretischer Erörterungen oder praktischer Abhandlungen, aufgrund der Zusammenstellung der Aufsätze durch den Verlag wiederholen sich oft einzelne Aspekte. Es wäre an der Zeit, die grundlegenden ökonomischen Werke des polnischen Nationalökonomem dem deutschen Leser zugänglich zu machen.

Die Aufsätze der vorliegenden Publikation behandeln hauptsächlich die Themenkreise: Sozialismus, wirtschaftliche Entwicklung (der kapitalistischen, der sozialistischen und der nationalrevolutionären Länder) und Wirtschaftstheorie. Eduard März schreibt in seinem Vorwort, daß sie für ein breites Publikum bestimmt seien und kaum theoretische Kenntnisse voraussetzen. Der Wert dieser Publikation liegt darin, daß die gesellschaftspolitischen Ansichten, die theoretischen Interpretationen ökonomischer Praktiken und die wissenschaftlichen Prognosen über die inhärenten Schwierigkeiten des kapitalistischen Systems, die steigende Bedeutung der „Dritten Welt“ und die spezifischen Probleme der sozialistischen Gesellschaftsordnungen dieses praktischen sozialistischen Wissenschaftlers einem größeren Publikum vorgelegt werden. Bereits die Diktion läßt den Autor als praktischen Theoretiker erkennen, der die modernen wissenschaftlichen Methoden — auch seiner Gegenseite — beherrscht.

Einzelnen Aufsätzen sieht man die Beiträge zur spezifischen inner-sozialistischen Diskussion an, so z. B. die Abhandlungen über „Politische Ökonomie — Geschichte und Gegenwart“, die einen interessanten historischen Aufriß der sozialistischen Theorien bringt; und „Was ist von der Verelendungstheorie zu halten?“, worin eine Abgrenzung von dogmatischen Vereinseitigungen durchgeführt wird. Diese Beiträge enthalten sachliche Darstellungen der Aussagen von Marx und Engels und stellen den Dogmatismus und die Apologetik der Stalinära in Frage. Oskar Lange zielt in seinen Aussagen immer auf die volkswirtschaftliche Gesamtschau und die wissenschaftliche Rationalität. Er weist darauf hin, daß die sozialistische Gesellschaft (wie die kapitalistische) allgemeinen Gesetzen der sozialen Entwicklung unterworfen ist und speziellen ökonomischen Gesetzen folgt. Der wichtigste Unterschied zwischen der Wirkung ökonomischer Gesetze im Sozialismus und Kapitalismus besteht darin, daß diese Gesetze in der sozialistischen Gesellschaft bewußt und zielstrebig gestaltet werden; sie verlieren also ihren „elementaren Charakter“. Die notwendige gesellschaftliche Gesamtplanung, die — wie Lange aufzeigt — in der kapitalistischen Gesellschaft prinzipiell nicht realisierbar ist (trotz gewisser größerer Planansätze bei Konzernen und Kartellen und durch staatliche Interventionen) und mit Administrieren nicht iden-

tisch ist, beinhaltet die Verteilung des Nationaleinkommens (zwischen Konsum und Akkumulation) und die Verteilung der Investitionen auf die verschiedenen Wirtschaftszweige. So bestimmt die erste Maßnahme die Wachstumsrate, die zweite die grundsätzliche Entwicklung. Lange ist bereit, anwendbare Praktiken des Kapitalismus, die z. B. in seinem voluntaristischen Planschematismus vorliegen, zu übernehmen. Um die Ziele der sozialistischen Wirtschaftsordnung zu erreichen, sind nach Lange die richtigen Anreize zu schaffen; die Arbeiter und Angestellten eines sozialistischen Unternehmens müssen ein materielles und moralisches Interesse an einer guten Betriebsleitung haben. Die Arbeitsanreize haben so beschaffen zu sein, daß die persönlichen und kollektiven Interessen der Betriebsangehörigen sich mit den sozialen Aufgaben des Unternehmens decken. So kann z. B. in bestimmten Bereichen ein Gruppeneigentum „eine bessere Harmonisierung der Arbeitsanreize mit dem Allgemeininteresse“ erlauben als eine staatliche Eigentumsform.

Mit Nachdruck weist Lange darauf hin, daß in einer sozialistischen Gesellschaft zwar die antagonistischen Widersprüche — vor allem die Widersprüche zwischen den Produktivkräften und dem konservativen Charakter der Produktionsverhältnisse — beseitigt sind, aber Widersprüche z. B. „zwischen den Erfordernissen der ökonomischen Basis und antiquierten Formen des Überbaus, etwa in Bezug auf die Leistungsmethoden in Politik und Wirtschaft“, sind vorhanden. Hier liegen nicht geringe Schwierigkeiten für die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen.

Zum ersten Mal begegnen wir in dieser Publikation von Lange einer neuen wissenschaftlichen Disziplin, der „Praxeologie“; sie wird als allgemeine Wissenschaft von rationalem Handeln, begründet durch Tadeusz Kotarbinski — einem Vertreter der Wiener positivistischen Schule — bestimmt. In dem Aufsatz „Mensch und Technik in der Produktion“ wird diese Verfahrenslehre in Bezug auf die modernen Produktionstechniken skizzenhaft dargestellt. Dieser Aufsatz ist sehr aufschlußreich, denn er vermittelt die mögliche Verbindung der empirischen Wissenschaft mit der Marxschen Theorie.

In seiner Skizzierung des gegenwärtigen Standes der Politischen Ökonomie liefert Lange einen fundierten Aufriß über die Bedeutung der wissenschaftlichen Disziplinen und ihrer hilfswissenschaftlichen Bereiche für die historische Aufgabe des Sozialismus, „die für die sozial-ökonomischen Prozesse in der bisherigen Geschichte der Menschheit charakteristische Spontaneität zu überwinden“. In einer sozialistischen Gesellschaft erhält die Wissenschaft die „Bedeutung des Hauptinstrumentes im Dienste der Lenkung der sozialen Entwicklung“.

Theo Schiffermann (Köln)

Preobrashensky, Evgeny: *The New Economics*. Translated by Brian Pearce with an introduction by Alec Nove, Clarendon Press, Oxford 1965 (310 S., Ldr., 55 sh).

Die „Nowaja Ekonomika“ von Preobraschensky, zuerst als Artikelserie im „Vestnik Kommunisticheskoi Akademii“ 1924, dann als Buch 1926 in der SU erschienen, muß als eine der bemerkenswertesten ökonomischen Schriften ihrer Zeit eingestuft werden. Wenn das Buch aber 1965, also 40 Jahre nach seinem ersten Erscheinen, in englisch und 1966 in französisch neu verlegt wird, dann läßt sich schon hieraus vermuten, daß Probleme behandelt werden, die heute nicht nur historisches, sondern auch aktuelles Interesse beanspruchen. Das ist tatsächlich so; denn die Problematik der Industrialisierung aus eigener Kraft, vor der die Sowjetunion in den 20er Jahren stand, gilt heute gleichermaßen für die schwach entwickelten Volkswirtschaften, die sich von imperialistischer Ausbeutung befreit haben und fast auf sich allein gestellt die ursprüngliche Akkumulation nachvollziehen müssen (Kuba, China). Die Debatte über die Rolle von Wertgesetz, Markt, Preisen und zentralisierter Planung in Kuba, an der sich Che Guevara, Charles Bettelheim, Ernest Mandel, Sweezy, Huberman u. a. beteiligten, weist daher mit Preobraschenskys Argumentation eine auffallende strukturelle Ähnlichkeit auf.

Die UdSSR hatte 1924 gerade den Bürgerkrieg hinter sich und die während der Revolution und danach gehegten Erwartungen einer revolutionären Ausweitung des von den Bolschewiki gegebenen Anstoßes auf die Arbeiterklasse ganz Europas hatten sich als trügerische Illusionen erwiesen. Daher stand die Sowjetunion vor der Aufgabe, ohne fremde Hilfe, aus eigener Kraft nicht nur die Schäden des Bürgerkriegs zu beseitigen, sondern auch die Basis für eine sozialistische Gesellschaft zu legen, d. h. das Agrarland in einen Industriestaat zu verwandeln, die ursprüngliche Akkumulation also nachzuholen. Die damit zusammenhängenden theoretischen Probleme bedurften einer Lösung. Rosa Luxemburg meinte in ihrer „Einführung in die Nationalökonomie“, daß mit dem Ende des Kapitalismus die Nationalökonomie ihre Rolle ausgespielt habe und die Fragen der „bewußt organisierten und geleiteten Wirtschaftsordnung“ in den Vordergrund rückten. Die frühe Wirtschaftsdiskussion in der SU ist ein Beleg für diese These; eine in ihrem theoretischen Rang und ihrer Fruchtbarkeit später in der SU nicht mehr erreichte Diskussion (sieht man vielleicht von der jüngsten Vergangenheit ab) über Planmethodik und Wachstumsprobleme setzte ein und gibt heute paradoxerweise gerade der bürgerlichen Ökonomie (vgl. etwa Domars Wiederentdeckung des Feldman'schen Wachstumsmodells) manche Anregung. In dieser Diskussion nimmt Preobraschenskys Schrift eine Sonderstellung ein. Nicht wirtschaftstechnische Fragen, sondern eine sozialistische Strategie, die Theorie der „ursprünglichen sozialistischen Akkumulation“ stehen im Mittelpunkt der Untersuchung. Damit hat Preobraschensky die politische Ökonomie in den Sozialismus hinübergerettet.

Mit seiner Theorie der „ursprünglichen sozialistischen Akkumulation“ schien Preobraschensky Stalins Konzept des Aufbaus des „Sozialismus in einem Lande“ vorwegzunehmen. Aber Preobraschensky hat sich nie wie Stalin der Ansicht hingegeben, daß der Aufbau der

SU bereits Sozialismus sei, vielmehr sei ursprüngliche sozialistische Akkumulation die Vorbedingung für sozialistische Akkumulation. „By socialist accumulation we mean the addition to the functioning means of production of a surplus product which has been created within the constituted socialist economy and which does not find its way into supplementary distribution among the agents of socialist production and the socialist state, but serves for expanded reproduction. Primitive socialist accumulation, on the other hand, means accumulation in the hands of the state of material resources mainly or partly from sources lying outside the complex of state economy.“ (84) Der Unterschied zur ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation wird von der Tatsache bezeichnet, daß ursprüngliche sozialistische Akkumulation „die Eroberung der Macht durch das Proletariat“ (80) voraussetzt, während die ursprüngliche kapitalistische Akkumulation bereits im Schoße des Feudalismus sich vollziehen kann.

Die entscheidende Frage ist aber, aus welchen Quellen, wenn nicht aus dem eigenen Reproduktionsmechanismus, die Mittel für die ursprüngliche sozialistische Akkumulation stammen sollen. Preobrashensky zählt vier Quellen auf (89 ff): das Kleingewerbe, den privaten Kapitalprofit (wir befinden uns, das sei angemerkt, in der Periode der NEP), den Agrarsektor, die gesamte Bevölkerung durch Inflationierung, also Konsumbescheidung. Als Methoden zur Ausschöpfung dieser Quellen bieten sich nach Preobrashensky Eisenbahntarife, das staatliche Bankmonopol, Agrarkreditpolitik, Binnen- und Außenhandelsmonopol, Zollpolitik und staatliche Preispolitik (95 ff) an. Unter all diesen Quellen mußte die Ausbeutung der Bauernschaft wegen ihrer quantitativen Bedeutung in der SU jener Zeit entscheidend sein. So ist es nicht verwunderlich, wenn in dem Staat des „Bündnisses der Arbeiter und Bauern“ Preobrashenskys Thesen scharf zurückgewiesen wurden, darunter auch von Bucharin, mit dem er noch 1919 gemeinsam das etwas mechanistische, aber um so weiter verbreitete „ABC des Kommunismus“ verfaßt hatte. Preobrashenskys Theorie und seine Beziehungen zu Trotzky waren Grund genug für den Parteiausschluß 1929; 1931 wurde er noch einmal kurz in die Partei aufgenommen, 1937 aber im Zug der Stalin'schen Säuberungen erschossen. „Es ist vielleicht typisch für Stalin, daß er ein ganz unmöglich zu beantwortendes Gegenargument benutzen sollte — die Kugel im Genick“, schreibt Alec Nove im Vorwort. Dabei erscheint es wie ein Paradoxon, daß gerade Stalin Preobrashenskys Theorie der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation in der großen Kollektivierungsaktion seit 1928 praktizieren sollte. Während aber Preobrashensky wissenschaftlich Form und Inhalt der Ausbeutung zur Lösung des Problems der ursprünglichen Akkumulation analysierte, machte man ihm dies zum Vorwurf. Als aber Stalin die Notwendigkeit der Kollektivierung zur Durchführung seines Industrialisierungsprogramms begriff und sogleich in Angriff nahm, wurde er durch die Eigendynamik der Kollektivierungspolitik mitgerissen; die Theorie, die Preobrashensky hätte bieten können, fehlte

Stalin zur Fundierung seiner Praxis. Die Folge war der Ablauf eines spontanen Prozesses, der nicht mehr bewußt zu steuern war und dem russischen Volk grandiose Opfer abverlangte.

Preobraschensky meint, daß das „Gesetz der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation der Hauptquell der gesamten sowjetischen Staatswirtschaft (ist). Aber es ist wahrscheinlich, daß dieses Gesetz von universeller Gültigkeit ist, außer vielleicht für solche Länder, die als letzte zur sozialistischen Form der Wirtschaft übergehen“. (123 f) Mit dem letzten Satz ist das Gesetz auf die Wirtschaften eingeschränkt, die die Anfänge des Industrialisierungsprozesses erst vor sich haben, also heute auf die Länder der dritten Welt. Hochentwickelte Industriestaaten, ob sozialistisch oder kapitalistisch, sind über die Phase der ursprünglichen Akkumulation weit hinaus, es sei denn, der Prozeß der Eroberung der Macht erfordert eine Wiederholung der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation, was zumindest nicht ganz auszuschließen ist. Dann sind es aber andere Gesetzmäßigkeiten, die den Wirtschaftsablauf im Sozialismus bestimmen. Dazu gehört auch das Wertgesetz, von dem Preobraschensky schreibt, daß es die Vergangenheit, „die Gesamtheit der Tendenzen der einfachen und der kapitalistischen Warenproduktion in der sozialistischen Gesellschaft“ (147) repräsentiere. Seine Kritik am Wertgesetz, dem Marktmechanismus, der Preisbildung („... the category of price is purely formal in character...“ [164]) muß daher in ihrer historischen Bedingtheit begriffen werden: Was für die ursprüngliche sozialistische Akkumulation (spricht: Umstrukturierung der Wirtschaft vom Agrar- zum Industriestaat) gilt, ist für die sozialistische Akkumulation auf ökonomisch höherer historischer Stufe ein Anachronismus. Preobraschenskys Theorie kann der Entwicklungspolitik ökonomisch schwacher Gesellschaften fruchtbare Impulse geben; für entwickelte sozialistische Volkswirtschaften hat Preobraschenskys Ansatz eher historischen Wert. Seine Theorie ist also nicht deshalb aktuell, wie eingangs vermutet, weil sie zeitlos ist, sondern weil es fast ein halbes Jahrhundert nach der Oktoberrevolution noch weite Gebiete auf der Erde gibt, die vor ökonomischen Problemen stehen, wie sie die Sowjetunion mittlerweile hat lösen können.

Elmar Altvater (München)

Heuer, Uwe-Jens: Demokratie und Recht im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1965 (278 S., Papb., 7,60 MDN).

Trotz einer nahezu unübersehbaren Flut von Artikeln, Büchern, Schriftenreihen zum Problemkreis „neues ökonomisches System“ fehlt in den sozialistischen Ländern eine systematische Gesamtdarstellung, die über rein ökonomische Probleme hinausgeht und die gesellschaftspolitischen Implikationen der Umstellung des Wirt-

schaftsmechanismus analysiert. Heuers Schrift, auf der Basis seiner Habilitationsarbeit entstanden, macht hier eine gewisse Ausnahme, da die demokratischen Implikationen des NÖS herausgearbeitet werden. Die Position Heuers wird am besten mit einem von ihm vorgebrachten Lenin-Zitat umrissen: „Der Kampf gegen den Bürokratismus wird Jahrzehnte erfordern . . . jeder, der Ihnen sagt, daß wir uns mit einem Schlage vom Bürokratismus befreien werden, wenn wir antibürokratische Plattformen annehmen, ist ganz einfach ein Scharlatan . . . Die bürokratischen Auswüchse muß man sofort beseitigen.“ (49) Heuers äußerst nuancierte Beweisführung gilt daher der These, daß Bürokratismus auf lange Sicht zu beseitigen ist, es heute aber vorerst auf die Aufhebung bürokratischer Auswüchse ankäme, „die demokratischen Bedürfnisse der Werktätigen“ im Sozialismus aber „ein objektiver Faktor“ sind (162), den es zu aktivieren gelte.

Zur Fundierung der These, daß nur die neuen ökonomischen Systeme mit ihrem hohen Grad an Selbstregulierung der ökonomischen Einheiten in der Lage sind, den demokratischen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, bezieht sich Heuer negativ auf die Periode des Kriegskommunismus und positiv auf die Zeit der NEP. Heuers Behandlung der NEP bekommt an manchen Stellen einen apologetischen Zug, wenn er sie in einer Terminologie begreift und aus ihr ökonomische Kategorien entwickelt, die dann in den NÖS gleichermaßen — nun mit einem Segen von Lenin-Zitaten versehen — verwendbar sind (vgl. S. 56—83). Auch die Kybernetik (als Systemwissenschaft, wobei das ökonomische Gesamtsystem und seine Beziehungen zu den Teilsystemen analysiert werden) hilft Heuer, seine These von der Demokratisierung zu beweisen. In den von ihm gezogenen Konsequenzen geht Heuer weiter als Georg Klaus in seinen Schriften, da er konkreter wird: er steigt von Philosophie und abstrakten Reproduktionsschemata herunter auf die Bedingungen eines konkreten ökonomischen Mechanismus. Er erkennt die zur Entfaltung ökonomischer Rationalität hinderliche Rolle einer Bürokratie und setzt an ihre Stelle das Erfordernis nach Demokratie. Dabei „müssen wir uns immer wieder bewußt machen, daß wir als Sozialisten für die neue Gesellschaftsordnung kämpfen, nicht nur, weil sie einen höheren Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit bringt, sondern auch, weil in ihr und nur in ihr der Mensch nicht mehr der Menschen Feind, sondern sein Freund, Genosse und Bruder ist, weil die Menschen gemeinsam ihr Schicksal selbst bestimmen, weil sie eine demokratische Gesellschaftsordnung ist.“ (169 f)

Heuers Demokratie-Konzept ist äußerst differenziert: Es ist eine Frage der Demokratie, „über die eigene Arbeit selbst entscheiden zu können“ (171), „Freiheit und Demokratie hängen . . . vor allem von der Mitwirkung des einzelnen an den kollektiven Entscheidungen ab“ (172), auch das „Verhältnis von repräsentativer und unmittelbarer Demokratie“ (176) fällt darunter. Heuer weiß also von den verschiedenen Entscheidungsstufen, auf denen jeweils ein angemessener demokratischer Mechanismus ansetzen muß. Das Ergebnis: „Je

höher die sozialistische Demokratie entwickelt ist, desto mehr wird es gelingen, Subjektivismus und Bürokratismus aus der Leitung zu verdrängen.“ (178)

Heuer zeigt keine konkreten Bedingungen für bzw. Widerstände gegen Demokratie in der DDR auf. Doch allein die Tatsache, daß dieses antibürokratische Buch im Staatsverlag der DDR erscheinen konnte, weist auf die durch die Eigendynamik des NÖSPL herauskristallisierte grundsätzliche Problemstellung hin. Solange bürokratischer Voluntarismus, Subjektivismus in der Ökonomie herrschen, solange muß ökonomische Rationalität, da sie aus objektiven Gesetzen resultiert, verschüttet bleiben. Demokratie ist ein ökonomisches Erfordernis. Überdies sind die Ergebnisse von Bürokratismus in der Ökonomie in Wachstumsraten usw. quantitativ faßbar; auf literarischem Gebiet fehlt dagegen gerade diese quantitative Faßbarkeit. Daher kann in der DDR Heuer erscheinen, während Biermann und Havemann verboten werden können.

Die Gedanken, die Heuer äußert, wurden bereits 1957 von Arne Benary und Fritz Behrens (Sondernummer der „Wirtschaftswissenschaft“) vorgetragen. Beiden Autoren wurde damals in schroffster Form antisozialistisches Verhalten usw. vorgehalten. In den DDR-Schriften, auch bei Heuer, werden beide Autoren mit Stillschweigen übergangen. Dabei — und davon muß Heuer ausgenommen werden — können die meisten Autoren zum NÖS von der Originalität der Gedanken, der Radikalität der Konsequenzen, dem demokratischen und humanen Impetus von Benary und Behrens lernen.

Wer eine sehr gute Schrift zum NÖS in der DDR lesen möchte, sei also auf Heuers Buch verwiesen. Elmar Altvater (München)